

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 10. September
bis Dezember 1945**

NWO-Sonderheft Nr. 80



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 10. September bis Dezember 1945**

NWO-Sonderheft Nr. 80

Terror der Antichristen vom 10.09.1945-31.12.1945

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 10. September bis Dezember 1945	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 10. September bis Dezember 1945

Unsere Hauptaufgabe ist nicht zu erkennen, was unklar in weiter Ferne liegt, sondern das zu tun, was klar vor uns liegt.

Thomas Carlyle (1795-1881, schottischer Historiker und Philosoph)

1945

Radio München begann am 10. September 1945 einen Englischkurs ("Englisch macht Spaß"). Ein Korrespondent der Londoner Tageszeitung "The Times" berichtete am 10. September 1945 aus Berlin (x028/130-131): >>Es gibt keine zuverlässigen Angaben über die Zahl ausgewiesener Deutscher, die von der Ostgrenze und durch die russische Zone kommen, aber wahrscheinlich sind es Millionen. Mit ihrem Wunsch, den Westen zu erreichen, stehen sie schließlich vor den gesperrten Grenzen der britischen und der amerikanischen Zone, die schon selbst genügend Schwierigkeiten haben.

Die Potsdamer Erklärung verlangte, wie man sich erinnern wird, menschliche Behandlung der ausgewiesenen deutschen Staatsangehörigen, und angesichts solcher entsetzlicher Berichte, wie sie der Konferenz aus Städten wie Breslau und Stettin vorgelegt wurden, hat man die betreffenden Länder aufgefordert, weitere Ausweisungen zunächst aufzuschieben.

Es gibt aber keinen Hinweis darauf, daß diese Anordnung befolgt worden ist. Hier im "Robert-Koch-Krankenhaus", das ich heute morgen besuchte, sind mehr als 60 deutsche Frauen und Kinder, die allesamt vor einem Monat aus einem Danziger Kranken- und Waisenhaus geholt und in Viehwagen ohne Stroh, ohne jede Nahrung oder Wasser, nach Deutschland transportiert wurden. Als der Zug Berlin erreichte, hieß es, daß von 83 Personen, die man in 2 Waggons zusammengepfert hatte, 20 gestorben waren. ...

Man darf sich sicherlich nicht damit beruhigen, daß die Deutschen sich dieses Elend selbst zuzuschreiben haben; Brutalität und Zynismus, gegen die der Krieg geführt wurde, sind in Europa immer noch am Werke, und wir werden Zeugen von menschlichem Leiden, das schon fast an das von den Nazis verursachte heranreicht.

Vollständige Informationen über diese Massenvertreibungen sind dringend notwendig ...<<

Die "Berliner Zeitung" berichtete am 11. September 1945 über eine Veranstaltung anlässlich des "Gedenktages der Opfer des Faschismus" in Neukölln (x116/19): >>... Viele Fahnen,

Schilder mit antifaschistischen Losungen, Schilder mit Namen der ermordeten Antifaschisten schwangen über der Menge, Musikkapellen, Jugend zieht vorbei, ganz alte, halbvergessene oder neue, noch nie gehörte Kampflieder auf den Lippen, Abordnungen von Fabriken, Ortsgruppen der demokratischen Parteien mit ihren Mitgliedern, alt und jung, Frauen mit Kinderwagen, Körperbehinderte auf Rollstühlen und wieder Fahnen, Transparente und Kappellen. ... Es ist ein Bild, wie es Deutschland seit 1933 nicht mehr gesehen hat: das antifaschistische Berlin ist auf den Straßen.

Nur im Hintergrund herumliegende zerbeulte Autowracks und die roten Dreiecksabzeichen der ehemaligen KZ-Insassen erinnern daran, daß eine Frist grauenvoller Jahre des braunen Irrsinns und des Sterbens zwischen dem Gestern und Heute liegt.<<

Die tschechische Zeitung "Lidovy Vecernik" forderte am 11. September 1945 die Bekämpfung der tschechischen "Goldgräber" (x004/89): >>... Diese sind echte Beutemacher, gegen die man mit einem eisernen Besen vorgehen muß. Es muß ausgekehrt werden und zwar bald, sonst haben wir im Grenzgebiet eine Menge Schäden und Unannehmlichkeiten.

Wie wurden diese Leute nationale Verwalter? ... Im allgemeinen verließen sie die Orte, wo sie gut bekannt waren und gingen dorthin, wo man von ihrer früheren Tätigkeit keine Ahnung hatte. Sie setzten sich einfach in Betrieben fest, die sie als besonders ertragreich erachteten, ... und begannen für sich zu wirtschaften.<<

Der polnische Gemeindevorsteher für Groß Krössin (Ostpommern) erließ am 12. September 1945 folgenden Enteignungsbescheid (x002/234): >>An den Deutschen M. A.: ... Auf Verordnung des Vertreters der polnischen Regierung gebe ich Ihnen Kenntnis, daß Sie mit dem heutigen Tage keine Rechte mehr zu Ihrer Wirtschaft haben.

Richtiger Eigentümer ist der Pole Z., welchem Sie Folge leisten müssen.

Im Falle, wenn der Pole bestimmt, daß Sie ihm zur Arbeit nötig sind, können Sie bei ihm als Arbeiter bleiben, falls aber nein, schicke ich Sie dorthin, wo Sie nötig sind. ...<<

Die britische Militärregierung erlaubte am 12. September 1945 in Hamburg die Gründung von Gewerkschaften (x111/75): >>... Jede Gruppe deutscher Werkstätiger, die glaubt, ein gemeinsames Interesse in Angelegenheiten ihres Arbeitsverhältnisses zu haben, kann darangehen, eine Gewerkschaft zu bilden.<<

Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender) erklärte am 14. September 1945 (x111/76): >>... Die organisatorische Vereinigung der deutschen Arbeiterbewegung und die Schaffung einer sozialdemokratischen Gesellschaft sind unser unverrückbares Ziel.<<

Die französische Regierung äußerte am 14. September 1945 Vorbehalte gegen die während der Potsdamer Konferenz beschlossene politische Behandlung Deutschlands (x156/33): >>Diese Vorbehalte beziehen sich auf die vorgesehene Wiederherstellung einer Zentralregierung in Deutschland, auf die Wiederherstellung der politischen Parteien für ganz Deutschland und auf die Schaffung zentraler Verwaltungsstellen unter der Leitung von Staatssekretären, deren Amtsbereich sich auf das gesamte deutsche Gebiet erstrecken würde. ...

Sie ist der Ansicht, ... daß eine Teilung Deutschlands in mehrere Staaten, wenn sie die Folge einer natürlichen Entwicklung und nicht einer auferlegten Lösung sein würde, für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa günstig wäre.

Aus diesen Gründen bedauert sie, daß der gleiche Abschnitt IX bereits jetzt die Eventualität der Wiederherstellung einer deutschen Zentralregierung unter deutscher Leitung und die Wiederherstellung politischer Parteien für ganz Deutschland vorsieht, lauter Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die deutschen Einheitsbestrebungen neu zu beleben und die Rückkehr zu einer Form des zentralisierten deutschen Staates zu begünstigen. ...<<

In Mitteldeutschland wurden am 15. September 1945 private Versicherungsunternehmen verboten und durch "Anstalten öffentlichen Rechts" ersetzt.

Walter Müller-Bringmann berichtete damals über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/26-28): >>Mitte September 1945. Es geschehen schlimme Dinge an der Demarkationslinie. Die russischen Posten lassen illegal niemanden mehr passieren, schießen sofort und sind sehr grob geworden. Umgekehrt können sich die Engländer nicht erklären, warum diese vielen Menschen alle in ihr Gebiet wollen.

Jeden Abend, zwischen 21 und 22 Uhr, lassen die russischen Posten einen großen Schub - immer mehrere Tausend - durch. Der kommt dann mitten in der Nacht in Bremke an. Da auf Befehl der Militärregierung kein Deutscher ohne Erlaubnis seine Wohnung verlassen darf, kampieren die Flüchtigen irgendwo in Scheunen und Ställen, auf den Höfen und Fluren. Viele müssen sich aber einfach draußen wie die Tiere zusammenrollen und versuchen, etwas zu schlafen. Die Kälte treibt sie dann bald wieder hoch. ...

Ich sah, wie 2 Frauen sich gegenseitig an den Haaren rissen, schrien, weinten, sich widerwärtig beschimpften, weil eine von der anderen glaubte, sich beim Abtransport eine Reihe vorgedrängt zu haben.

Ich sah, wie eine Mutter mit einem winzigen Säugling im Straßengraben saß, verzweifelt dem Kind von Bauern erbettelte Milch einzuflößen versuchte. Vergebens. Diese kleinen Lippen würden nie mehr trinken. ...

Ich sah Hunderte von Menschen, Tausende, Abertausende in ihrer tiefsten Erniedrigung, dem größten Leid, in Elend, Not und Verzweiflung. ...

Ich sah Menschen ohne Hoffnung, ohne Glauben, ohne Liebe, ohne Ehrfurcht, ohne Gott. Ich sah, wie Männer zu Dieben wurden, Kinder zu Gesetzesbrechern, Frauen sich anboten und Mädchen ihre Unschuld verkauften.

Ich sah Menschen, von Menschen zu Tieren gepreßt, auf einer Stufe mit dem Vieh. Und doch unschuldig, ohne jede Schuld. Denn die Not, das nackte Gespenst übermenschlicher Bedrängnis, ließ sie Dinge tun, die zu verantworten einst andere aufgerufen werden.<<

Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" berichtete am 15. September 1945 (x044/-197): >>... Im Widerspruch zur Potsdamer Deklaration, die diesen ungeordneten und unmenschlichen Massenvertreibungen von Deutschen Einhalt gebot, geht die Zwangsausweisung aus den Provinzen Ostpreußens, Pommerns, Schlesiens und Teilen von Brandenburg unverändert weiter.

Der Rat der Außenminister muß dieser entsetzlichen Tragödie ein Ende machen. Die vertriebenen Millionen sind praktisch ohne Nahrung und obdachlos. Die bewohnbaren Teile der großen Städte waren schon überfüllt, ehe sie kamen, und auf dem Land gibt es nur sehr begrenzte Möglichkeiten, sie unterzubringen.

Die unausweichliche Folge wird sein, daß Millionen an Hunger und Erschöpfung sterben werden. Die Deutschen haben zweifellos Strafe verdient - aber keine Tortur von dieser Art. Wenn die Polen und Tschechen als zivilisierter gelten wollen als die Nazis, dann müssen sie sofort mit der Vertreibung aufhören.<<

Das Deutsche Beamtengesetz wurde durch den SMAD-Befehl Nr. 66 vom 17. September 1945 aufgehoben. Berufsbeamte im herkömmlichen Sinne gab es danach nicht mehr.

In Lüneburg begann am 17. September 1945 der "Bergen-Belsen-Prozeß".

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 17. September bis zum 14. Oktober 1945 täglich nur 1.542 bzw. 846 Kalorien zugeteilt (x117/31).

General Eisenhower proklamierte am 19. September 1945 in der US-Zone die Gründung der Länder Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern (x114/2.101): >>**An das Deutsche Volk in der Amerikanischen Zone!**

Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der Amerikanischen Streitkräfte in Europa, erlasse hiermit folgende Proklamation.

Artikel I

Innerhalb der Amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden: Jeder Staat wird eine Staatsregierung haben. Die folgenden Staaten werden gebildet: Groß-Hessen umfaßt Kurhessen und Nassau ... und Hessen-Starkenburger, Oberhessen und den östlich des Rheines belegenen Teil von Rheinhes-

sen.
Württemberg-Baden umfaßt die Kreise Aalen, Backnang ... und Pforzheim Stadt und Land.

Bayern umfaßt ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau. ...<<

Der Präsident der Republik erließ am 19. September 1945 ein Dekret über die Arbeitspflicht der Personen, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren hatten (x004/259-261): >>Auf Vorschlag der Regierung bestimme ich:

§ 1 (1) Zur Beseitigung und Wiedergutmachung der durch den Krieg und die Luftangriffe verursachten Schäden, wie auch zur Wiederherstellung des durch den Krieg zerrütteten Wirtschaftslebens wird eine Arbeitspflicht der Personen eingeführt, die nach dem Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik vom 2. August 1945 ... die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben. ...

§ 2 (1) Der Arbeitspflicht unterliegen Männer vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr und Frauen vom vollendeten 15. bis zum vollendeten 50. Lebensjahr. ...

§ 4 (1) Eine Person, die zur Arbeit zugeteilt wurde, ist verpflichtet, der ergangenen Zuteilungsanordnung Folge zu leisten, und zwar auch dann, wenn sie der Auffassung ist, daß sie von der Arbeitspflicht ... befreit ist, solange über ihren Antrag auf Befreiung nicht amtlich entschieden wurde. ...

§ 5 Die Arbeitspflicht erstreckt sich auf die Ausführung von Arbeiten aller Art, die ... der zuständigen Bezirksnationalausschuß als im öffentlichen Interesse geleistete Arbeiten anerkennt.

§ 6 (1) Den der Arbeitspflicht unterliegenden Personen steht für die ausgeführte Arbeit ein Entgelt zu, das der Bezirksnationalausschuß nach den örtlichen Verhältnissen festsetzt. ...

§ 8 (1) Die zur Arbeit zugeteilten Personen sind verpflichtet, die ihnen auferlegte Arbeit ordentlich und gewissenhaft zu verrichten. ... Sie sind gehalten, die ihnen auferlegte Arbeit an jedem beliebigen Ort zu leisten, und sind verpflichtet, auch Arbeiten zu verrichten, die nicht zu ihrer normalen Beschäftigung gehören. ...<<

Durch die Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats wurden am 20. September 1945 die NSDAP, alle militärischen und halb-militärischen Verbände aufgelöst (x116/15-16): >>Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (NSDAP) ist völlig und endgültig aufgelöst und wird außerhalb des Gesetzes erklärt. ...

Die deutschen Behörden dürfen nicht zulassen, daß irgendwelche Geheimorganisationen bestehen.

Die deutschen Behörden müssen alle Anweisungen befolgen, die von Vertretern der Alliierten herausgegeben werden für die Abschaffung der Nazigesetzgebung und für die Umgestaltung der deutschen Gesetze und des deutschen Gesetz-, Rechts-, Verwaltungs-, Polizei- und Erziehungswesens, einschließlich der Ersetzung des betreffenden Personals.<<

Die AKR-Proklamation Nr. 2 löste ferner alle deutschen Botschaften und Konsulate im Ausland auf. Das Deutsche Reich mußte sämtliche Besatzungskosten der alliierten Streitkräfte übernehmen. Ferner wurden alle Gold- und Silberbestände des Deutschen Reiches beschlagnahmt (x111/78).

Die Briten ließen am 20. September 1945 auf dem Versuchsgut der Göttinger Universität in Friedland ein Grenzdurchgangslager für Flüchtlinge und Vertriebene errichten.

Walter Müller-Bringmann berichtete am 20. September 1945 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/7): >>Am 20. September wurden 10 britische Armeezelte in der Nähe von Friedland, einem kleinen, bis dahin völlig unbekanntem Dorf bei Göttingen, aufgeschlagen, um zumindest den Kranken und Schwachen unter den Tausenden von Flüchtlingen aus den

östlichen Gebieten Deutschlands, die in jenen schlimmen Wochen über die sowjetisch-englischen Demarkationslinie strömten, für einige Stunden eine Ruhepause zu ermöglichen. Keiner vermochte damals zu ahnen, daß daraus ein großes Lager für lange Zeit werden sollte. Niemand wußte, daß der Name Friedland einmal in allen Teilen der Welt genannt und zu einem Begriff werden würde. ...

Millionen Menschen gingen durch Friedland, atmeten hier zum ersten Mal auf, ließen alles hinter sich, was sie in den langen Jahren erleiden mußten - fingen ein neues Leben an. Kein Flecken deutscher Erde hat in unserer Zeit so viel Elend und Leid, aber auch Glück und Freude gesehen. In Friedland flossen die Tränen unendlich vieler geprüfter Menschen - Tränen, die mit zur Geschichte unseres Volkes gehören. ...<<

Die Sowjetunion und Polen schlossen am 21. September 1945 ein Grenzabkommen über die Grenze zwischen Polen und der späteren DDR (x028/176).

In Oberschlesien internierte man am 22. September 1945 wieder zahlreiche Deutsche in Lagern. Dort mußten sie oftmals wochen- oder monatelang, ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln, in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen vegetieren.

Die Arbeitsunfähigen wurden später aussortiert, zu 60-70 Personen in Güterwagen verladen und nach Westen abgeschoben. Da für diese Ausweisungen noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, gaben sich die Polen Mühe, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen (x001/144E-145E).

Im Verlauf der Bodenreform vom 23. September 1945 wurden 7.160 Betriebe mit 2,5 Millionen ha Großgrundbesitz und 4.537 Betriebe von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern enteignet und "auf ewige Zeiten" neu verteilt (x111/81).

Der 19jährige Gottfried B. berichtete damals über seine Internierung im sowjetischen Lager Mühlberg bei Riesa (x126/113-115): >>... Am Morgen des 23. September 1945 stand ein Omnibus im Gefängnishof, wir 30 Leute stiegen ein, und ab ging die Fahrt - Richtung Osten. Gegen Mittag überquerten wir in Riesa die Elbe, da kannte ich mich aus, oft genug hatte man uns dort herumgescheucht. Entlang des Truppenübungsplatzes ging es nordwärts, ein kurzes Abbiegen, und wir standen mit unserem Omnibus vor dem Eingang des ehemaligen Kriegsgefangenen-Stammlagers (Stalag) IV B.

Vor uns hielt ein offenes, nur mit einer Plane abgedecktes Lastauto, von dem mühsam eine Gruppe fein angezogener alter Herren herunterkletterte, etliche von ihnen noch mit Schlips und Kragen, mit Hüten und feinen Sommermänteln. Wer mochte das wohl sein?

Endlich durften auch wir aussteigen. Hungrig, unrasiert und mit unseren Bündeln im Arm durchliefen wir den ersten Schlagbaum, dann ein hölzernes Tor und noch einmal einen Schlagbaum. Wir waren am Ziel unserer Reise, im "Speziallager Nr. 1 des NKWD" Mühlberg an der Elbe.

Das Lager befand sich in einem desolaten Zustand. ... Aus den Baracken war alles entfernt, was sich entfernen ließ. Keinerlei Mobiliar wie Bettgestelle, Stühle, Tische, die Öfen sämtlich herausgerissen, die großen Fensterflügel ohne Glas oder nur mit Scherben bestückt, beim größten Teil der Baracken auch die hölzerne Zwischendecke entfernt, so daß die Konstruktion der Dachbinder offen lag. Hätte der Fußboden nicht aus Ziegelsteinen bestanden - auch er wäre entfernt worden. ... Ein Wunder, daß die Wasserleitung noch funktionierte!

Die übergroße Mehrzahl war 60 Meter lang und 12 Meter breit - etwa 40 Stück - mit einem gemauerten Mittelteil und Betonfundament. Darin befand sich ein Waschraum. Aus ganz fein angebohrten Eisenrohren tröpfelte es unaufhörlich in die betonierte Waschrinnen. Am Eingang der beiden etwa 25 Meter langen Teilbaracken befand sich ein kleines Plumpsklo mit einer Sitzgelegenheit. Nach dem Ausbau waren in jeder Barackenhälfte etwa 200 bis 250 Personen untergebracht. Die etwa 10 bis 20 Meter großen Abortbauten waren weiter hinten errichtet worden; natürlich auch nur über einer großen Grube ohne Abfluß.

Dann gab es aber gleich am Eingang einen Komplex von 4 kleinen Baracken, die nicht zerstört waren; mit Mittelgang, unterteilten Räumen und Holzfußböden. Eine davon war bereits mit Frauen belegt, in die andere kamen wir.

... Erschöpft setzten wir uns auf den Boden – und sprangen gleich wieder hoch: Unzählige Flöhe, ausgehungert und lebenslustig, waren auf Nahrungssuche ausgezogen. Es war eine Qual! Ob wir in diesen ersten Nächten zum Schlafen kamen, weiß ich nicht mehr.

Vom ersten Tage an gingen wir daran, das Lager wieder bewohnbar zu machen und uns selbst einzuzäunen. Erst waren wir noch nicht viele Menschen im Lager, aber es wurden täglich mehr. ...<<

Der französische Ministerpräsident Charles de Gaulle forderte am 23. September 1945 in einer Rundfunkansprache die Internationalisierung des Ruhrgebietes durch ein gemeinschaftliches Kontrollregime. Ferner sprach er sich für eine dauernde militärische Besetzung Deutschlands entlang der Rheinlinie durch die Franzosen aus (x156/33).<<

In der SBZ wurde am 24. September 1945 die "Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler" errichtet. Die Begriffe Flüchtlinge oder Vertriebene wurden später von den Sowjets verboten (x024/201).

Die Landesverwaltung Sachsen berichtete am 24. September 1945 in den "Amtlichen Nachrichten" über die Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone (x156/26-28): >>Entsprechend den Forderungen der werkstätigen Bauern nach einer gerechten Bodenverteilung und Liquidierung des feudalen und junkerlichen Grundbesitzes sowie zum Zwecke der Landzuteilung an landlose und landarme Bauern und Landarbeiter, darunter auch an diejenigen deutschen Bauern, die aus anderen Staaten umsiedelten, hat die Landesverwaltung des Bundeslandes Sachsen folgende Verordnung beschlossen:

Artikel 1

1. Die demokratische Bodenreform ist eine unaufschiebbare nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Die Bodenreform muß die Liquidierung des feudal-junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellte und eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege gegen andere Völker war.

Durch die Bodenreform soll der jahrhundertalte Traum der landlosen und landarmen Bauern und Landarbeiter von der Übergabe des Großgrundbesitzes in ihre Hände erfüllt werden. Somit ist die Bodenreform die wichtigste Voraussetzung der demokratischen Umgestaltung und des wirtschaftlichen Aufstiegs unseres Landes.

Der Grundbesitz soll sich in unserer deutschen Heimat auf feste, gesunde und produktive Bauernwirtschaften stützen, die Privateigentum ihres Besitzers sind.

2. Das Ziel der Bodenreform ist:

- a) das Ackerland der bereits bestehenden Bauernhöfe unter 5 ha Ackerland zu vergrößern,
- b) neue, selbständige Bauernwirtschaften für landlose Bauern, Landarbeiter und kleine Pächter zu schaffen,
- c) an Umsiedler und Flüchtlinge, die durch die räuberische hitlerische Kriegspolitik ihr Hab und Gut verloren haben, Land zu vergeben ...

Artikel 2

... 2. Folgender Grundbesitz wird mit allen darauf befindlichen Gebäuden, lebendem und totem Inventar, Nebenbetrieben und dem sonstigen Vermögen, unabhängig von der Größe der Wirtschaft, entschädigungslos enteignet:

- a) der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen mit allem darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen,
- b) der Grundbesitz mit allem darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen, der den Na-

zuführen und den aktiven Verfechtern der Nazi-Partei und ihren Gliederungen sowie den führenden Personen des Hitlerstaates gehörte, darunter allen Personen, die in der Periode der Nazi-Herrschaft Mitglieder der Reichsregierung, der Landesregierungen und des Nazi-Reichstages waren.

3. Gleichfalls wird der gesamte feudal-junkerliche Boden und der Großgrundbesitz mit über 100 ha mit allen Bauten, lebendem und totem Inventar, allen Nebenbetrieben und sämtlichen landwirtschaftlichen Vermögen entschädigungslos enteignet.

4. Der dem Staat gehörende landwirtschaftliche Grundbesitz wird ebenfalls in den Bodenfonds der Bodenreform einbezogen ...<<

Der Chef der IKRK-Delegation, Pradervand, schrieb am 26. September 1945 an General de Gaulle und berichtete über die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern (x131/117-119): >>Mein General,

am 3. September habe ich Sie um die Ehre gebeten, mich zu empfangen, damit ich Ihnen über die Situation der deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand berichten könne. Die Zahl dieser Gefangenen beläuft sich jetzt auf 600.000.

200.000 sind jetzt arbeitsunfähig, wie folgt:

a. 50.000, weil sie nach den Bestimmungen der Genfer Konvention repatriiert werden sollten (amputiert, blind geisteskrank tuberkulös usw.) und

b) 150.000 weil sie an schwerer Unterernährung leiden.

Die Situation dieser 200.000 Männer ist in Bezug auf Lebensmittel, Kleidung, unhygienische Bedingungen so bedenklich, daß man ohne Furcht vor Pessimismus sagen kann, daß sie den Winter nicht überleben werden.

Um die allgemeine Situation zu zeigen, erlauben sie mir, Ihnen über das Lager Thorée-les-Pins bei La Fleche zu berichten, in dem die beiliegenden Fotografien aufgenommen worden sind. Dieses Lager in Thorée enthält ungefähr 20.000 Gefangene, von denen 13.000, obgleich unterernährt, arbeitsfähig sind. 7.000 sind sehr krank, von denen

a) 2.000 in so schlechter Verfassung sind, daß sie, ganz gleich welche Pflege ihnen zuteil wird, wahrscheinlich innerhalb der nächsten Monate sterben werden (selbst die deutschen Ärzte haben es aufgegeben, sie zu behandeln);

b) 2.000 Fälle von Unterernährung, die durch richtige Ernährung wiederhergestellt werden könnten, insbesondere durch die Injektion von Blutplasma;

c) 3.000 sind stark unterernährt, könnten aber durch zusätzliche Ernährung gerettet werden. Am Tage des Besuches durch einen meiner Delegierten gab es 20 Sterbefälle in Thorée; Särge für sie gab es nicht mehr.

... Um Abhilfe zu schaffen, ist energisches Handeln erforderlich. Gestatten Sie mir – weil ich mich seit mehr als 3 Monaten ausschließlich mit diesem Problem befasse –, Ihnen die folgenden Maßnahmen vorzuschlagen:

1) Suspendieren Sie alle weiteren Gefangenen-Überstellungen, bis die Verwaltung in der Lage ist, regelmäßig neue Kontingente zu bewältigen.

2) Repatriieren Sie unverzüglich alle Gefangenen, die sich nicht mehr erholen werden und die in der französischen, amerikanischen oder britischen Zone beheimatet sind, in Absprache mit den Militärbehörden.

3) Verteilen Sie zusätzliche Nahrung an die Gefangenen, die gerettet werden können, und setzen sie diese Gefangenen allmählich zur Arbeit ein, um dem Bedarf an Arbeitskräften zu entsprechen.

4) Geben Sie an einige der Gefangenen Lebensmittel und Kleidung aus, die die Verwaltung schon zur Verfügung hat. (Die Gefangenen schlafen im allgemeinen auf dem Boden und haben im Durchschnitt eine Decke für 4 Personen).

Auf diese Weise wird die Verwaltung die Kosten für diese 200.000 unnützen Mäuler einspa-

ren, und die drohende Katastrophe wird abgewendet.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat zu seiner Verfügung einige noch vom Deutschen Roten Kreuz erübrigte Gelder, Spenden für das Komitee von deutschen Gefangenen in den USA und einige Spenden von Kriegsgefangenen in französischer Hand. Das Komitee ist bereit, mit diesen unterschiedlichen Beträgen Lebensmittel, Kleidung und Medikamente für die deutschen Gefangenen in französischer Hand zu kaufen.<<

Die nordamerikanischen Besatzer meldeten am 27. September 1945, daß man in der US-Zone bisher rund 70.000 Nazis verhaftet hätte (x111/83).

Ein Zeitzeuge berichtete am 28. September 1945 über den Schulalltag in Köln (x073/218): >>... Obwohl Lehrer und Schüler mit Fleiß und Hingabe bei der Sache sind, leidet der Unterricht sehr unter dem Mangel an Schulbüchern und Schreibmaterial. Die Schulleitung kaufte Restbestände von Tafeln und Griffeln, Heften und Bleistiften, Federn und Federhaltern auf und verteilte sie an die Kinder. Da die Schüler oft monate-, ja jahrelang keinen Unterricht erhielten, ist der Leistungsstand in den Klassen sehr schwach und unterschiedlich.<<

Der Reporter Serge Bromberger berichtete am 29. September 1945 im "Le Figaro" über die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern (x131/116): >>... Die seriöseste Quelle bestätigte, daß der körperliche Zustand der Gefangenen schlimmer als beklagenswert war. Die Leute sprachen von einer erschreckenden Sterblichkeit, verursacht nicht durch Krankheit, sondern durch Hunger, und von Männern mit einem Durchschnittsgewicht von 35 bis 45 Kilo.

Anfangs zweifelten wir an der Wahrheit aller dieser Dinge, aber uns erreichten Appelle von vielen Seiten, und wir konnten das Zeugnis von Priester Le Meur, eines Geistlichen für die Gefangenen, nicht ignorieren.<<

Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" berichtete am 29. September 1945 über den Hunger in Berlin (x111/84): >>... Blickt man von den Kleidern auf die Gesichter, so wird deutlich, was es heißt, halb verhungert zu sein. Was auffällt, ist nicht die Magerkeit, nicht einmal die allgemeine Müdigkeit, sondern die Gesichtsfarbe.

Die Gesichter der Babys in den Kinderwagen sind leichenfahl; das Fleisch hat ein wächsernes oder seifenartiges Aussehen. Kleine Kinder sind gelb, aber die 12jährigen weisen die Blässe der Erwachsenen auf, außer wenn sie offenbar von der Gelbsucht verfärbt sind.

Die Gesichter der wenigen Alten sind genauso totenblaß wie die der Babys und Kleinkinder. Es gibt ein paar Ausnahmen; aber rosige, runde Gesichter gehören gewöhnlich Prostituierten oder dem Personal, das in Diensten der Alliierten steht.<<

Die polnische Regierung mißachtete weiterhin die Potsdamer Vereinbarungen und setzte die ungeordneten Vertreibungen unvermindert fort. Von Ende September bis Dezember 1945 wurden vor allem arbeitsunfähige Deutsche aus den besetzten deutschen Ostprovinzen vertrieben.

Die westlichen Alliierten hatten bis Ende September 1945 bereits rund 2.035.000 sowjetische Kriegsgefangene, Hilfwillige und Zwangsarbeiter an die Sowjets ausgeliefert. In den sowjetischen Besatzungsgebieten waren schon 2.946.000 "sowjetische Staatsbürger" in Sammellagern inhaftiert (x133/438).

US-General Clay (1897-1978, von 1945-46 stellvertretender Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone) erklärte am 30. September 1945 (x111/84): >>... Wenn der Kontrollrat keinen deutschen Verwaltungsapparat einrichtet, dann kann er seine Tätigkeit als Regierungsbehörde einstellen.<<

US-General Harmon informierte General Patton über die Zustände in der CSR (x028/136): >>... Die Deutschen in der Tschechoslowakei werden wie ein unterjochtes Volk behandelt. ... Als das XXII. Corps in die Tschechoslowakei kam, stellten wir fest, daß gemäß Regierungserlaß die Deutschen solche Rationen bekommen sollten, wie diese den Juden gegeben

hatten. Diese Rationen betragen 850 Kalorien und wurden von unserem Hauptquartier als Hungerrationen abgelehnt.

Im allgemeinen sind die amerikanischen Offiziere und Soldaten unglücklich über die Behandlung der Deutschen, und es geschehen laufend kleine Zwischenfälle, wo die amerikanischen Soldaten auf der Seite der Deutschen sind. ...

Man beläßt ihnen nichts, ... wobei sich in manchen Fällen diese Beraubung in außerordentlich harter Form abspielt.<<

Die US-Militärbehörden meldeten am 30. September 1945, daß man bisher rund 600.000 ehemalige ausländische Zwangsarbeiter (Displaced Persons) in ihre Heimatländer zurückgeführt hätte (x092/929).

Walter Müller-Bringmann berichtete damals über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/29): >>Ende September 1945. Da, wo sich die drei Besatzungszonen der Sowjets, Amerikaner und Engländer treffen, auf britischem Gebiet, an der Eisenbahnstrecke zwischen Göttingen und Eichenberg ist ... ein Behelfslager für Flüchtlinge eingerichtet worden.

Der Ort heißt Friedland, besitzt eine kleine Bahnstation und dürfte auf kaum einer der großen Landkarten zu finden sein. Hier liegt ein Versuchsgut der Universität Göttingen, dessen Schweineställe, Futterkammern und Nebengebäude beschlagnahmt wurden. Außerdem hat irgendeine britische Einheit zehn mittelgroße Zelte abgegeben, die dort auf einer Wiese aufgeschlagen sind.

Seit fast 4 Wochen strömen täglich 3.000 bis 5.000 Menschen in das kleine Dorf Friedland, umlagern die Bahnstation, ... und warten auf einen Güterzug, der sie weiterbringen soll. Die 3 großen Schweineställe des Gutes wurden geräumt und dienen nun denen, die alles verloren haben, als Raststätte auf einer weiten Wanderung, von der sie nur wissen, wann und wo sie angefangen hat. Deren Weg aber keiner kennt, von der niemand weiß, wie lange sie andauert und deren Ende und Ziel völlig unbekannt ist.

In einem kleinen Maststall sind 2 Räume für Säuglinge und Kleinkinder eingerichtet, dahinter wurden Buchten für Alte und Gebrechliche und Mütter mit Kindern geräumt. Für die vielen Menschen, die unterkommen wollen, sind Ställe und Zelte völlig unzureichend. Die meisten müssen sowieso auf das seltsam anmutende Quartier verzichten, schlagen sich irgendwo in die Büsche oder kriechen in den Scheunen der Bauern unter.

Können spätere Generationen ermessen, was es heißt, daß unter diesen Umständen am 28. September 1945 ein kleines Mädchen in einem Schweinestall des Versuchsgutes geboren wurde? Die Mutter kam als Flüchtling völlig erschöpft und entsetzlich mitgenommen an. Sie wollte weiter, konnte aber nicht mehr. ...<<

Jacques Fauvet berichtete am 30. September 1945 im "Le Figaro" über die unmenschlichen Zustände in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/123-124): >>So wie man heute von Dachau spricht, werden die Menschen in 10 Jahren überall in der Welt von Lagern wie Saint Paul d' Egiaux sprechen, wo gegen Ende Juli 17.000 von den Amerikanern übernommene Menschen so rasch starben, daß in wenigen Wochen zwei Friedhöfe von je 200 Gräbern gefüllt waren. Gegen Ende September betrug die Sterbeziffer 10 pro Tag, was mehr als 21 % pro Jahr bedeutete. ...

Manche Leute werden einwenden, daß die Deutschen nicht sehr gewissenhaft waren, was die Frage der Ernährung unserer Männer anbetraf, aber selbst wenn sie gegen die Genfer Konvention verstoßen haben, scheint das wohl kaum eine Rechtfertigung dafür zu sein, daß wir ihrem Beispiel folgen.

Manche Leute haben gesagt, der beste Dienst, den wir den Deutschen leisten könnten, würde darin bestehen, sie nachzuahmen, so daß sie uns eines Tages vor dem Richterstuhl der Geschichte wiederfinden würden, aber Frankreich sollte seinem Ideal treu bleiben, das höher ist als bloße Würde; es ist bedauerlich, daß uns die ausländische Presse daran erinnern mußte. ...

Wir haben nicht gelitten und gekämpft, um die Verbrechen anderer Zeiten und anderer Orte zu verewigen.<<

NKWD-Einheiten übernahmen im September 1945 das ehemalige "Juden-KZ" Jamlitz bei Lieberose.

Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz wurden später ca. 6.000 deutsche Häftlinge in 8 Barackenkomplexen interniert (x126/74).

NKWD-Einheiten übernahmen im September 1945 das ehemalige NS-Kriegsgefangenenlager "Stalag IV B" auf der Mühlberger Flur (nördlich von Riesa). Das Lager Mühlberg bestand aus ca. 60 Holzbaracken. Im sowjetischen "Speziallager Nr. 1" wurden später durchschnittlich 12.000 deutsche Häftlinge interniert (x126/111).

Die britische Militärregierung kritisierte im September 1945 die Verwendung von Kurzgeschichten in den deutschen Schullesebüchern (x117/84): >>... Im Gegensatz zu den englischen Schulen, in denen man den Gebrauch von vollständigen Ausgaben ausgewählter Schriftsteller als Lehrbücher bevorzugt, gebrauchen die deutschen Schulen Bücher, die Sammlungen von kurzen Geschichten verschiedener Schriftsteller enthalten ...

Viele dieser Geschichten, obgleich sie möglicherweise an sich nicht sehr schädlich sind, sind doch sehr gefährlich, wenn sie so zusammengestellt sind, daß sie eine Stufenfolge von Krankhaftem und von Gewalttätigkeit darstellen.<<

Der SPD-Politiker Hinrich Wilhelm Kopf (1893-1961, 1945 Präsident des Bezirks Hannover, 1946-55 und 1959-61 Ministerpräsident im Land Hannover und in Niedersachsen) erklärte im September 1945 während einer Rede vor deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen (x021/464): >>... Zunächst will ich versuchen, euch wenigstens das Gefühl eines eigenen Heimes wiederzugeben.

Im Einvernehmen mit der Militärregierung, die für eure Nöte und Sorgen volles Verständnis hat, werde ich daher die noch vorhandenen Wohnräume erfassen und gerecht an alle verteilen und die für die Einrichtung eines Heimes erforderlichen Gegenstände – soweit ihr selbst solche nicht mehr besitzt – für euch gegen Bezahlung beschaffen. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen werden in den nächsten Tagen ergehen.

Die übrige Bevölkerung bitte ich um Verständnis für die notwendigen eingreifenden Maßnahmen. Sie möge bedenken, daß sie es nur einem glücklichen Zufall zu verdanken hat, daß sie sich nicht in der gleichen Lage befindet wie die Flüchtlinge, Evakuierten und Ausgebombten.

Es ist Menschen- und Christenpflicht, für diese bedauernswerten Mitmenschen zu sorgen.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die katastrophale Situation der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen (x021/462-464): >>Die Deutschen, die aus ihrer Heimat verjagt worden waren, mußten nun in dem Rest von Deutschland heimisch werden.

Doch welch ein Land war das, in dem die Vertriebenen und Flüchtlinge sich nun tastend und suchend zurechtfinden sollten. Es war ein Land, das ihnen düster und abwesend erscheinen mußte. Ein Land voller Trümmer und Elend, dieses vom Krieg geschlagene Deutsche Reich, fremdem Willen unterworfen, unterteilt in Besatzungszonen, an deren Grenzen die Soldaten der Sieger wachten.

Nie war ein Land schlimmer zerstört worden als das Deutsche Reich, in dessen Hauptstadt einst der totale Krieg ausgerufen worden war, der in eine totale Niederlage geführt hatte. ... In diesem Land, in das die Menschen des Ostens jetzt gewaltsam verfrachtet worden waren, mangelte es an allem, was Menschen brauchten, um überhaupt leben zu können: an Wohnraum, an Nahrung, an Kleidung.

Bombenangriffe und Kriegshandlungen hatten Millionen von Wohnungen in Deutschland vollständig zerstört oder so beschädigt, daß sie unbewohnbar waren. Tatsächlich waren nur 6

von jeweils 10 Wohnungen übriggeblieben. Von diesen 6 Wohnungen, in denen Menschen noch menschenwürdig hausen konnten, hatten die Besatzungstruppen jeweils eine für ihre Zwecke beschlagnahmt. Also: die Einwohner der westlichen Besatzungszonen mußten jetzt mit der Hälfte des Wohnraums auskommen, über den sie vor dem Krieg verfügt hatten.

In diese Enge wurden nun auch noch Millionen hineingepreßt, die aus Pommern und Schlesien, Ost- und Westpreußen, aus Böhmen und Mähren und der Tschechoslowakei, aus Ungarn und Jugoslawien verjagt und in die westlichen Besatzungszonen getrieben wurden. In diese Enge drängten sich aber auch Hunderttausende, die erst in die sowjetische Besatzungszone geflüchtet oder dorthin vertrieben worden waren, aber unter keinen Umständen unter einem kommunistischen Regime leben wollten und deshalb nach Westen weitergezogen waren. ...

Alle die Menschen, die nun kamen, brauchten ein Dach über dem Kopf, wenn sie nicht zugrunde gehen sollten. Sie brauchten Nahrung, sie brauchten Kleidung. Die Westdeutschen mußten in ihren Wohnungen enger zusammenrücken. Sie mußten das Wenige, das der Krieg ihnen gelassen hatte, teilen. ...

... Manchmal weigerten sich Westdeutsche, ihren verjagten Landsleuten Platz einzuräumen, Zimmer freizugeben, Küchen und Keller mit den Fremden zu teilen. Gemeindeverwaltungen beschlagnahmten Wohnraum, und mancher der Vertriebenen, der sein Haus östlich von Oder und Neiße unter Drohung polnischer Maschinenpistolen verlassen hatte, zog jetzt in Begleitung britischer Soldaten, die ebenfalls mit Maschinenpistolen bewaffnet waren, in das Zimmer ein, das der Westdeutsche nicht preisgeben wollte. ...<<

In allen Schulen der sowjetischen Besatzungszone wurde ab 1. Oktober 1945 wieder unterrichtet. Russisch wurde Pflichtfach, um die deutsche Jugend "mit dem Geist und der Kultur des großen sowjetischen Nachbarvolkes" vertraut zu machen.

Während der AKR-Sitzung vom 1. Oktober 1945 lehnte die französische Militärregierung eine deutsche Zentralverwaltung ab (x111/85).

General Eisenhower ordnete am 1. Oktober 1945 weitere Kriegsgefangenentransporte an. Bis Ende Oktober 1945 transportierte man 1.750.000 deutsche Gefangene nach Frankreich und 30.000 deutsche Gefangene als Arbeitskräfte nach Belgien (x111/85).

Oberbürgermeister Konrad Adenauer sprach am 1. Oktober 1945 vor der Kölner Stadtverordnetenversammlung (x114/1.95): >>... So wollen wir gemeinsam ans Werk gehen, tief gebeugt, aber - meine Damen und Herren - nicht gebrochen!<<

Bei der "Londoner Konferenz" (vom 10.09. bis 2.10.1945) verlangte der französische Außenminister die Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebietes (x101/11).

Alle Justizbeamten und Justizangestellten wurden am 3. Oktober 1945 entlassen, falls sie NSDAP-Mitglieder waren (SMAD-Befehl Nr. 49). Dadurch wurde die systematische Bolschewisierung des mitteldeutschen Richterstandes eingeleitet (x009/507).

Der Alliierte Kontrollrat forderte die polnische und tschechische Regierung am 4. Oktober 1945 erneut auf, den Abtransport der Deutschen einzustellen, bis ihre ordnungsgemäße Überführung erfolgen konnte (x004/116-117).

Marschall Shukow erteilte Polen, der CSR und Ungarn am 5. Oktober 1945 die offizielle Erlaubnis, Ost- und Volksdeutsche in die sowjetische Zone "umzusiedeln" (x111/87).

Die US-Militärregierung übertrug am 5. Oktober 1945 den deutschen Behörden die Aufnahme, Vertretung, Unterbringung und Ernährung der Flüchtlinge.

In einem "Merkblatt für Flüchtlinge", das am 5. Oktober 1945 in den britischen Auffang- und Grenzdurchgangslagern verteilt wurde, hieß es (x111/87): >>Sie befinden sich jetzt in der britisch besetzten Zone Deutschlands.

Helfen Sie den Behörden durch Befolgen der Anordnungen, damit Ihnen geholfen werden kann.

Sie werden zunächst registriert, ärztlich untersucht und desinfiziert.

Sie werden dann gepflegt und durch Sonderzüge oder Omnibusse in den Kreis gebracht, welcher Sie aufnimmt.

Nach Ankunft in Ihrer neuen Heimat müssen Sie sich melden bei Wohnungsamt, Polizeibehörde, Arbeits- und Ernährungsamt.

Ohne Befolgung dieser Anordnungen können Sie keine Lebensmittelkarten erhalten.<<

Während einer SPD-Konferenz lehnte Kurt Schumacher am 5. Oktober 1945 den Führungsanspruch der Berliner Delegierten und einen Zusammenschluß mit den Kommunisten entschieden ab (x111/86-87, x301/120): >>... Wir deutschen Sozialdemokraten sind nicht britisch und nicht russisch, nicht amerikanisch und nicht französisch.

Wir sind die Vertreter des deutschen arbeitenden Volkes und damit der deutschen Nation. Wir sind als bewußte Internationalisten bestrebt, mit allen internationalen Faktoren im Sinne des Friedens, des Ausgleichs und der Ordnung zusammenzuarbeiten. Aber wir wollen uns nicht von einem Faktor ausnützen lassen. ...<<

>>... Im Sinne der deutschen Politik ist die kommunistische Partei überflüssig. Ihr Lehrgebäude ist zertrümmert. ...

Nachdem ihre Hoffnung, sich als führende Arbeiterpartei etablieren und zur einzigen Arbeiterpartei entwickeln zu können, von den Tatsachen so völlig unmöglich gemacht wird, muß sie nach dem großen Blutpender suchen.

Das Rezept ist die Einheitspartei, die einen Versuch darstellt, der Sozialdemokratischen Partei eine kommunistische Regierung auszuzwingen. Eine Sozialdemokratische Partei unter kommunistischer Führung wäre aber eine kommunistische Partei.<<

Der 16jährige Manfred W. berichtete über seine "Vernehmung" durch sowjetische NKWD-Geheimpolizisten am 6. Oktober 1945 (x126/183-184): >>Am 6. Oktober wurde ich erstmals vernommen. Im Vernehmungszimmer stand ein zirka 4 Meter langer Tisch. Daran saßen der verhörende Offizier und ein Dolmetscher, der kaum deutsch sprechen konnte. Hinter dem Offizier waren ein Spiegel und 2 Scheinwerfer angebracht, mit denen man angestrahlt wurde. Im Spiegel konnte ich sehen, daß eine uniformierte Person hinter mir stand und eine Pistole auf mein Genick richtete. Meine Vernehmung dauerte etwa 6 Stunden. Man wollte mir zur Last legen, Angehöriger des "Werwolfs" gewesen zu sein.

Nachdem ich diese Anschuldigung mehrmals verneint hatte, gab es erst einmal mit der Pistole ein paar Schläge ins Genick. Der Dolmetscher sagte sinngemäß: "Wir machen Sie so klein, Sie kommen 20 oder 25 Jahre nach Sibirien, dann sind Sie sowieso kaputt!"

Dann mußte ich mich mit ausgestreckten Beinen mit einer Seite des Gesäßes auf einen Stuhl setzen. Das mag an die 2 Stunden gedauert haben. Zwischendurch wurden immer wieder Fragen gestellt, und es gab Fußtritte. Wohin sie trafen, spielte keine Rolle.

Nachdem ich weiterhin die Anschuldigung, beim "Werwolf" gewesen zu sein, abstritt, ließ man sich eine neue Methode einfallen. Nun mußte ich mich mit ausgestreckten Beinen auf eine Flasche, den Flaschenhals nach oben, setzen. Das zog sich etwa eine Stunde hin. Man verlor ja vor Schmerz und Angst jegliches Zeitgefühl. Zur Abwechslung gab es immer wieder Schläge und Fußtritte, und ich war froh, wenn ich für ein paar Sekunden mit der Flasche umkippte, weil dann die Schmerzen wenigstens kurzzeitig aufhörten.

Nachdem alle Torturen keinen Erfolg gebracht hatten, wurde ein sogenanntes Protokoll aufgenommen. Es wurde in russisch abgefaßt und war aus diesem Grunde für mich nicht lesbar. Nun wurde es mir in gebrochenem Deutsch vorgelesen, und ich mußte es unterschreiben. Bezüglich des "Werwolfs" stand darin, daß ich nicht dabeigewesen war – so wurde jedenfalls vorgelesen. Beim Verhör habe ich dann auch erfahren, daß ich vom Bürgermeister meiner Gemeinde denunziert worden war.

Eine Vernehmung am Tage war fast die Ausnahme. In der Regel fanden Vernehmungen in der Nacht von 20 Uhr bis gegen 5 Uhr morgens statt. Oftmals wurden die Verhörten so zugerich-

tet, daß sie sich kaum noch allein fortbewegen konnten. ...<<

General John A. Barraclough, britischer Militärbefehlshaber der Nord-Rheinprovinz, entließ am 6. Oktober 1945 den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (x111/87, x114/1.95): >>... Ich kenne die Schwierigkeiten hinsichtlich der Frage der Arbeitskräfte in Köln. Ich bin mir der Lage hinsichtlich des Verkehrswesens, der Kohlenknappheit, der Knappheit an Transportmitteln etc. in vollem Umfang bewußt.

Ich bin jedoch überzeugt, daß mit richtiger Überwachung und Energie auf Ihrer Seite mehr hätte getan werden können, um diese Probleme zu lösen, als tatsächlich geschehen ist.

Nach meiner Ansicht haben Sie Ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung Kölns nicht erfüllt. Sie werden daher heute aus Ihrem Amte als Oberbürgermeister von Köln entlassen. ...<<

>>... Er (Adenauer) habe ... Köln ... spätestens bis zum 14. Oktober zu verlassen. ...

Er dürfe am öffentlichen oder politischen Leben in der Nordrhein-Provinz nicht mehr teilnehmen; andernfalls drohe ein Militärgerichtsverfahren.<<

Konrad Adenauer schrieb am 6. Oktober 1945 (x095/28): >>... Eben wurde mir von dem Brigadier beim Oberpräsidium der Nord-Rheinprovinz eine in scharfem Ton gehaltene Verfügung vorgelesen, in der mir mitgeteilt wurde, daß ich das in mich gesetzte Vertrauen wegen Wohnungsbau, Schutt, der Versorgung vor dem Winter nicht gerechtfertigt habe und daher ab heute meines Amtes enthoben sei. ...

Ich habe bis spätestens 14.10.45 die Stadt Köln zu verlassen.

Jede direkte oder indirekte politische Betätigung ist mir verboten, bei Zuwiderhandlungen werde ich vor das militärische Gericht gestellt.

Nach der Verlesung erklärte mir der Brigadier, der Ton sei vielleicht schärfer als sie gewollt hätten. Ob ich etwas zu sagen habe. Ich habe geantwortet: Nein.

Habe den Empfang der Verfügung quittiert und packe ein. ...<<

Die New Yorker "Daily News" berichtete am 7. Oktober 1945 über die Ausweisung der Deutschen (x028/131-132): >>Eine ... Frau mit Narben von Peitschenhieben quer über das Gesicht sagte, als die Gruppe, mit der sie in Oberschlesien zur Eisenbahn marschierte, durch Sagan kam, standen polnische Zivilisten links und rechts der Straße, und die Flüchtlinge wurden systematisch beraubt und geschlagen, als sie vorübergingen. ...

Sie schloß ihre Aussage mit der Vermutung, sie sei schwanger. Auf der Reise nach Berlin war sie dreißigmal vergewaltigt worden. ...<<

Die SMAD ordnete am 8. Oktober 1945 an, die ausgewiesenen Deutschen nur noch als "Umsiedler" zu bezeichnen (x039/229).

Die "Berliner Zeitung" berichtete am 9. Oktober 1945 (x116/94): >>... In Nähstuben werden Kleidungsstücke angefertigt und ... Kinderwäsche genäht. Gleichzeitig wird das Spielzeug des neuen Deutschland entstehen, das Spielzeug des friedlichen Aufbaus, das im Kinde den Sinn für das friedliche Dasein weckt und nicht den Geist der Zerstörung. ...<<

Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978, 1945-48 politischer Berater Eisenhowers und der US-Militärregierung) berichtete am 9. Oktober 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x044/197): >>... Amerikanisches Militärpersonal ist Augenzeuge von Vorfällen gewesen, bei denen sich deutsche Einwohner böhmischer Dörfer an einem Sammelplatz einfinden mußten, zwangsweise davongetrieben und häufig an Ort und Stelle oder auf der Straße ihrer wenigen Habseligkeiten beraubt und noch dazu geschlagen wurden, wenn sie sich der Ausweisung widersetzen.<<

In Würzburg wurde am 10. Oktober 1945 die CSU gegründet.

Ein Zeitzeuge berichtete am 10. Oktober 1945 über den Schulalltag in Köln (x073/218-219): >>... Das Schulgebäude ist noch immer in einem trostlosen Zustand: Die Fenster sind zum Teil notdürftig mit Kordelglas geflickt, einige Klassentüren werden durch alte Decken ersetzt und der Fußboden ist fast überall schadhaft. ...

In den Jahren des Krieges hatten die Kinder unter Todesangst, Kummer, Sorgen und Entbehrungen aller Art eine freudlose Kindheit. Darum bemühen sich die Lehrer, in der Schule ein frohes Jugendreich zu schaffen: Musik, Sport, Spiel und Tanz haben neben der Lernarbeit einen wichtigen Platz und lockern den Unterricht auf. ...<<

Der 83jährige Schriftsteller Gerhart Hauptmann erklärte am 10. Oktober 1945 während einer Unterhaltung mit Johannes Becher in Agnetendorf, Schlesien (x111/89): >>... Es gibt keinen Augenblick, in dem ich nicht Deutschlands gedenke, obgleich ich nicht mehr die Kraft besitze, so zu wirken, wie ich es möchte. Hinzu kommt der feste Glaube an Deutschlands Wiedergeburt - davon lasse ich nicht einen Augenblick. ...

In 50 Jahren wird sich das deutsche Volk wiedergefunden haben.<<

Die tschechische Zeitung "Lidovy Vecernik" berichtete am 10. Oktober 1945 (x004/101): >>In der Tschechoslowakei geht es lediglich um die Frage: Tscheche und Slowake oder Deutscher und Ungar. Um nichts anderes.

Wenn sich allerdings ein Jude zur deutschen Nationalität bekannt hat, muß er denselben Weg gehen wie jeder andere Bürger deutscher Nationalität, der sich um die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft bemüht. ...<<

Außenminister Bevin berichtete am 10. Oktober 1945 im britischen Unterhaus (x028/117-118): >>... Ich habe die polnische Regierung ersucht, alle weiteren Vertreibungen von Deutschen in diesem Augenblick zu unterlassen. ...

Der polnische Botschafter in London hat vor kurzem dem Foreign Office versichert, es seien strenge Befehle ausgegeben worden, alle Vertreibungen aus den von Polen besetzten Gebieten künftig zu unterlassen.<<

Der 1. Vizepräsident der Provinz Sachsen, Robert Siewert (KPD), berichtete am 12. Oktober 1945 im "Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen" (x111/90): >>Es ist nicht die Absicht, den Besitz der Großbauern irgendwie anzugreifen oder den Großbauern irgendwie Schwierigkeiten zu bereiten – im Gegenteil, der Besitz der Großbauern ist garantiert. ...<<

Der Alliierte Kontrollrat ordnete am 12. Oktober 1945 für alle Männer (von 14 bis 65 Jahren) und Frauen (von 15 bis 50 Jahren) die Einführung der Arbeitspflicht an (x111/90).

Der französische Staatspräsident de Gaulle erklärte am 12. Oktober 1945 in London (x111/89): >>Frankreich wünscht nie wieder ein Deutsches Reich. ...<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schrieb am 12. Oktober 1945 über das Schicksal der Millionen von deutschen Vertriebenen (x111/89): >>Die Russen fegten die einheimische Bevölkerung vom Erdboden in einer Art, die seit den Tagen der asiatischen Horden kein Beispiel hat. ...<<

Robert D. Murphy (1894-1978, politischer Berater der nordamerikanischen Militärregierung) berichtete am 12. Oktober 1945 in einem Memorandum für das US-State Department über das Elend der deutschen Vertriebenen (x028/132,147-148): >>Allein auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin haben unsere Sanitätsdienststellen täglich im Durchschnitt 10 Menschen (Vertriebene) gezählt, die an Erschöpfung, Unterernährung und Krankheit gestorben sind. Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, spürt man den Gestank des Schmutzes, der sie umgibt, stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Hier ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken. ...

Daß im Sudetenland die Deportationen nicht fortgesetzt werden, liegt zum Teil an der Anwesenheit unserer Truppen, deren Kommandeure in freundlicher, aber fester Haltung den ansässigen Tschechen erklärt haben, daß gewisse Vorgänge im Namen der Menschlichkeit nicht geduldet werden können; dennoch haben sich rücksichtslose Räumungen ereignet, und zwar so häufig, daß unsere Soldaten oft Haß auf das befreite tschechische Volk empfinden. ...<<

>>... Unser Wissen, daß sie Opfer harter politischer Beschlüsse sind, die von äußerster Rück-

sichtslosigkeit und Mißachtung der Menschlichkeit durchgeführt werden, mildert die Wirkung nicht. Die Erinnerung an Massendeportationen stellt sich ein, von denen die Welt entsetzt war und die den Nazis den Haß eintrugen, den sie verdienten. Die Massendeportationen, die von den Nazis inszeniert wurden, haben zu unserer moralischen Empörung beigetragen, in der wir den Krieg wagten und die unserer Sache Kraft verlieh.

Nun ist die Sache umgekehrt. Wir finden uns in der scheußlichen Lage, Partner in diesem deutschen Unternehmen zu sein und als Partner unweigerlich die Verantwortung mitzutragen. Die Vereinigten Staaten kontrollieren allerdings nicht unmittelbar die Ostgebiete Deutschlands, durch welche diese hilflosen und ausgeraubten Menschen ziehen, nachdem man sie aus ihrem Heim gewiesen hat. Die unmittelbare Verantwortung liegt bei der polnischen provisorischen Regierung und in geringerem Maß bei der tschechischen ...

In Potsdam kamen die drei Regierungen überein, daß die Umsiedlungen in geregelter und humaner Weise durchgeführt und daß Polen und die Tschechoslowakei aufgefordert werden sollten, vorübergehend die Ausweisung von Deutschen einzustellen. Trotz offizieller Beteuerungen spricht doch alles dafür, daß man die beiden Punkte nicht beachtet hat, vor allem Polen nicht ...

Wenn die Vereinigten Staaten auch vielleicht keine Mittel haben, einen grausamen, unmenschlichen und immer noch fortgesetzten Prozeß aufzuhalten, so scheint es doch, daß unsere Regierung unsere in Potsdam klar dargelegte Einstellung unmißverständlich wiederholen könnte und müßte.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn es einmal heißen sollte, daß wir an Methoden beteiligt gewesen seien, die wir bei anderen Gelegenheiten oft verdammt haben. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die "geregelt und humane Umsiedlung" der Deutschen (x028/146-147): >>... Es war eine "Tragödie ungeheuren Ausmaßes", wie Churchill es sagte, die sich in Ostmitteleuropa nach dem Kriege abspielte, eine Schande, für die es keine Rechtfertigung gibt.

Wenn sich polnische und tschechoslowakische Wissenschaftler auf Artikel XIII. des Potsdamer Protokolls zur Legalisierung der Vertreibung berufen, so muß ihnen heute grundsätzlich das Recht, sich darauf zu stützen, abgesprochen werden, da die damaligen Regierungen Polens und die Tschechoslowakei fortdauernd – vor allem in der kritischen Zeit unmittelbar nach Potsdam – gegen Geist und Buchstaben dieses Artikels verstoßen haben.

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Umsiedlung einer Bevölkerung, wenn sie international beaufsichtigt, graduell und "in geregelter und humaner Weise" durchgeführt wird, mit den allgemein anerkannten Völkerrechtsnormen vereinbar ist. Doch eine Aussiedlung von Menschen, die von Ausschreitungen und Unmenschlichkeiten begleitet wird wie die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, stellt in jedem Fall eine ernste Verletzung des positiven Völkerrechts dar – ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

Man mag über die Möglichkeiten streiten, in der Umsiedlung ein Mittel zur Durchsetzung legitimer Zwecke zu sehen – wenn es etwa darum geht, einen Friedensschluß mit größerer Aussicht auf Dauer zu erreichen. Aber wenn solche Umsiedlungen über zwei Millionen das Leben kostet, dann verurteilt die Rechtswidrigkeit der Mittel unvermeidlich den Zweck.

Wenn damit in erster Linie natürlich ein Urteil über die Personen ausgesprochen ist, die in der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn und Rumänien die Vertreibungen veranlaßten und durchführten, bleibt es dennoch für einen heutigen Amerikaner eine beschämende Tatsache, daß die Westalliierten den "Aussiedlungen", wenn auch mit Vorbehalten zustimmten und so für Not, Elend und Tod von Millionen Menschen mitverantwortlich wurden. ...<<

Die "United Press" berichtete am 13. Oktober 1945 über französische "Deutschlandpläne" und die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen (x043/119): >>General de Gaulle nahm in

seiner Pressekonferenz ... zu verschiedenen internationalen Problemen Stellung.

Über die "deutsche Frage" führte er unter anderem aus:

"Ich will, daß niemals wieder ein Deutsches Reich gebildet wird. Frankreich will keine deutschen Gebiete annectieren, doch wünscht die französische Regierung für die Zukunft eine Aufteilung Deutschlands in verschiedene Einzelstaaten."

Ein Journalist lenkte die Aufmerksamkeit de Gaulles auf die Berichte, daß die deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen schlecht behandelt würden, worauf der französische Staatschef erwiderte:

"Im Rahmen des französisch-amerikanischen Abkommens wurden 1.100.000 deutsche Kriegsgefangene den Franzosen für den Einsatz bei Wiederaufarbeiten übergeben. Von diesen waren einige Tausend in einem derart beklagenswerten Gesundheitszustand, daß wir mit den nordamerikanischen Behörden jetzt über ihre Rückkehr nach Deutschland verhandeln. Die deutschen Kriegsgefangenen, die in Frankreich arbeiten, erhalten dieselben Rationen, wie die französischen Arbeiter. Jenen, die Grubenarbeit zu verrichten haben, werden französische Schwerarbeiterrationen zugeteilt.

Es ist die Ansicht der französischen Regierung, daß alle Kriegsgefangenen menschlich und strikt nach den Bestimmungen der Genfer Konvention behandelt werden müssen. Wir stehen in sehr enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz."...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 14. Oktober 1945 aus München (x124/51-52): >>... "Stars und Stripes" bringen ein Bild von Josef Pfitzners Exekution; "Das Ende eines Verräters", heißt die Unterschrift.

Ob einer dieser US-Journalisten die Frage beantworten kann, wen Pfitzner verraten hat? Im Grunde ihres Herzens haben die Tschechen von uns nie Loyalität erwartet; sie pochten darauf, uns im Winter 1918/19 wie eine Beute erobert zu haben.

Pfitzner ist meines Erachtens ein völlig ungeeignetes Objekt, sudetendeutsche "Schuld" zu demonstrieren. ... Als Hochschullehrer erwies er sich hilfsbereit und freundlich; jeder, der sich an ihn wandte, hat von ihm Förderung erfahren. Ich kann mich auch nicht entsinnen, daß er je durch Radikalismus auffiel. ...

... Es war sein Unglück, daß er sich 1939 nicht wieder der Wissenschaft zuwandte ... Von seinen Professoren-Kollegen weiß ich, er habe später, als er das Unheil heranrücken sah, vergeblich versucht, in seinen Lehrberuf zurückzukehren. Aber wer auf einem Tiger reitet, kann nicht beliebig absteigen. ...

Was man an ihm vollzog, war Lynchjustiz, gerade Amerikaner sollten dafür ein Organ haben.<<

Staatspräsident Dr. Benesch erklärte am 14. Oktober 1945 während einer Rede in Melnik (x004/90,114,117): >>... Ich zog daher meinen unausweichlichen Schluß, auch wenn es für das Wirtschaftsleben belastend ist, unsere Deutschen müssen von uns fort. ... <<

>>... Aber unser ganzes Vorgehen in Sachen ihres Abschubes in das Reich muß menschlich, anständig, richtig, moralisch begründet, genau geplant und mit allen Alliierten fest vereinbart sein. Auch hier darf unser Volk seinen Ruf eines demokratischen und menschlich würdigen Regimes durch nichts beflecken.

Dies erklärte mit mir schon gestern der Vorsitzende Fierlinger, im tschechischen Rundfunk, es erklärte dies die Regierung als Gesamtheit und ich betone dies heute auch selber.

Alle untergeordneten Organe, die sich hiergegen versündigen, werden sehr entschieden zur Ordnung gerufen werden. Die Regierung wird in keinem Falle erlauben, daß der gute Ruf der Republik durch unverantwortliche Elemente geschädigt werde. Das wollte ich heute hier euch, aber auch unserer ganzen tschechischen Öffentlichkeit sagen.

Die Aufgaben, die unser Staat hat, sind ungeheuer, und es ist notwendig, daß sie uns unbedingt gelingen. Wenn wir uns die große historische Tragweite der Umsetzung der Deutschen,

z.B. nur für unseren Staat selbst ausdenken, dann sehen wir, daß dies eine tatsächlich revolutionäre Tat sein wird, die unserem ganzen nationalen Leben einen völlig neuen Charakter geben wird und das wiedergutmachen wird, was in vergangenen Zeiten und in den schweren Zeiten unserer Geschichte gegen uns geschehen ist.

Und ähnliche große Aufgaben haben wir mehr. ...<<

>>... In letzter Zeit werden wir aber in der internationalen Presse kritisiert, weil die Umsiedlung der Deutschen bei uns in einer unwürdigen und unzulässigen Weise durchgeführt werde. Wir tun angeblich dasselbe, was die Nazisten uns getan haben; dadurch würden wir unsere eigene nationale Tradition und unseren bisher unberührten sittlichen Ruf antasten. Wir würden einfach die Nazisten in ihren grausamen unzivilisierten Methoden nachahmen. –

Mögen diese Vorwürfe vielleicht in Einzelheiten wahr sein oder auch nicht, ich erkläre ganz kategorisch; unsere Deutschen müssen ins Reich fortgehen, und sie werden in jedem Falle fortgehen. ...<<

Generaloberst Tschuikow erklärte am 15. Oktober 1945 in Jena (x111/91): >>... Die Jenaer Universität bekommt jetzt die Möglichkeit wieder, ein Zentrum der Kultur zu werden und mit ihrer ganzen Tätigkeit zu beweisen, daß Deutschland ein Land Goethes, Schillers, Einsteins und nicht ein Land Hitlers und seiner unsauberen Konsorten ist.

Vor der Jenaer Universität liegt ein breites, fruchtbringendes Tätigkeitsgebiet in der Ausmerzungen der Reste der giftigen Naziideologie, in der Umerziehung der deutschen Jugend im Geiste wahrer, fortschrittlicher Wissenschaft und Demokratie.<<

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Oktober 1945 (x111/91): >>Nach Frankreich 125.000 t, nach Belgien 281.000 t, in die Niederlande 144.000 t, nach Dänemark 123.000 t, nach Norwegen 80.000 t und nach Luxemburg 105.000 t.<<

Die Bezirksverwaltungskommission von Tetschen-Bodenbach veröffentlichte am 15. Oktober 1945 folgende "Kundmachung" (x004/317-321): >>Um eine erhöhte öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, wird angeordnet:

§ 1 Personen, denen ein Rundfunkempfänger abgenommen wurde, wird das Rundfunkhören bei anderen Besitzern von Rundfunkempfängern verboten. Verboten wird, solchen Personen das Rundfunkhören zu ermöglichen.

§ 2 Da sich bisher auf dem Gebiete der Republik eine große Zahl von Mitgliedern der Gestapo, von Angehörigen der SS, SA und ähnlicher nazistischer Gliederungen aufhält und sich mit falschen Papieren bewegt, wird jedwede Gewährung von Nachtlager, Wohnung, Nahrungsmitteln, Bekleidungsbestandteilen und ähnlichem an Personen deutscher Nationalität verboten. Jeder, der eine solche staatsfeindliche Person beherbergt oder verbirgt, macht sich des Verbrechens der Begünstigung von Kriegsverbrechern schuldig.

§ 3 Jeder, der vom Beherbergen oder Verbergen von Personen deutscher Nationalität weiß und es nicht den Sicherheitsorganen meldet, wird wegen Verbrechens wie in § 2 dieser Kundmachung verfolgt. ...

§ 5 Wohnungseigentümer dürfen Nachtlager nur jenen Personen tschechischer Nationalität gewähren, die sich mit der Bestätigung über ein ordnungsgemäßes Arbeitsverhältnis ausweisen. ...

Deutschen Personen darf das Übernachten überhaupt nicht erlaubt werden. ...

§ 6 Den in das Reich oder in ein anderes ausländisches Gebiet abgeschobenen Personen ist die Rückkehr auf das Gebiet der Tschechoslowakischen Republik verboten. ...

§ 7 Das Aufbewahren, Verbergen von Fahrnissen (bewegliche Habe bzw. Vermögen), Kleidungsstücken und von anderen Gegenständen wie auch immer aus den Wohnungen für abgeschobene Personen ist verboten. Ebenso ist die Gewährung von Nahrungsmitteln, ... oder anderen Sachen oder die Vermittlung an diese Personen verboten. ...

§ 8 Das Überschreiten der Staatsgrenze (ist nur) auf Grund einer ordnungsgemäßen Bewilligung ... gestattet. Personen deutscher Nationalität ist das Betreten des Waldes verboten. ...

Gegen eine Person, die die Grenze ... überschreitet, und gegen Personen deutscher Nationalität, die zu Unrecht den Wald betreten, wird die Waffe wie gegen einen gefährlichen Verbrecher gebraucht, und sie werden wie ein solcher erschossen.

§ 9 Personen deutscher Nationalität dürfen sich in der Zeit von 20 bis 6 Uhr nicht aus ihren Wohnungen entfernen, mit Ausnahme von Personen, die aus der Arbeit oder in die Arbeit gehen. ...

§ 10 Den Deutschen wird die Teilnahme an öffentlichen Kundgebungen, allen Unterhaltungen, Film- und Theatervorstellungen, sowie die Benützung von öffentlichen Badeanstalten, Bädern, von Erholungs-, Turn- und Sportunternehmen und Einrichtungen verboten. Gasthausbetriebe dürfen nur jene Personen deutscher Nationalität besuchen, die aus Gründen der Verköstigung auf diese angewiesen sind.

§ 11 Tschechen haben bei Einkäufen, auf den Ämtern und wo immer sonst den Vorzug vor den Deutschen.

§ 12 Die für die Deutschen festgesetzte Einkaufszeit von 15 bis 18 Uhr und am Samstagnachmittag bleibt in Gültigkeit. Bei Nichteinhaltung wird sowohl der kaufende Deutsche wie auch der Kaufmann bestraft. ...

§ 16 Jede von einem Deutschen besetzte Stelle ist als freie Stelle anzusehen. ...

§ 18 Die Eigentümer - nationalen Verwalter - der unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erst-rangigen Unternehmen sowie die für den täglichen Ablauf des öffentlichen Lebens wichtigen Unternehmen legen bis zum 1. November 1945 schriftliche Anträge auf Ausstellung von Schutzbriefen für unersetzliche Fachleute (Erfinder, einmalige Spezialisten, Glasmacher, Ärzte u.ä.) und für die Angehörigen ihrer Familien vor. ...

§ 20 Die weißen Armbinden, die die Personen deutscher Nationalität zu tragen verpflichtet sind, müssen eine Breite von 10 cm haben und dürfen mit keinerlei Ergänzungen versehen sein. Die Binde ist am oberen Teil des Armes so zu tragen, daß sie sich, auch bei der Arbeit nicht zusammenrollt. ...

§ 23 Die Verletzung oder die Nichtbefolgung wird ... mit Geld- oder Freiheitsstrafen gegebenenfalls mit beiden Strafen und insbesondere mit der Übergabe an ein Internierungslager bestraft. ...

§ 25 Durch diese Kundmachung soll die tschechische Bevölkerung geschützt und unterstützt werden. Helft uns und euch selber und meldet jeden, der die Bestimmungen dieser Kundmachung umgeht. ...<<

Pierre Laval (1883-1945, französischer Jurist und Politiker, leitete nach der Besetzung Frankreichs die "Vichy-Regierung", stellvertretender Ministerpräsident) wurde in einem umstrittenen Verfahren als Kollaborateur zum Tod verurteilt und am 15. Oktober 1945 in Paris hingerichtet.

Die "United Press" berichtete damals über die Hinrichtung Lavals (x043/120): >>Der letzte Wunsch Pierre Lavals war es, den Feuerbefehl bei seiner Erschießung selbst geben zu dürfen. ... Der Oberst (des militärischen Erschießungskommandos) schlug ihm dies ab. ...

Zum Exekutionspeloton gewandt, bemerkte Laval: "Ihr tut mir leid, weil ihr zur Durchführung dieses Verbrechens gezwungen seid." ...

Zielt auf mein Herz! Vive la France!" ...<<

Der französische Historiker Robert Aron (1898-1975) berichtete später über die Kollaboration und die Befreiungszeit in Westeuropa (x299/134-135): >>... Während der Besatzungszeit arbeiteten einheimische Behörden mit Deutschen zusammen. Dabei wurden 60.000 Franzosen getötet, über 200.000 deportiert (von ihnen kamen knapp 50.000 zurück), 35.000 zu Haftstrafen verurteilt, 70.000 "Verdächtige" interniert, 35.000 Beamte entlassen, 15.000 Soldaten de-

gradiert, da sie beschuldigt wurden, zum Widerstand zu gehören.

Während der Befreiungszeit wurden 40.000 Franzosen von Widerstandskämpfern getötet, über 500.000 verhaftet, von ihnen wurden 160.000 vor Gericht gestellt. 779 wurden hingerichtet, 39.000 zu Haftstrafen verurteilt. –

In Belgien wurden 600.000 in Prozesse und Untersuchungen verwickelt, von ihnen wurden 55.000 zu Haftstrafen verurteilt. –

In den Niederlanden wurden 130.000 in Untersuchungen verwickelt, über 50.000 wurden zu Haftstrafen verurteilt.<<

Die britische Tageszeitung "News Chronicle" berichtete am 15. Oktober 1945 über die Vertreibung von Jugoslawien-Deutschen (x028/121,136): >>Drei- oder viertausend Deutsche aus allen Balkanstaaten hat man an der österreichisch-ungarischen Grenze zusammengeholt, um sie in Österreich abzuladen. ...<<

>>... Ein Zug, der nun auf einem Nebengleis in Wilfersdorf bei Bruck steht, fuhr vor 16 Tagen aus Jugoslawien ab mit 650 deutschen Frauen und Kindern und einigen wenigen Männern aus Südwest-Ungarn.

Sie haben nur das zu essen, was sie bei sich hatten. Niemand kümmerte sich um sie. Der Zug wurde nach Wien und wieder zurückgefahren, da die Leute nirgends hingehen können.

Das österreichische Rote Kreuz erhält keine Erlaubnis, die Flüchtlingslager zu betreten oder den Insassen zu helfen.<<

Während der UN-Konferenz kündigte der polnische Minister Ochab am 15. Oktober 1945 offiziell die Aussiedlung der Deutschen aus den "Wiedergewonnenen polnischen Gebieten" an.

Der nördliche Teil Ostpreußens wurde am 17. Oktober 1945 offiziell in den sowjetischen Staatsverband eingegliedert.

Am 17. Oktober 1945 wurde die "Direktive JCS 1067" (Weisung) an den Oberbefehlshaber der US-Militärregierung in Deutschland veröffentlicht (x156/30).

US-Militärgouverneur Eisenhower informierte den nordamerikanischen Präsidenten am 18. Oktober 1945 über die unfaßbaren Verhältnisse in Schlesien (x028/132): >>... In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht der deutschen Bevölkerung nach Westen. ...

Viele, die nicht weg können, werden in Lager interniert, wo unzureichende Rationen und schlechte Hygiene herrschen. Tod und Krankheit in diesen Lagern sind extrem hoch. ... Die von Polen angewandten Methoden entsprechen ganz gewiß nicht der Potsdamer Vereinbarung. ...

Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht, und es wird von einer Säuglingssterblichkeit von 75 % berichtet. Typhus, Fleckfieber, Ruhr und Diphtherie verbreiten sich.<<

General Eisenhower telegraphierte am 18. Oktober 1945 nach Washington (x309/125): >>In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht der deutschen Bevölkerung nach dem Westen. ... Viele, die nicht weg können, werden in Lagern interniert, wo unzureichende Rationen und schlechte Hygiene herrschen. Tod und Krankheit in diesen Lagern sind extrem hoch. ... Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht und es wird von einer Säuglingssterblichkeit von 75 Prozent berichtet. ...<<

Die 4 Hauptankläger der Siegermächte überreichten am 18. Oktober 1945 dem Alliierten Kontrollrat im Saal des ehemaligen Volksgerichtshofes in Berlin die Anklageschrift zur Aburteilung der deutschen Hauptbeschuldigten.

Den Angeklagten wurden "Verbrechen gegen den Frieden", Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zur Last gelegt (x116/88): >>Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, ... Großbritannien, ... Amerika, die französische Republik erheben Anklage ...<<

Die Richter und Ankläger des am 8. August 1945 konstituierten Internationalen Militärgerichtshofes waren (x111/92): >>John J. Parker und Francis Biddle für die USA, Oberstleutnant Wolchow und Generalmajor Niketschenko für die Sowjetunion, Donnedieu de Vabres und Robert Falco für Frankreich sowie Lawrence und Birkett für Großbritannien.

Als Ankläger fungieren: R. Jackson, T. J. Dodd und Telford Taylor für die USA, Francois de Menthon, Champetier de Ribes, Charles Dubost und Edgar Faure für Frankreich, R. Rudenko und Pokrowski für die Sowjetunion sowie Sir Hartley Shawcross, Sir David Maxwell-Vyve, G. D. Roberts, M. G. Griffith-Jones, Elwyn Jones, H. J. Phillimore und Harcourt Barrington für Großbritannien.<<

KPD und SPD veröffentlichten am 18. Oktober 1945 einen gemeinsamen Aufruf zur Schaffung von "demokratischen Schulreformen" (x116/85): >>Alle Antifaschisten und wahrhaft demokratischen Kräfte Deutschlands werden ohne Zweifel mit uns für folgende Grundforderungen einer deutschen Schulreform eintreten:

1. Die heranwachsende Generation des deutschen Volkes, berufen, die demokratische Erneuerung Deutschlands zu festigen und zu Ende zu führen, muß frei von faschistischen und militaristischen Gedanken ... im Geiste einer kämpferischen Demokratie erzogen werden.
2. Die Demokratisierung des Schulwesens erfordert eine Säuberung des gesamten Lehr- und Verwaltungspersonals von allen faschistischen und militaristischen Elementen ...
3. Alle Bildungsprivilegien einzelner Schichten müssen fallen. ...
4. Die deutsche Schule muß die demokratische Einheit der Nation fördern und festigen. Sie darf nicht mehr durch Glaubensbekenntnisse und Weltanschauungen zerrissen werden. ...
5. Der Unterricht ist die Aufgabe des öffentlichen Schulwesens. Darum kann ... die Errichtung von Privatschulen ... nicht zugestanden werden.
6. Die entscheidende Voraussetzung ... ist ein demokratischer Lehrkörper. ... Der augenblickliche Mangel an zuverlässigen Lehrkräften für eine wirklich demokratische, dem Frieden und dem Wohle unseres Volkes dienende Erziehung macht es notwendig, Zehntausenden antifaschistisch-demokratischer Kämpfer den Weg zum Lehrerberuf zu erschließen und damit den bestehenden Lehrkörper von Grund auf umzugestalten.
7. Die Demokratisierung der Schule verlangt auch eine grundsätzliche Umgestaltung der Lehrpläne und die Schaffung neuer Lehrbücher. ...
8. Die geistige Erneuerung unseres Volkes würde auf halbem Wege stehenbleiben, würde sie nicht auch eine gründliche Reform des gesamten Hochschul- und Universitätswesens umfassen. ...

Antifaschistische Eltern und Erzieher! Verantwortungsbewußte Männer und Frauen!

Ein schwerer und harter Winter steht vor der Tür. Über diese grundlegenden Forderungen einer demokratischen Erneuerung unseres Schulwesens darf daher nicht eine Minute vergessen werden, daß die Schulgebäude zerstört, die faschistischen Lehrbücher unbrauchbar und die Lehrmittel zum größten Teil vernichtet sind.

Jetzt gilt es, das Dringendste zu tun: unseren Kindern für den Winter Schulräume zu sichern und ihre moralische, physische und geistige Erhaltung und Entwicklung zu gewährleisten. Vieles kann und muß noch getan werden, um Schulgebäude, Lehrbücher und Lernmittel für den Winter zu schaffen.

Gemeinsam mit den Lehrern und auch den Schülern ans Werk, um diese vordringliche Aufgabe zu lösen.<<

In München erschien am 18. Oktober 1945 erstmalig die "Neue Zeitung".

Der spätere Mitherausgeber Hans Wallenberg schrieb damals über den Charakter dieser Zeitung (x111/93): >>... Die Bejahung einer deutschen Kollektivverantwortung für das Dritte Reich, aber Ablehnung einer formalen Kollektivschuld; korrektes Verhalten gegenüber dem sowjetischen Verbündeten, aber bereits vorsichtige Distanzierung; behutsame Anbahnung

einer amerikanisch-deutschen Annäherung; Aufklärung über das Nazi-Regime; im Kulturteil der Versuch, möglichst schnell wieder Anschluß der Deutschen an die internationale Geisteswelt zu finden.<<

Die geheime Richtlinie "Direktive JCS 1067" des Oberbefehlshabers der US-Militärregierung in Deutschland vom 26. April 1945 wurde erst am 17. Oktober 1945 veröffentlicht und lautete wie folgt (x156/30-31): >>1. Zweck und Umfang dieser Direktive ...

Teil I Allgemeine und politische Angelegenheiten

... 4. Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland

a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.

b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden sie streng unterbinden.

c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. Wichtig Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind die Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus in jeder Form, die sofortige Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung, die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials und die Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage.

d) Andere alliierte Ziele sind die Durchführung des Reparations- und Rückerstattungsprogramms, Nothilfe für die durch den Naziangriff verwüsteten Länder und die Betreuung und Rückführung der Kriegsgefangenen und Verschleppten der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.

5. Wirtschaftskontrollen

a) Als Mitglied des Kontrollrats und als Zonenbefehlshaber werden Sie sich von den Grundlagen leiten lassen, daß der deutschen Wirtschaft in dem Maße Kontrollen auferlegt werden können, als erforderlich ist, um die in der vortreffenden Ziffer 4 aufgezählten Ziele zu erreichen und außerdem soweit sie zum Schutz der Sicherheit und zur Befriedung des Bedarfs der Besatzungsstreitkräfte und zur Sicherheit der Produktion und Aufrechterhaltung von Lieferungen und Dienstleistungen notwendig sind, um Hungersnot oder Krankheiten und Unruhen, die eine Gefährdung dieser Streitkräfte darstellen würden, vorzubeugen.

Sie werden bei der Durchführung des Reparationsprogramms anderweitig nichts unternehmen, was geeignet wäre, die grundlegenden Lebensbedingungen in Deutschland oder in ihrer Zone auf einem höheren Stand zu halten als in irgendeinem benachbarten Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen. ...

Teil II Wirtschaftliche Angelegenheiten

Allgemeine Ziele und Kontrollmethoden

16. Sie werden dafür sorgen, daß die deutsche Wirtschaft so verwaltet und kontrolliert wird, daß die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive enthaltenen Hauptziele erreicht werden. ...

Abgesehen von den für diese Zwecke erforderlichen Maßnahmen werden Sie keine Schritte unternehmen, die (a) zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen könnte oder (b) geeignet sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken. ...

b) Im Kontrollrat auf keinen Fall die Errichtung einer zentralisierten Kontrollverwaltung über die deutsche Wirtschaft vorschlagen oder billigen, außer in den Fällen, wo eine solche Zentra-

lisierung der Verwaltung zur Erreichung der in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive aufgeführten Ziele unbedingt notwendig ist. Die Dezentralisierung der Verwaltung darf nicht verhindern, daß im Kontrollrat die weitestgehende Einigkeit über die Wirtschaftspolitik erzielt wird.

...

31. Als weitere Abrüstungsmaßnahme sollte der Kontrollrat

a) vorläufig alle Forschungstätigkeit verbieten und alle Laboratorien, Forschungsinstitute und ähnliche technische Organisationen schließen, mit Ausnahme derer, die zum Schutz der öffentlichen Gesundheit für notwendig gehalten werden;

b) alle diejenigen Laboratorien und ähnliche Institute abschaffen, deren Arbeit mit dem Aufbau der deutschen Kriegsmaschine im Zusammenhang stand, und diejenigen Laboratorien vorläufig sicherstellen und ihr Personal in Gewahrsam nehmen, die für ihre technologischen Untersuchungen von Interesse sind, und ihre Einrichtungen danach entfernen oder vernichten

...

32. Bis zum Abschluß eines endgültigen Abkommens zwischen den Alliierten über Reparationen und die Kontrolle oder Ausschaltung der für die Kriegsproduktion geeigneten deutschen Industrien soll der Kontrollrat

a) die Produktion von Eisen und Stahl, Chemikalien, Nichteisenmetallen (ausschließlich Aluminium und Magnesium), Werkzeugmaschinen, Rundfunk- und elektrischen Geräten, Kraftfahrzeugen, schweren Maschinen und wichtigen Ersatzteilen für solche, verbieten und verhindern, außer für die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive angeführten Zwecke;

b) die Wiederherstellung von Anlagen und Ausrüstungen für solche Industrien verbieten und verhindern, außer für die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive angeführten Zwecke;

c) die Anlagen und Ausrüstungen dieser Industrien zur Übernahme auf (das) Reparationskonto sicherstellen. ...

36. Sie werden alle Kartelle und sonstigen Geschäftsabmachungen oder kartellähnliche Organisationen verbieten, einschließlich solcher, die öffentlichen oder halböffentlichen Charakter haben, wie zum Beispiel die Wirtschaftsgruppen, die einer Regulierung der Marktverhältnisse, einschließlich der Produktion, der Preise, des exklusiven technischen Erfahrungs- und Verfahrensaustausches und der Zuweisung von Absatzgebieten dienen. Die von diesen Organisationen ausgeübten notwendigen öffentlichen Funktionen sollen so schnell wie möglich von genehmigten öffentlichen Dienststellen übernommen werden.

37. Es ist die Absicht Ihrer Regierung, eine Aufteilung der Besitzrechte und der Kontrollverhältnisse über die deutsche Industrie herbeizuführen. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 18. Oktober 1945 aus München (x124/52-53): >>Auf den ersten Blick wirkt das, was britische Zeitungen über uns schreiben, zurückhaltender als die Berichterstattung der Amerikaner. ...

Die Briten, Churchill obenan, spielen nun die Entsetzten. Zuerst waren sie es, die den Ausverkauf Europas bedenkenlos vorangetrieben haben. Plötzlich stellten sie fest, daß die Bestialität nun erst recht triumphiert, daß die abscheulichen Konzentrationslager der Nazis gegenüber den landweiten Grausamkeiten heute nur Enklaven der Unmenschlichkeit gewesen sind, daß die polnische Gans an Überfütterung ersticken werde.

All dies sind Sprüche, die sie der Mitverantwortung an den Schrecknissen von heute in keiner Weise entheben. ...<<

Der Präsident der Republik beschloß am 18. Oktober 1945 Dekrete über die Auflösung der Deutschen Universität Prag und der Deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn (x004/262): >>Um die seit langem andauernden historischen Bemühungen des ganzen tschechischen Volkes in der Frage der Prager Universität zum Abschluß zu bringen und die Früchte der nationalen Revolution und des Kampfes um die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik rechtlich zu sichern, bestimme ich auf Vorschlag der Regierung:

§ 1 Die Deutsche Universität Prag, die am 5. Mai, dem ersten Tage des Aufstandes der Prager Bevölkerung, zu bestehen aufgehört hat, wird als ein dem tschechischen Volk feindliches Institut für immer aufgelöst.

§ 2 Die wissenschaftlichen Institute und ihre Einrichtungen, wie auch das gesamte Vermögen der Deutschen Universität Prag fallen an die Karlsuniversität.

§ 3 Dieses Dekret tritt am 17. November 1939 in Kraft; es wird vom Minister für Schulwesen durchgeführt.<<

Der Rat der evangelischen Kirche (EKD) verkündete am 19. Oktober 1945 das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" (x092/932): >>... Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. ...

Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregime seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat, aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" (x051/571): >>Stuttgarter Schuldbekenntnis (-erklärung), am 19.10.45 vom neu konstituierten Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) formuliertes Eingeständnis des Versagens auch der Kirche vor der moralischen Herausforderung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates: "... Wohl haben wir lange Jahre im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben."

Träger dieses Stuttgarter Schuldbekenntnisses waren Geistliche, die, wie etwa Niemöller, im Kirchenkampf kein persönliches Opfer gescheut hatten. Daß gerade sie Mitverantwortung für das nationalsozialistische Unheil akzeptierten, hat den kirchlichen Neuanfang entscheidend geprägt und neue Brücken zur Ökumene geschlagen.

Eine pauschale deutsche Kollektivschuld im Sinne persönlicher Komplizenschaft oder doch unterlassener Hilfeleistung, wie sie Kritiker hineininterpretierten, unterstellte das Stuttgarter Schuldbekenntnis nicht.<<

Lord Bertrand Russell (1872-1970, britischer Mathematiker und Philosoph, Literatur-Nobelpreis 1950) schrieb am 19. Oktober 1945 in der englischen Tageszeitung "The Times" (x149/108, x025/48): >>In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Menschen auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen und schmerzhaften Hungertod ausliefert. Das gilt nicht als Kriegsakt, sondern als Teil einer bewußten "Friedenspolitik". ...<<

>>... Im Potsdamer Protokoll wird vorgeschrieben, daß die Ausweisungen von Deutschen in 'geregelter und humaner' Weise durchgeführt werden sollten. Und es ist wohl bekannt – durch öffentliche Berichte wie durch Briefe, die zahlreiche britische Familien von Verwandten und Freunden in den Besatzungsarmeen erhielten -, daß diese Bedingungen von unseren russischen und polnischen Verbündeten nicht beachtet worden sind. ...<<

US-Außenminister Byrnes berichtete am 19. Oktober 1945 über "begrenzte Umsiedlungen" der Deutschen (x028/98): >>... Wir sahen ein, daß gewisse Aussiedlungen unvermeidlich waren, aber wir beabsichtigten in Potsdam nicht, zu Aussiedlungen anzuregen oder in Fällen, wo andere Regelungen praktikabel waren, Verpflichtungen einzugehen.<<

Die Alliierten veröffentlichten am 20. Oktober 1945 die "Neuordnung des deutschen Gerichtswesens" auf der Grundlage des demokratischen Prinzips (x111/94): >>Alle Personen sind vor dem Gesetz gleich. ... Niemand darf des Lebens, der persönlichen Freiheit oder seines

Eigentums beraubt werden, es sei denn auf Grund eines gesetzmäßigen Gerichtsverfahrens. ... Kein Gericht darf irgendeine Haltung auf Grund von "Analogie" oder ... "gesunden Volksempfindens" als strafbar erklären. ... Sondergerichte sind aufgehoben. Ihre Wiedereinsetzung ist verboten.<<

Captain Marples erklärte am 22. Oktober 1945 im britischen Unterhaus (x028/118): >>... (daß) nach einem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes Proteste gegen unorganisierte Deportationen von Deutschen durch Polen und Tschechen ohne Wirkung geblieben sind, daß immer noch Flüchtlinge nach Berlin strömen und zu Tausenden auf den Straßen sterben. ...<< Die US-Zeitschrift "TIME" berichtete am 22. Oktober 1945 über die Vertreibung der Sudentendeutschen (x028/57): >>... Gegen diese illoyalen Minderheiten ist das einst duldsame tschechoslowakische Herz verhärtet.

Dr. Benesch und seine Regierung sind eisern entschlossen, den Staat von fast allen seiner 3 Millionen Deutschen zu befreien.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über die damalige antideutsche Berichterstattung (x028/57): >>... Erklärungen in diesem Tonfall waren 1945 an der Tagesordnung und können der aufgeladenen Atmosphäre zugeschrieben werden, die bei Kriegsende herrschte. Doch trotz der Verzerrungen der Geschichte, wie sie die Kriegspropaganda und die moralische Diffamierung des Feindes sozusagen notwendig machen, gab es unabhängige Stimmen, die versuchten, die Öffentlichkeit von ihren Vorurteilen aus der Kriegszeit zu befreien. ...<<

Die "Schweizer Weltwoche" berichtete am 23. Oktober 1945 über den Nationalsozialismus im Deutschen Reich (x111/94): >>... Die Mehrzahl der Deutschen war tatsächlich nicht nationalsozialistisch gesinnt, sondern es ist gewissermaßen über sie gekommen, wie eine furchtbare Katastrophe, und ihre einzige Schuld besteht in ihrer Passivität.<<

Robert D. Murphy (1894-1978) informierte US-Außenminister Byrnes am 23. Oktober 1945 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/133): >>Mitarbeiter, die Flüchtlingszüge aus dem Osten ankommen sahen, stellen fest, daß sich die Leute meistens in bedauernswertem Zustand befinden.

Einzelne, die ... befragt wurden, erzählten, sie seien nach kurzer Benachrichtigung aus ihren Häusern vertrieben worden und in vielen Fällen von dem Augenblick an, wo sie ihre Wohnung verließen, bis zur Ankunft in Berlin, beraubt worden. Sie berichten, daß sie ausgeplündert und um die wenigen Habseligkeiten gebracht wurden, die sie überhaupt mitnehmen durften.

Die meisten Menschen, die in Berlin ankamen, hatten nur wenig Handgepäck. Wenn sich auch aus so begrenzten Beobachtungen kein endgültiges Urteil bilden läßt, hat die Mission andererseits Beweise von unterschiedlichster Herkunft, aus denen hervorgeht, daß schlechte Behandlung und Beraubung weit verbreitet sind.<<

Vidkun A. Quisling (1887-1945, norwegischer Ministerpräsident von Hitlers Gnaden, leitete nach der Besetzung Norwegens die "nationale Regierung") wurde als Kollaborateur und Landesverräter zum Tod verurteilt und am 24. Oktober 1945 in Oslo erschossen.

Die UN-Charta trat am 24. Oktober 1945 in Kraft. Die UN-Satzung formulierte z.B. Grundsätze für die Sicherung des internationalen Friedens, Herstellung und Erhaltung von freundschaftlichen Beziehungen der Völker, Förderung und Achtung der Menschenrechte, Selbstbestimmungsrechte der Völker sowie die Verpflichtung der UN-Mitgliedstaaten, die UN-Grundsätze unbedingt einzuhalten und die Einmischung der UN in innere Angelegenheiten eines Staates zu vermeiden (x128/296-302).

Für die Deutschen war die UN-Charta wegen der sog. "Feindstaatenklauseln" (gemäß Artikel 53 und 107 der UN-Satzung) bedeutungslos. Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen wurden damals z.B. komplett von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen

(x024/344).

Robert Ley (1890 in Niederbreidenbach/Rheinland geboren), der wegen seiner Alkoholprobleme den Spitznamen "Reichstrunkenbold" erhielt, erhängte sich nach der Festnahme am 25. Oktober 1945 in seiner Zelle.

Die norwegische Schriftstellerin Sigrid Undset (1882-1949, Nobelpreis für Literatur 1928) schrieb am 25. Oktober 1945 in der "Neuen Zeitung" über die "Umerziehung der Deutschen" (x111/95): >>... Das größte Hindernis auf dem Wege der Umerziehung Deutschlands ist nicht die deutsche Gedankenwelt, sondern die Taten sind es, die, infolge des deutschen Denkens, begangen worden sind.<<

Der Präsident der Republik erließ am 25. Oktober 1945 ein Dekret über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und die Fonds der nationalen Erneuerung (x004/263-265): >>Auf Vorschlag der Regierung und im Einvernehmen mit dem Slowakischen Nationalrat bestimme ich:

§ 1 ... (1) Konfisziert wird ohne Entschädigung - soweit dies noch nicht geschehen ist - für die Tschechoslowakische Republik das unbewegliche und bewegliche Vermögen, namentlich auch die Vermögensrechte, das bis zum Tage der tatsächlichen Beendigung der deutschen und madjarischen Okkupation im Eigentum stand oder noch steht:

1. des Deutschen Reiches, des Königreiches Ungarn, ... wie auch anderer deutscher oder ungarischer Personen, oder

2. physischer Personen deutscher oder madjarischer Nationalität mit Ausnahme der Personen, die nachweisen, daß sie der Tschechoslowakischen Republik treu geblieben sind ...

§ 3 ... (1) Zur Besorgung der mit der vorläufigen Verwaltung des konfiszierten Vermögens und seiner Aufteilung zusammenhängenden Aufgaben wird bei jedem Siedlungsamt ein Fonds der nationalen Erneuerung errichtet. ...<<

Der Verleger Peter Suhrkamp erhielt am 26. Oktober 1945 die erste britische Verlagslizenz im Berliner Sektor.

Im britischen Unterhaus forderte Sir Arthur Salter die Regierung seiner Majestät am 26. Oktober 1945 auf, die vereinbarten geregelten Umsiedlungen der Deutschen durchzusetzen (x028/118): >>... Indem sie allen Einfluß bei jenen Regierungen aufbietet, die Deutsche in großer Zahl aus ihrer Heimat vertrieben haben, damit gesichert wird, daß diese Vertreibung mindestens bis Ende des Winters unterbrochen wird.

Falls sie dann wieder aufgenommen wird, dann auf geregelte Weise, wie es die Potsdamer Erklärung voraussetzt, und mit Zustimmung aller 4 Regierungen, die Deutschland kontrollieren. ...<<

Außenminister Bevin berichtete vor dem britischen Unterhaus über das Elend der deutschen Vertriebenen (x028/57,132): >>... (Die Sudetendeutschen und die Tschechen hätten harmonisch zusammengelebt, bis Hitlers Helfershelfer) das großartige Unterfangen zerbrachen, einen demokratischen Staat ins Leben zu rufen und aufzubauen. ...<<

>>... Es war ein jämmerlicher Anblick - dieser lange Zug von Kinderwagen und kleinen Fahrzeugen aller Art, und die Leute fast alles Frauen und Kinder und ganz wenige Männer.

Man konnte nur noch sagen: "Mein Gott, das ist der Preis für Dummheit und Krieg". Es war der schlimmste Anblick, den man sich denken kann.<<

Der Präsident der tschechischen Republik erließ am 27. Oktober 1945 ein Dekret über die Sicherstellung der als staatlich unzuverlässig angesehenen Personen während der Revolutionszeit (x004/276): >>Auf Vorschlag der Regierung bestimme ich:

§ 1 Die Sicherstellung von Personen, die als staatlich unzuverlässig angesehen wurden, durch Behörden oder Organe der Republik, auch außerhalb der gesetzlich statthaften Fälle, oder eine Verlängerung ihrer vorläufigen Sicherstellung (Haft) über den gesetzlich zulässigen Zeitraum hinaus wird für gesetzmäßig erklärt. Solche Personen haben wegen dieser Sicherstellung oder

einer Verlängerung der vorläufigen Sicherstellung über den gesetzlich zulässigen Zeitraum hinaus keinen Anspruch auf Schadenersatz.

Unter einer Sicherstellung ... ist nicht die Zusammenziehung ausländischer Staatsangehöriger zu verstehen, die von der zuständigen Behörde an bestimmten Orten zum Zwecke ihrer späteren Abschiebung durchgeführt wurde. Eine solche Zusammenziehung darf ohne jegliche Beschränkung durchgeführt werden. ...<<

Der Präsident der tschechischen Republik erließ am 27. Oktober 1945 ferner ein Dekret über die Zwangsarbeits-Sonderabteilungen (x004/277-278): >>Auf Vorschlag der Regierung bestimme ich:

§ 1 (1) Nach den Bestimmungen ... über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Veräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte, werden in den Gefängnissen der Kreisgerichte und in den Strafanstalten Zwangsarbeits-Sonderabteilungen aufgestellt.

(2) Der Justizminister kann für solche Abteilungen auch besondere Lager errichten und ihre Organisation regeln. ...

§ 3 Die Abteilungen werden insbesondere zur Durchführung von Arbeiten verwendet, die zur Wiederherstellung des Wirtschaftslebens notwendig sind oder zu anderen im öffentlichen Interesse geleisteten Arbeiten, z.B. zur Beseitigung von Kriegsmaterial und Trümmern, zur Reparatur und zum Bau öffentlicher Gebäude, und anderer öffentlicher, vor allem Transporteinrichtungen, zu Arbeiten in der Land- und Forstwirtschaft, zur Regulierung der Flüsse u.ä.; gibt es keine derartigen Arbeiten, so können sie zu anderen geeigneten Zwecken verwendet werden. Dies darf jedoch nicht an Orten geschehen, an denen dadurch die Lohn- und Wirtschaftsverhältnisse der arbeitenden Schichten gefährdet würden.

§ 4 Die Sträflinge haben keinen Anspruch auf Entlohnung für die Arbeit in den Abteilungen. Das für ihre Arbeiten vereinbarte Entgelt fällt an den Staat.

Bei der Festsetzung der Höhe des Entgelts ist darauf zu achten, daß die Löhne der Arbeiterschaft nicht unterboten werden. ...<<

US-Soldaten berichteten am 27. Oktober 1945 über die Mißhandlung einer Sudetendeutschen (x028/136): >>Frau Anna H., eine Sudetendeutsche aus Kottiken, 7 km nördlich von Pilsen, sagte aus, daß ein tschechischer Soldat und mehrere tschechische Polizisten in ihr Haus eindrangen, Geschirr, Kristall und Kleidung beschlagnahmten, nachdem sie ihre Schwester und ihren Schwager zusammengeschlagen hatten.

Frau H. ging am gleichen Tag nach Pilsen, um den Überfall dem tschechischen Armeehauptquartier ... zu melden.

Nachdem sie in ihr Haus zurückgekehrt war, kamen zwei Polizeibeamte und brachten sie zum Polizeirevier in Kottiken. Dort wurde sie über ihre Reise nach Pilsen befragt und mit einer Geldbuße in Höhe von 1.000 Kronen belegt, weil sie ohne Genehmigung nach Pilsen gefahren war und weil sie die gelbe Armbinde nicht getragen hatte. Dann wurde sie so schwer mißhandelt, daß sie ohnmächtig wurde. Ein Auge ist heute noch verbunden, das andere Auge ist schwarz umrändert.<<

Die "Times" berichtete am 27. Oktober 1945 (x028/118-119): >>... Die polnischen Behörden in Breslau zerstörten heute eines der wenigen deutschen Denkmäler in der Stadt, das Standbild Kaiser Wilhelms I., und gaben bekannt, daß die noch in Breslau anwesenden 200.000 Deutschen gezwungen werden sollten, in eine der besetzten Zonen Deutschlands umzusiedeln. Der Bürgermeister ... erklärte in einer Rede vor dem Denkmal, daß jede Woche 4.000 Deutsche die Stadt verlassen, und binnen 6 Monaten wird Wroclaw (Breslau) die zweite Stadt ganz Polens sein.<<

Staatspräsident Dr. Benesch berichtete am 28. Oktober 1945 über die Ausweisung der Sudetendeutschen (x004/90): >>... Es verlassen die Republik nicht weniger als 800.000 Ar-

beitskräfte. Der Staat wird ärmer, aber das Opfer muß im Interesse des zukünftigen Friedens gebracht werden.<<

Aufgrund des SMAD-Befehls Nr. 124 "Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentums Kategorien in Deutschland" wurden ab 30. Oktober 1945 mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmen enteignet und verstaatlicht - Errichtung von SAG-Betrieben bzw. von sowjetischen Aktiengesellschaften – (x301/116): >>... Um den Raub und anderen Mißbrauch des Eigentums, das früher dem Hitlerstaat, den Militärbehörden, den durch das sowjetische Militärkommando verboten und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen gehört hat, zu verhindern und dieses Eigentum am rationellsten für die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und der Besatzungstruppen auszunutzen, befehle ich:

1. Das Eigentum, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet, als beschlagnahmt zu erklären.<<

Der deutsche Historiker Ernst Deuerlein (1918-1971) berichtete später über den SMAD-Befehl Nr. 124 (x156/28-29): >>Der am 30. Oktober 1945 verkündete Befehl Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration sprach die entschädigungslose Enteignung des Besitzes des Reiches und des Staates Preußen, der NSDAP, der großen und wichtigen Industrie-, Bergbau- und Handelsfirmen aus.

Fast die Hälfte der Industriekapazität der sowjetischen Besatzungszone ging an die Länder bzw. Kreise und Städte über. Die Firmen wurden als "Volkseigene Betriebe" (VEB) weitergeführt, 25 % des Industriebesitzes gingen zur Verwaltung und Ausbeutung unmittelbar an die Russen über. Die Militäradministration errichtete dafür am 5. Juni 1946 "Sowjetische Aktiengesellschaften" (SAG), die zwischen 1946 und 1953 beherrschenden Einfluß auf die Wirtschaft Mitteldeutschlands hatten.

Der Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 nahm im Sinne der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsauffassung eine Verstaatlichung fast des ganzen Industriepotentials Mitteldeutschlands vor. Ulbricht rechtfertigte diese Maßnahme mit der Erklärung:

"Um den Machenschaften der Konzerne einen Riegel vorzuschieben und sicherzustellen, daß die Betriebe für die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgenutzt werden konnten, wurden sie zunächst beschlagnahmt. Die provisorische Verwaltung des beschlagnahmten Gutes wurde vorerst sowjetischen Besatzungsorganen übertragen, die in den Betrieben deutsche Treuhänder einsetzten. Später wurde den Landes- und Provinzialverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone die Treuhandverwaltung und Nutzung dieser Betriebe übertragen. ... Der Kampf der deutschen Werktätigen für den Aufbau eines friedlichen Lebens ohne Konzernherren und Kriegsverbrecher hatte damit eine zuverlässige Grundlage erhalten." ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 30. Oktober 1945 aus München (x124/57): >>... Noch immer gelten in der US-Propaganda die Russen als die großen Verbündeten und die eigentlichen Helden des europäischen Krieges. Wer diesem Mythos entgegentritt, macht sich verdächtig.<<

Konrad Adenauer schrieb am 31. Oktober 1945 über die außenpolitische Lage (x095/30-31): >>... Rußland hat in Händen die östliche Hälfte Deutschlands, Polen, den Balkan, anscheinend Ungarn, einen Teil Österreichs.

Rußland entzieht sich immer mehr der Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten und schaltet in den von ihm beherrschten Gebieten nach eigenem Gutdünken. In den von ihm beherrschten Ländern herrschen schon jetzt ganz andere wirtschaftliche und politische Grundsätze als in dem übrigen Teil Europas. Damit ist eine Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet und Westeuropa eine Tatsache.

In Westeuropa sind die führenden Großmächte England und Frankreich. Der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands ist ein integrierender Teil Westeuropas. Wenn er krank bleibt, wird das von schwersten Folgen für ganz Westeuropa auch für England und Frankreich sein.

...

Eine Lostrennung Rheinlands und Westfalens von Deutschland dient diesem Zwecke nicht, sie würde das Gegenteil herbeiführen. Man würde eine östliche politische Orientierung des nichtrussisch besetzten Teiles Deutschlands herbeiführen.

Dem Verlangen Frankreichs und Belgiens nach Sicherheit kann auf die Dauer nur durch wirtschaftliche Verflechtung von Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland wirklich Genüge geschehen. Wenn England sich entschließen würde, auch an dieser wirtschaftlichen Verflechtung teilzunehmen, so würde man dem doch so wünschenswerten Endziele "Union der westeuropäischen Staaten" ein sehr großes Stück näherkommen.

Zum staatsrechtlichen Gefüge des nicht von Rußland besetzten Teiles Deutschlands: Ein vernünftiges staatsrechtliches Gefüge besteht zur Zeit überhaupt nicht, es muß wiederhergestellt werden. Die Schaffung eines zentralisierten Einheitsstaates wird nicht möglich, auch nicht wünschenswert sein, der staatsrechtliche Zusammenhang kann lockerer sein als früher, etwa in der Form eines bundesstaatlichen Verhältnisses.<<

Mit einer Wiedereröffnungsfeier (einem Symphoniekonzert usw.) begannen am 31. Oktober 1945 in der Universität Würzburg wieder Vorlesungen.

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 31. Oktober 1945 aus Bayern (x124/57-58): >>... Auf amerikanischen Befehl haben alle Reichsdeutschen, die sich in der US-Zone Österreichs aufhalten, das Land zu verlassen.

Aus Eisenhowers Monatsbericht: ... Die Unruhe der Jugend wurde durch die vielen entlassenen Kriegsgefangenen vermehrt, von denen ein Teil keine Bleibe findet.

Die Hauptschuld an der Unruhe trügen die Ausländer. "Mord und organisierter Raub sind in diesem Monat unerfreulich häufig vorgekommen." Als Beispiel nannte er den Landkreis Aschaffenburg, wo sich die Bauern weigern, die Felder zu bestellen, da ihre Häuser von umherziehenden Ausländerbanden in ihrer Abwesenheit geplündert werden.<<

In Pommern, im Südteil Ostpreußens, in Teilen der ehemaligen Provinz Posen und in Westpreußen wurden im Oktober 1945 großangelegte "Ausweisungen" durchgeführt. Diese "Ausweisungen" wurden meistens nicht angekündigt.

Die Bevölkerung wurde oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder in nur 10 Minuten, plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnung gezwungen. Vielfach waren nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen. Im wesentlichen sah man überall die gleichen Bilder: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, wo geschlossene Transporte zusammengestellt wurden sowie Gepäckkontrollen und fortgesetzte Plünderungen während der Bahnfahrt durch polnische Banden, die vielerorts sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen.

Infolge der nicht selten mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten, ereigneten sich zahlreiche Todesfälle.

Ab Oktober 1945 trieb man die Bevölkerung Pommerns im Sammellager Scheune bei Stettin zusammen. Das Grenzübergangslager Scheune zählte schon bald zum berüchtigsten Vertriebenenlager. Dort waren Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Posten und Milizangehöriger an der Tagesordnung. Im allgemeinen wurden die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern, bevorzugt vertrieben. Spezialisten, die als unabhkömmlich galten, stellte man überwiegend von der Austreibung zurück.

Mit Versprechungen, Drohungen oder durch brutale Gewaltmaßnahmen versuchte man damals bereits, vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen. Viele Deutsche, die polnisch klingende Namen besaßen, wurden ebenfalls zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen.

Der 16jährige Manfred W. berichtete damals über die Internierung im sowjetischen "Speziallager Nr. 3" in Bautzen (x126/185): >>Gegen Ende Oktober 1945 erfolgte meine Verlegung in die U-Haftanstalt Bautzen (ehemalige Landesstrafanstalt), in Einzelhaft.

Die dortige Verpflegung bestand aus einer dünnen Runkelrübensuppe und 300 Gramm Brot täglich.

Ein Verhör folgte dem anderen. Spätestens hier wurde mir klar, daß das Protokoll vom Kamenzer Verhör inhaltlich nicht mit dem mir vorgelesenen Text übereinstimmte. Die Vernehmungen wurden mit der gleichen Härte wie in Kamenz geführt. Trotz der dicken Wände und Türen hörte man deutlich die Schreie der Verhörten.

Ständig stellte sich einem die bange Frage: Wann bist du wieder dran? Wer so etwas nicht selbst miterlebt hat, kann diese Grausamkeit nicht nachempfinden. ...<<

Generalfeldmarschall Montgomery telegraphierte im Oktober 1945 nach London (x131/165): >>Ich wollte sicherstellen, daß dem Control Office alle Fakten über die künftigen Folgewirkungen der Ernährungslage vorliegen. Ich halte das für meine Pflicht. ...

Ich habe außer humaner Behandlung nichts übrig für die Deutschen, und sie werden den Gürtel enger schnallen müssen. Aber ich bin nicht der Meinung, daß wir ihnen Rationen geben sollten, die geringer sind als die in Belsen. ...<<

Zerstörung der Lebensgrundlagen der deutschen Bevölkerung in Ost-Mitteleuropa nach Beendigung der sowjetischen Militärverwaltung

Bis zum Abzug der sowjetischen Truppen herrschten in Jugoslawien, Polen, in der Tschechoslowakei und in Ostdeutschland monatelang chaotische Verhältnisse, weil die einheimischen Behörden und Milizeinheiten ständig versuchten, die Befehlsgewalt auszuüben. Infolge der unterschiedlichen Anordnungen und Befehle gab es dauernd Überschneidungen, so daß die Deutschen zusätzlich schikaniert und verunsichert wurden. Zwischen den Russen und Polen ereigneten sich besonders häufig Auseinandersetzungen, die nicht selten mit wilden Schießereien endeten. Viele Polen haßten ihre sowjetischen Befreier, weil sie nach Stalins Anordnungen die deutschen Ostgebiete systematisch ausplünderten und verwüsteten.

In den deutschen Ostgebieten wurde die sowjetische Besatzungszeit im Herbst 1945 beendet (Ausnahme: Nord-Ostpreußen). Nach dem sowjetischen Abzug führte man in den "befreiten Gebieten" gnadenlose Pauschalabrechnungen durch. Es handelte sich damals meistens nicht um spontane Ausschreitungen oder persönliche Racheakte, sondern mehrheitlich um staatlich gelenkte "Säuberungsaktionen". Viele Gewalttaten und Verfolgungen wurden nachweislich durch unverantwortliche staatliche Propagandamaßnahmen beeinflußt und gefördert. In Rundfunkansprachen, Zeitungen, Bekanntmachungen und öffentlichen Veranstaltungen schürte man den radikalen Nationalismus und forderte zur kollektiven Bestrafung aller deutschen "Landesverräter" auf.

In Ostdeutschland, Polen, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien setzten die neuen Machthaber ihre bisherigen Verfolgungsmaßnahmen systematisch fort und nutzten außerdem die "bewährten" NS-Terrormethoden der "Juden- und Fremdarbeiterpolitik". Die Deutschen mußten z.B. vielerorts weiße Armbinden oder Hakenkreuze sichtbar auf ihrer Kleidung tragen, um sie öffentlich zu verhöhnen und zu erniedrigen. Fanatische Zivilisten mißhandelten die Geächteten gelegentlich auf "offener Straße" und rissen ihnen sogar oft die Kleidung vom Leib.

Da die neuen polnischen Machthaber nicht genügend disziplinierte Truppen und Polizeikräfte besaßen, übertrug man in Ostdeutschland den "Schutz der öffentlichen Sicherheit" zunächst an Milizen. In jede Stadt und in jedes größere Dorf wurden "Milizkommandanten" entsandt, um die sowjetischen Besatzungstruppen zu ersetzen. Manche Milizangehörige waren fragwürdige Gestalten. Die Milizen setzten sich überwiegend aus 18-20jährigen Zivilisten zusammen, die

schnell erkannten, daß Raub und Plünderung des deutschen Eigentums behördlich gefördert bzw. unterstützt wurden.

Die Milizangehörigen, Partisanen und Geheimpolizisten waren damals die Herren über Leben und Tod. Sie waren überall unumschränkte Machthaber und terrorisierten die deutschen Einwohner. Da die Milizen keinen Sold erhielten, mußten sie sich selbst versorgen und führten unentwegt Raubzüge durch. Das gesamte Eigentum der "Staatsfeinde" wurde "beschlag-nahmt", so daß die Ost- und Volksdeutschen schnell zu Bettlern wurden. Nachdem die Milizen Kommandanturen errichtet hatten, drangen immer mehr polnische und tschechische Zivilisten in die deutschen Siedlungsgebiete ein.

Die Geheimpolizei und Partisanen arbeiteten gewöhnlich mit den örtlichen Milizkommandanten zusammen, wenn es darum ging, die Deutschen mit schonungsloser Willkür und extremer Brutalität zu verfolgen. In der CSR wurden damals vermeintliche NS-Verbrecher von Partisanen und Milizen auf Markt- oder Sportplätzen zusammengetrieben, brutal mißhandelt und z.T. sogar öffentlich hingerichtet (x010/44). Erst in den Jahren 1946-1947 ließ die Schreckensherrschaft der Geheimpolizei und Milizen allmählich nach.

Die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung wurde zwangsweise zum Arbeitseinsatz herangezogen. Sogar 8- bis 10jährige Kinder mußten Vieh hüten, Gespanne fahren oder andere leichte Arbeiten erledigen. Obgleich die Deutschen schwerste Zwangsarbeiten leisten mußten, rissen sie sich um fast jede Arbeit, denn ohne Arbeit gab es keine Verpflegung. Wer nicht verhungern wollte, mußte arbeiten.

In den Sommermonaten betrug die tägliche Arbeitszeit oftmals bis zu 15 Stunden. Während der Erntezeit wurde vom Sonnenaufgang bis zum Einbruch der Dunkelheit gearbeitet. Sonn- und Feiertage waren für die Deutschen "normale Arbeitstage".

Viele Zwangsarbeiter mußten ekelhafte und qualvolle Arbeiten ausführen. Besonders abscheulich waren die Bergung von Tierkadavern und die Bestattung der Leichen, die bereits seit Wochen und Monaten in den Ortschaften, an den Landstraßen oder auf den Feldern und Wiesen lagen. Diese grauenvollen, gesundheitsgefährdenden Arbeiten dauerten manchmal mehrere Wochen.

Während der schweren körperlichen Arbeit kam es täglich vor, daß kranke und erschöpfte Arbeitskräfte Schwächeanfälle erlitten und zusammenbrachen. Infolge der unmenschlichen Lebensbedingungen brachen schon bald vielerorts verheerende Epidemien aus. In jener Zeit führte man Beerdigungen nur noch ohne Särge durch. Die Toten wurden notdürftig in Kohlen- oder Kartoffelsäcke gepackt und in Massengräbern bestattet.

Nach der täglichen Zwangsarbeit durchsuchten überall hungrige Menschen leerstehende Häuser, Keller und Kartoffelmieten oder streiften durch Wälder und über Felder, um irgendwelche eßbaren Dinge zu ergattern. Für die Frauen war es besonders schwer, ihre Kinder und ihre gebrechlichen Eltern zu ernähren, denn obwohl sie selbst unterernährt waren und hungerten, mußten sie jeden Tag schwere Zwangsarbeiten leisten.

Falls die Deutschen nicht mehr arbeiten konnten, waren sie zwangsläufig dem Hungertod ausgeliefert. Da Kinder und alte Menschen im allgemeinen keine Lebensmittel erhielten, starben sie reihenweise. Nachdem man die letzten Vorräte geplündert hatte, wurde die Ernährungslage der rechtlosen Deutschen immer dramatischer.

Die Lebensverhältnisse der zurückgebliebenen Deutschen in Ostmitteleuropa wurden durch grenzenloses Leid, unendliche Not und absolute Rechtlosigkeit geprägt. Fast alle Deutschen vegetierten unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen. In dieser erbarmungslosen Zeit rückten alle verfolgten Deutschen eng zusammen. Man half sich nach besten Kräften, wo immer es möglich war. Standesunterschiede gab es schon längst nicht mehr.

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtete später über die damaligen Lebensverhältnisse der Deutschen in Ostdeutschland (x039/70-71): >>Das Fehlen jeder

verlässlichen Ordnung war einer der nachhaltigsten Eindrücke. Fast ein Jahr lang bestand in weiten Gebieten des Ostens so etwas wie Vogelfreiheit.

Die Rote Armee war hindurchgezogen, hatte ein weitgehend entvölkertes Gebiet hinterlassen und nur in den Städten Kommandanturen errichtet. Das flache Land war kaum bewohnt. Je weiter man nach Osten kam, desto weniger Menschen gab es. Weder Gesetze noch Befehle erreichten die Überlebenden. Es gab keine Zeitungen, kein Geld, keine Lebensmittelzuteilungen, keinen Arzt, kein Krankenhaus. Jeder war auf sich allein gestellt.

Hin und wieder tauchten bewaffnete Banditen auf, um zu stehlen, was die Menschen zusammengetragen hatten. Vermutlich wird man bis in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges zurückgehen müssen, um auf Verhältnisse zu stoßen, die denen vergleichbar waren, die 1945 im Osten herrschten.

Daß die verbliebenen Ostdeutschen überhaupt überlebt haben, verdanken sie den in den Kellern der verlassenen Häuser zurückgelassenen Einkellerungskartoffeln des Herbstes 1944. Auch war das Wintergetreide noch vor der Flucht gesät worden und konnte im Sommer 1945 ungerührt von allem Elend wachsen und reifen. Vieh war dagegen so gut wie keines mehr vorhanden; die letzten Herden wurden im Mai 1945 nach Osten getrieben. Nicht einmal Kaninchen oder Hühner gab es.

Im Rückblick auf jene Zeit will es mir scheinen, als seien unsere humanen Tugenden nur die Früchte geordneter Verhältnisse. Das sogenannte Gute verfällt in dem Maße, in dem jede verlässliche Ordnung aufhört. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/90E-91E): >>Die weitgehende Entvölkerung und wirtschaftliche und verkehrsmäßige Abschließung des Landes, besonders aber die brutale sowjetische Behandlung seiner wenigen deutschen Menschen führte im Nordteil Ostpreußens seit 1945 zu einem Prozeß wachsender Verelendung, Verwilderung und Primitivisierung, demgegenüber die zur gleichen Zeit in manchen Gegenden Schlesiens und Pommerns herrschenden Zustände als noch kultiviert erscheinen mochten.

In wenigen Jahren verwischten sich die Züge einer alten europäischen Kulturlandschaft und den Menschen verwandelte sich ihre Heimat unter ihren Augen in eine unheimliche Fremde.

... Eine organisierte allgemeine Lebensmittelversorgung, d.h. eine Ausgabe und regelmäßige Belieferung von Lebensmittelkarten, hat es im nördlichen Teil Ostpreußens offenbar nirgends gegeben. Für Alte, Kranke und Kinder begann die Ernährungslage in den Städten und besonders in Königsberg bald katastrophal zu werden. ...

Eine Ausnahme bildeten in dieser Beziehung lediglich die wenigen qualifizierten Facharbeiter, die als Spezialisten meist ausreichende Verpflegung und mitunter sogar Bezahlung erhielten. Im übrigen hat aber wohl in keiner anderen deutschen Stadt der Hunger in den Jahren 1945-47 so viele Opfer gefordert wie in Königsberg. Große Teile der Bevölkerung nährten sich von Abfällen, und die Verwilderung führte schließlich sogar dazu, daß Fleisch getöteter Menschen feilgeboten wurde.

So unglaublich dies erscheinen mag, so kann doch zufolge mehreren Berichten kein Zweifel daran sein, daß der Verkauf und Genuß von Menschenfleisch in Königsberg mehrfach vorgekommen ist und daß dadurch in hohem Maße Entsetzen und Unruhe unter der deutschen Bevölkerung hervorgerufen wurden.

Furchtbare hygienische Verhältnisse trugen das Ihre dazu bei, daß Typhus-, Ruhr-, Krätze-, ja selbst Malariaepidemien um sich griffen und die Sterblichkeit in unerhörtem Maße stieg. 2 Jahre lang - vom Sommer 1945 bis zum Sommer 1947 - hielt die hohe Sterblichkeit in Königsberg infolge der Unterernährung und der Epidemien an. Innerhalb dieser 2 Jahre ist von rd. 70.000 Deutschen, die im Sommer 1945 in Königsberg registriert worden waren, minde-

stens die Hälfte gestorben. ...

Etwas günstigere Voraussetzungen bestanden anfangs für die Landbevölkerung, ... so daß sie ein kümmerliches Leben fristen konnte. Hier und dort wurde jedoch auch sie schon im Sommer 1945 zu verzweifelten Handlungen getrieben. Manchen ... blieb nichts anderes übrig, als bei den russischen Soldaten um Nahrung zu betteln. Die Gutmütigkeit und Freigebigkeit einzelner Russen kleinen Kindern und ihren Müttern gegenüber, die in seltsamem Kontrast zu den vielen Exzessen und Ausschreitungen stand, haben für manche deutsche Familie eine große Hilfe in ihrer furchtbaren Not bedeutet. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/102E-105E): >>Entschieden schlechter als auf dem Lande war die Ernährungslage in den Städten. ... Da weder Lebensmittel im Lande waren, noch die Betriebe arbeiteten, lagen die Läden und Geschäfte still. Deutsches Geld war nahezu wertlos geworden, und selbst in Großstädten wie Breslau wurde die Entlohnung für die arbeitende Bevölkerung fast ausschließlich in Naturalien gezahlt.

Auch die Strom- und Wasserversorgungswerke, ebenso die öffentlichen Verkehrseinrichtungen arbeiteten in den deutschen Ostgebieten während der Zeit der sowjetischen Militäradministration wohl fast nirgends. Die Ursache lag z.T. darin, daß manche Versorgungsanlagen durch Kriegseinwirkungen zerstört, die wichtigsten Fabriken demontiert und die Magazine geplündert waren.

Eine sehr verhängnisvolle Wirkung hatte es aber auch, daß bereits im Sommer 1945 nach Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien eine große Anzahl polnischer Zivilpersonen eingeströmt war und sogleich begonnen hatte, die Geschäfte und Handwerksbetriebe ebenso wie die Bauernhöfe für sich zu beschlagnahmen. Jede Initiative zur Neubelebung des Wirtschaftslebens, die von der städtischen deutschen Bevölkerung hätte ausgehen können, wurde dadurch im Keime erstickt.

... Auch für Niederschlesien gilt, daß die Mehrzahl der Städte einer wachsenden Verwahrlosung anheimfielen, verwilderten und ihr deutsches Gesicht zu verlieren begannen. Es war überall das gleiche Bild ...

Die katastrophale Lage in den Städten Ostdeutschlands während des Sommers und Herbstes 1945 wird am deutlichsten veranschaulicht durch die unerhört hohe Sterblichkeit unter den Deutschen infolge des Hungers, der unhygienischen Verhältnisse und der großen körperlichen Erschöpfung. Nahezu in allen Städten Ostdeutschlands wüteten Typhusepidemien, in Breslau und den kleineren schlesischen Städten ebenso wie in Ostpreußen, Ostpommern und Ostbrandenburg. In den pommerschen Städten scheint die Zahl der dabei entstandenen Menschenverluste am höchsten gewesen zu sein. So starb in Treptow und Stolp etwa ein Drittel der Einwohner während des Sommers und Herbstes 1945.

Ehe die Städte und Dörfer Ostdeutschlands offiziell unter polnische Verwaltung gestellt wurden und die russischen Besatzungsorgane ihre Kompetenzen an den polnischen Staat übergaben, kam es zu einer teilweise recht langen Periode des Überganges, des Nebeneinander- und Durcheinanderregierens von Polen und Russen, was vor allem für die im Lande befindlichen Deutschen höchst unerfreuliche Zustände schuf. ...

Besonders im südlichen Ostpreußen, in Danzig, Oberschlesien und in manchen Gegenden Pommerns war das Gesicht der Städte und Dörfer schon im Frühjahr und Sommer stärker von den Polen als von russischen Truppen geprägt. An vielen Orten hatten sich sogar schon im Frühjahr 1945 polnische Verwaltungsbehörden etabliert.

Während sich das reguläre polnische Militär als Besatzungstruppe offenbar im allgemeinen korrekter verhielt als die russischen Truppen, wurde die aus bewaffneten polnischen Zivilisten bestehende polnische Bürgermiliz bald von der deutschen Bevölkerung mehr gefürchtet als

die Truppen der Roten Armee.

Aus dem Nebeneinander polnischer Behörden und russischer Kommandanturen, die weiter bestehen blieben, ergaben sich im Sommer und Herbst 1945 fortgesetzte Überschneidungen polnischer und russischer Anordnungen, wodurch die allgemeine Rechtlosigkeit und Unsicherheit für die deutsche Bevölkerung erheblich gesteigert wurden. ...

Die Kompetenzverhältnisse zwischen den polnischen Behörden und der sowjetischen Militäradministration waren in der Regel für die deutsche Bevölkerung völlig undurchsichtig, wahrscheinlich oft auch tatsächlich ungeklärt. ...

Das Verhältnis zwischen Polen und Russen war in Ostdeutschland infolge der gegenseitigen Konkurrenz in der Beherrschung des Landes naturgemäß sehr gespannt, und in vielen Orten ist es zu fortgesetzten Auseinandersetzungen, ja sogar zu Schießereien zwischen ihnen gekommen. Neben der alten nationalen Feindschaft hat dabei vor allem die Tatsache mitgewirkt, daß die russischen Truppen in Ostdeutschland einen systematischen Abbau aller wertvollen Sachgüter betrieben und den Polen ein Land übergaben, dessen Landwirtschaft und Industrie weitgehend ausgeraubt waren.

Nachdem auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) durch alliierten Beschluß - als provisorische Regelung bis zur endgültigen Entscheidung in einem Friedensvertrag - Ostdeutschland auch mit Zustimmung der Westmächte unter polnische Verwaltungshoheit gestellt worden war, sahen sich die Polen in ihren Bestrebungen gestärkt und setzten nunmehr die Polonisierung Ostdeutschlands mit gesteigerter Intensität fort. Obwohl ein Teil der sowjetischen Truppen im Lande blieb und russische Militärkolchosen noch jahrelang in Ostdeutschland bestanden, war die Zeit der sowjetischen Militärverwaltung in Ostdeutschland mit dem Herbst 1945 im allgemeinen zu Ende.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/108E-110E,112E-117E): >>... In einem großen Teil des deutschen Staatsgebietes erfolgte die Verwaltungsübernahme durch polnische Behörden schon im Frühjahr 1945. In Elbing geschah sie am 1. April, in Osterode, Sensburg und anderen südostpreußischen Kreisstädten im Mai. Im oberschlesischen Industriegebiet wurde von der einmarschierenden sowjetischen Armee sofort die Aufstellung einer polnischen Miliz organisiert und diese von Anfang an mit der Beaufsichtigung der Deutschen beauftragt. Bereits im Februar, März und April strömten massenhaft Polen über die alte polnisch-deutsche Grenze in diese Gebiete ein. ...

Selbst für Niederschlesien, in dessen Orten im allgemeinen erst im Sommer und Herbst eine organisierte polnische Verwaltung einsetzte, bestand seit Ende April eine Wojewodschaftsbehörde, die damals, als Breslau noch nicht gefallen war, ihren Sitz in Liegnitz hatte und erst später nach Breslau umsiedelte. Ähnlich verhielt es sich in Ostpommern. Auch dort wurden schon im Mai 1945 manche Städte und Dörfer von polnischen Behörden regiert. ...

Im Sommer und Herbst 1945 wurde in den unter polnische Verwaltung gestellten ostdeutschen Provinzen allgemein der Zloty als Währung eingeführt. Die deutschen Orts- und Straßennamen wurden beseitigt, und polnische Namen traten an ihre Stelle. Die polnische Sprache wurde als Amtssprache obligatorisch ...<<

>>... Zu einer offenen Demonstration, die in tragischer Weise die Verkettung von altem und neuem Unrecht deutlich machte, kam es überall dort, wo Massengräber von polnischen Arbeitern, polnischen Kriegsgefangenen oder polnischen Juden gefunden wurden, die aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft stammten. In solchen Fällen war es eine beliebte Maßnahme, die Deutschen aus der umliegenden Gegend an den aufgefundenen Massengräbern zusammenzutreiben und sie unter den anfeuernden Rufen eines schaulustigen Publikums unter Schlägen und Mißhandlungen zu zwingen, die Gräber auszuheben und die Leichen zu bergen.

...

Wenn von Vergeltungsakten und Verhaftungen naturgemäß nur ein Teil der deutschen Bevölkerung betroffen wurde, so wirkte sich der von den Polen eingeführte unbedingte Arbeitszwang auf fast alle Deutschen aus.

... Die Verpflegung war dabei im allgemeinen schlechter als bei den entsprechenden Aktionen der Russen. Doch es half kein Weigern. Kommandos der polnischen Miliz durchzogen die Dörfer und trieben Arbeitskolonnen von Deutschen zusammen. In den Städten sind die deutschen Einwohner, sobald sie zu einer Arbeit benötigt wurden, auf offener Straße aufgegriffen und unter bewaffneter Aufsicht zum Arbeitseinsatz geführt worden. Selbst der Kirchgang am Sonntag schützte nicht davor. ...

Da die Zwangsarbeit nur eine völlig unzureichende Verpflegung einbrachte und die Deutschen ohne geldliche Entlohnung die geforderten hohen Zloty-Preise nicht aufbringen konnten, dauerte die bereits unter russischer Besatzung herrschende Hungersnot auch unter polnischer Verwaltung an. ... Um in den Besitz polnischen Geldes und der von Polen eingeführten Lebensmittel zu kommen, blieb den Deutschen nur die Möglichkeit, die letzten ihnen verbliebenen und über die zahllosen Plünderungen geretteten Sachgüter und Wertgegenstände gegen Lebensmittel zu verschleudern.

Hunger, Entkräftung und Epidemien in den Städten waren auch zur Zeit der polnischen Verwaltung ständiger Begleiter der deutschen Bevölkerung und forderten viele Opfer. In der Großstadt Breslau trieb der Hunger die Deutschen dazu, bei Russen und Polen zu betteln und die Abfalltonnen nach eßbaren Resten abzusuchen. Die Verelendung der Deutschen schritt immer weiter fort, je mehr Polen ins Land kamen und sich allen deutschen Eigentums und des deutschen Grundbesitzes bemächtigten. ...

Bereits am 2. März 1945 hatte die Polnische Provisorische Regierung das Dekret "über aufgegebene und verlassene Vermögen" erlassen, welches verfügte, daß aller Besitz von Personen, die vor der Roten Armee geflohen und nicht zurückgekehrt waren, dem polnischen Staat anheimfalle und daß ferner sämtliches Vermögen des Deutschen Reiches und von Personen deutscher Staatsangehörigkeit grundsätzlich als "aufgegebenes Vermögen" zu gelten habe und gleichfalls an den polnischen Staat übergehe. ...

Infolge der Übernahme aller deutschen Vermögen durch den polnischen Staat waren die Deutschen in ihren Höfen auf dem Lande und in ihren Wohnungen in der Stadt nur noch auf Abruf geduldet, mußten teils für ihre eigenen Häuser Miete zahlen und hatten ständig damit zu rechnen, ihr formell bereits enteignetes Vermögen auch faktisch zu verlieren und ihre Wohnung verlassen zu müssen. ...

Die Übernahme deutschen Besitzes durch polnische Zivilpersonen und deren Ansiedlung in den deutschen Ostgebieten verlief bis gegen Ende des Jahres 1945 in wenig geregelter Form und brachten die davon betroffene deutsche Bevölkerung in eine Lage, in der sie nicht mehr zwischen willkürlichen Bereicherungen und Plünderungen einzelner Polen und amtlichen Maßnahmen der polnischen Behörden zu unterscheiden vermochte.

Zunächst begann die polnische Besitzergreifung Ostdeutschlands damit, daß viele der polnischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen, die sich bei der Eroberung durch die Rote Armee in den Dörfern und auf den Gütern Ostdeutschlands befanden, sich leerstehende Gehöfte oder auch Häuser in den Städten aneigneten und sich dort unter wohlwollender Duldung der Russen als neue Besitzer einrichteten. ...

Ein Teil der ins Land gekommenen Polen wollte sich, nachdem die Provisorische Regierung die Bevölkerung Polens zur Ansiedlung in den ostdeutschen Gebieten aufgefordert hatte, in den verlassenen Höfen der Deutschen und ihren Häusern als Ansiedler niederlassen, ein anderer Teil der polnischen Ankömmlinge bestand aber aus Spekulanten, Schiebern, Beutemachern, die nur eine günstige Chance der Bereicherung witterten, ohne daß sie die Absicht hat-

ten, im Lande zu bleiben.

Manche von ihnen stellten sich der Miliz zur Verfügung, andere gaben sich gegenüber den polnischen Behörden in den deutschen Orten als Ansiedler aus, gewannen auf diese Weise schnell Vermögen, das sie bald abtransportierten oder verkauften, und kehrten darauf nach Polen zurück, um das gleiche Experiment an anderer Stelle zu wiederholen. ...

... Es scheint dabei die Tendenz vorgelegen zu haben, die am weitesten westlich gelegenen Teile Ostdeutschlands zuerst zu besiedeln, um auf diese Weise an der Oder und Neiße eine unumstößliche Tatsache zu schaffen. ... Jetzt begannen die polnischen Aussiedler im Einvernehmen mit den örtlichen Verwaltungs- und Milizbehörden die im Lande verbliebene deutsche Bevölkerung aus ihren Wohnungen und Häusern zu verweisen.

Handelte es sich um einzelne polnische Ankömmlinge, so erfolgte die Besitzergreifung von Häusern und Gehöften während jener ersten Zeit der sehr mangelhaft organisierten Ansiedlung vielfach in der Weise, daß die betreffenden Polen sich in den deutschen Dörfern und Städten einen Hof oder ein Haus aussuchten, sich diese von den zuständigen polnischen Bürgermeistereien anweisen ließen und mit Hilfe polnischer Miliz die Deutschen aus dem gewünschten Grundstück vertrieben.

Aber auch dort, wo die polnischen Ansiedler in geschlossenen Transporten ankamen und von der polnischen Miliz in die Häuser der Deutschen eingewiesen wurden, geschah dies vielfach in der Form einer brutalen Vertreibung, wobei die deutschen Einwohner oft in Minutenfrist und mit nur wenigem Gepäck ihre Wohnungen verlassen mußten.

In manchen Städten und Dörfern sind die polnischen Behörden noch rigorosere verfahren. Sie ließen mit Hilfe der Miliz ganze Orte vorübergehend von der deutschen Bevölkerung räumen, währenddessen wurde der deutsche Besitz durchgeplündert, die wertvollen beweglichen Teile mit Lastwagen abtransportiert und die besten Häuser von Polen besetzt, ... bis am Ende nur die schlechtesten Viertel als eine Art deutsche Ghettos übrig blieben. Der Verlust der Heimat war damit bei den noch in den Ostprovinzen lebenden Deutschen im Grunde schon vor der Ausweisung vollzogen.

Am stärksten setzten sich die Polen zunächst auf dem Lande fest. Dies kam vor allem daher, daß die Hauptmasse der Ansiedler im Sommer und Herbst 1945 aus den an Rußland abgetretenen ostpolnischen, fast rein agrarischen Gebieten stammten. Mit nur wenig Handgepäck ankommend, wurden sie in die deutschen Dörfer eingewiesen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in der Tschechoslowakei (x004/-32,36-37,62-72): >> Schon in den ersten Wochen nach Beendigung der Kampfhandlungen begann der Abzug der sowjetischen Kampftruppen. Für die deutsche Bevölkerung in den Ortschaften entlang den Abzugsstraßen bedeutete dies eine Fortsetzung oder Wiederholung der schon beim Einmarsch erlebten Ausschreitungen und Plünderungen. ...

Mag auch in einzelnen Fällen die Besatzungsmacht von sich aus die Deutschen zu ... Arbeiten befohlen haben, so steht doch fest, das meist tschechische Behörden auf Anforderung die Frauen und Männer zu Hilfsdiensten für die sowjetische Besatzung bestimmten. Für die bis Dezember 1945 in der CSR verbliebenen sowjetischen Truppen wurden Arbeitskommandos dann fast ausschließlich von den deutschen Insassen der Gefängnisse und Internierungslager gestellt. Ihre Behandlung war unterschiedlich, z.T. waren diese Kommandos wegen ihrer schlechten Behandlung gefürchtet, z.T. aber wegen der guten Verpflegung begehrt, die die Internierten in den Kasernen erhielten.

Blieben auch die Rotarmisten in ihrem Verhalten unberechenbar und die Erlebnisse des sowjetischen Einmarsches unvergessen, so läßt sich doch schon in den ersten Monaten der Konsolidierung der Tschechoslowakischen Republik und des beginnenden Verfolgungssystems gegen die Sudetendeutschen feststellen, daß sich sehr oft russische Soldaten schützend und

helfend auf die Seite der Verfolgten stellten. Je stärker die Tschechen als Exponenten der Vergeltungspolitik gegen die Sudetendeutschen hervortraten, um so positiver wurde die Haltung der sowjetischen Soldaten beurteilt und in den Berichten geschildert. ...<<

>>... In den Orten, ... wo eine tschechische Minderheit oder gar eine Mehrheit vorhanden war und die Verwaltung sofort in tschechische Hände übergang, setzte bald die Drangsalierung und Entrechtung der Deutschen durch einheimische Tschechen und mehr noch durch die aus Innerböhmen und Mähren zuströmenden Tschechen ein. ...

Mit der Stabilisierung der tschechischen Verwaltung in den deutschen Ortschaften im Laufe des Sommers und dem gleichzeitig einsetzenden Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen gewannen die administrativen deutschfeindlichen Maßnahmen der immer selbstbewußter auftretenden Tschechen an Wirksamkeit. Immerhin unterblieben im amerikanisch besetzten Westsudetenland jene "wilden" Austreibungsaktionen, die in der sowjetisch besetzten Zone bereits Ende Mai einsetzten und ungeachtet der Potsdamer Beschlüsse den ganzen Sommer hindurch anhielten. ...<<

>>... Die zuerst in Kinos, Schulen und Kasernen festgehaltenen Prager Deutschen wurden nach einigen Tagen meist in große Sammellager wie das Stadion Strahov, in dem sich zeitweilig 10.000-15.000 Internierte befanden, Reitschule und Stadion Slavia gebracht, wo sich ihre Lage nicht verbesserte. Sie litten hier weiterhin unter quälendem Hunger. In den Nächten drangen Gruppen sowjetischer Soldaten ungehindert oder gar begünstigt von tschechischem Wachpersonal ein und schändeten Frauen und Mädchen. ...

Bald nach den Tagen des Aufstandes begann die "Säuberung Prags von den Deutschen". Diese wurden als Zwangsarbeiter in die Landwirtschaft, teils in das aus der Zeit des NS-Regimes bekannte Konzentrationslager Theresienstadt verbracht, wo viele von ihnen den Tod fanden. Nicht viel besser waren die Zustände in den am Stadtrand gelegenen Prager Lagern, von denen Hagibor besonders genannt werden muß.

In diesen Lagern verblieben die internierten Prager Deutschen bis zu ihrer Austreibung und Ausweisung. ...

Mitte Mai verlegte die provisorische Regierung ihren Sitz von Kaschau nach Prag und begann entsprechend ihrem im April verkündeten Programm die Neuordnung des Staates, bei der die Nationalausschüsse eine entscheidende Rolle spielten. ...

Bereits das Dekret vom 4. Dezember 1944 hatte die Sudetendeutschen als "staatlich unzuverlässige Bevölkerung" grundsätzlich von der verantwortlichen Beteiligung an der Verwaltung ausgeschlossen und für die rein deutschen Gemeinden und Bezirke die Ernennung von Verwaltungskommissaren bzw. -kommissionen vorgesehen.

Die auf Grund der Regierungsverordnung vom 5. Mai 1945 mit diesem Amt betrauten Personen zeigten fast durchweg eine unversöhnliche Haltung gegenüber den Sudetendeutschen. Im allgemeinen scheint hier der kommunistische Einfluß besonders groß gewesen zu sein; ein englischer Autor spricht geradezu von einem Parteistaat im Staate, der in den Grenzgebieten unter dem Einfluß der kommunistischen Minister des Innern (Nosek) und der Landwirtschaft (Duris) errichtet worden sei. ...

Die systematische Entrechtung der Sudetendeutschen vollzog sich in den verschiedenen Orten und Gegenden Böhmens und Mährens in sehr verschiedenem Tempo, am langsamsten im allgemeinen in den rein sudetendeutschen Gebieten. Das lag vor allem daran, daß die Tschechen hier erst im Laufe des Sommers einströmten.

Eine üble Rolle spielte dabei wieder die "Revolutionsgarde". Sie hatte nach Beendigung der Kampfhandlungen einen starken Zulauf aus denjenigen Bevölkerungsschichten erhalten, die nun ohne ein persönliches Risiko sowohl an dem Nimbus, mit dem die Partisanen umgeben waren, als auch an den zgedachten Vorteilen im neuen Staat teilhaben wollten. Bereits im Programm der provisorischen Regierung vom 5. April 1945 war u.a. besonders den Partisanen

und Widerstandskämpfern eine Bevorzugung bei der Verteilung des konfiszierten Vermögens der Deutschen und Madjaren versprochen worden.

... Einzelne Gruppen oder Abteilungen der Revolutionsgarde, denen sich im tschechischen Siedlungsgebiet kein Betätigungsfeld bot, dehnten ihre Aktionen auf die sudetendeutschen Gebiete aus und unternahmen regelrechte Strafexpeditionen, bei denen sie die Bewohner ganzer Ortschaften zusammentrieben, einzelne Personen oder mehrere Einwohner auf Grund von Denunziationen oder nach willkürlicher Auswahl mißhandelten und erschossen und die Häuser und Wohnungen ausplünderten. Nicht selten wurden die Exekutionen öffentlich vor der dazu versammelten Bevölkerung und vor den Augen der Familienangehörigen durchgeführt.

...

In manchen Ortschaften setzte sich die Revolutionsgarde für längere Zeit fest und errichtete hier ein Terrorsystem mit systematischen Quälereien der deutschen Bevölkerung. Diese wurden in demagogischen Reden, Presseartikeln und Schriften der Repräsentanten der verschiedensten politischen Richtungen, die jede für sich das größte Verdienst in der Säuberung der CSR von den Deutschen beanspruchten und sich in der Verdammung der Sudetendeutschen überboten, als gerechte Sühne für die Untaten der NS-Zeit begründet und entschuldigt.

Durch ein vor allem unter kommunistischem Einfluß zustande gekommenes Gesetz vom 8. Mai 1946, das an ähnliche Maßnahmen der nationalsozialistischen Revolution erinnert, sind alle Ausschreitungen nachträglich als rechtmäßig anerkannt und sanktioniert worden.

Die tschechische Presse, gleich welcher Observanz, trug durch Hetzartikel und Berichte über Unglücksfälle, die lange nach der Kapitulation als Sabotageakte des Werwolfs dargestellt wurden, und die fortdauernde Gefährlichkeit der Deutschen erweisen sollten, nicht wenig dazu bei, jedes Vorgehen gegen das Sudetendeutschtum zu rechtfertigen und zu ermutigen.

So wurde eine am 31. Juli 1945 wahrscheinlich durch Unachtsamkeit ausgelöste Explosion eines Munitionslagers in dem Aussiger Vorort Schönriesen von den Tschechen als Sabotageaktion des Werwolfs ausgelegt.

Die aufgehetzte Menge veranstaltete daraufhin ein Blutbad unter der deutschen Bevölkerung, griff sie auf den Straßen an oder holte sie aus den Wohnungen und machte sie nieder. Als die Arbeiter der Firma Schicht AG nach Arbeitsschluß über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen strömten, wurden sie von einer fanatischen Menge auf der Brücke zusammengeschlagen, z.T. niedergemacht oder in die Elbe geworfen. Selbst vor Frauen und Kindern machte der Mob nicht halt. Polizei und tschechisches Militär versuchten nicht, das Morden zu verhindern, sondern beteiligten sich sogar daran. Die genaue Zahl der Opfer wird sich nie ermitteln lassen. Die Angaben schwanken zwischen 1.000 bis 2.700. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über das Schicksal der Volksdeutschen in der Tschechoslowakei (x010/44-46): >>In weitaus überwiegender Mehrzahl sind Schwerpunkte der Übergriffe im Innern Böhmens und Mährens sowie in den östlichen und mittleren Gebieten des Sudetenlandes zu verzeichnen, die zum sowjetischen Besatzungsgebiet gehörten.

...

In den einzelnen Gemeinden erreichten die Ausschreitungen Höhepunkte in den dem Prager Aufstand folgenden Wochen und Monaten, als dort Abteilungen der Revolutionsgarde sowie auch Einheiten der Befreiungsarmee ein Terrorsystem gegenüber den Deutschen entfachten. Aus einer Anzahl von Gemeinden wird über öffentliche Exekutionen berichtet, denen z.T. die Einsetzung improvisierter Volksgerichte vorausging. Die diesen vorgeführten Personen wurden während und nach den Verhören auf das schwerste mißhandelt oder auch zu Tode gefoltert. Angehörige der SS wurden vielfach gleich nach ihrer Verhaftung erschossen. Dasselbe Schicksal erlitten oft heimgekehrte Soldaten.

Die offizielle Einrichtung von außerordentlichen Volksgerichten stützte sich auf das Dekret des Präsidenten der Republik vom 19.06.1945 "über die Bestrafung der nazistischen Verbre-

cher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte". Jedoch noch vor Verkündung dieses Dekrets waren dem Berichtsmaterial zufolge allein mehr als 1.000 Menschen durch Mißhandlungen bei jenen improvisierten Schauprozessen durch Erschießen und Erhängen getötet worden.

Ein Geschehnis besonderer Art waren die Ausschreitungen in der Stadt Aussig am 31.07.1945, ausgelöst durch die Explosion eines Lagers deutscher Beutemunition in dem dortigen Vorort Schönriesen, die von den Tschechen als deutsche Sabotageaktion des Werwolfs ausgelegt wurde.

Mit weißen Armbinden gekennzeichnete Deutsche wurden auf den Straßen niedergeschlagen. Als nach Arbeitsschluß die Arbeiter der Firma Schicht AG über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen eilten, wurden sie von der aufgehetzten Menge auf der Brücke angegriffen, teils erschlagen oder in die Elbe geworfen. Auch die Frauen und Kinder erlitten dasselbe Schicksal. Die Angaben über die Anzahl der Opfer sind in den einzelnen Berichten unterschiedlich. Die Schätzungen betragen 700 bis 2.700 Personen.

... Zu den unmenschlichen Handlungen der Revolutionsgarde sowie der "Svoboda-Armee" sind ferner die sog. "wilden Ausweisungen" von Bewohnern ganzer Ortschaften zu rechnen, die ihren Höhepunkt in den Sommermonaten Juni und Juli 1945 erreichten. Die Ausgewiesenen grenznaher Kreise mußten tagelange Fußmärsche unter Mißhandlungen der Bewachungsmannschaft bei spärlichster Verpflegung zurücklegen. Es wird berichtet, daß hierbei Kranke und Erschöpfte erschossen wurden.

Mehr als 20.000 Brüner Deutsche, darunter Greise sowie Mütter mit kleinen Kindern, wurden Ende Mai 1945 zur österreichischen Grenze getrieben. Die Mehrzahl wurde dort von österreichischen Grenzwachern zurückgewiesen und mußte dann Wochen und Monate, teils auf freiem Feld, im grenznahen Pohrlitz unter unmenschlichen Verhältnissen verbringen. Die Zahl der hier Umgekommenen wird auf mehrere Tausende geschätzt.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in der Slowakei (x004/172-174,176): >>Da die Zurückgebliebenen (Slowakei-Deutschen) zumeist fließend die Landessprache beherrschten, versuchten sie mit Hilfe ihrer slowakischen Bekannten und Verwandten unterzutauchen. Auf diese Weise entzogen sie sich der Fahndung nach Deutschen, ein Teil von ihnen wurde aber zusammen mit Slowaken, die sich unter dem zusammengebrochenen Regime exponiert hatten, zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt. ...

Auf Grund ihrer slowakischen Sprachkenntnisse gelang es aber einem erheblichen Teil der Karpatendeutschen, sich als Slowaken auszugeben und sich den gegen die Deutschen ergriffenen Maßnahmen zu entziehen. ...

Wurden die Rückkehrer während des Transportes als Deutsche erkannt, verloren sie durch Raub und Plünderung die gesamte verbliebene Habe, ja sie hatten sogar um Leib und Leben zu fürchten. ... Denn die in der wiedererrichteten Tschechoslowakischen Republik gegen die Deutschen erlassenen Dekrete, Gesetze und Verordnungen galten in der Slowakei, die nun seit der Kaschauer Proklamation ... wieder Bestandteil des tschechoslowakischen Staates geworden war, ebenso wie in den Sudetenländern.

Die Heimkehrer fanden ihre Häuser und Höfe versiegelt, von Slowaken bewohnt oder zum mindesten ausgeplündert. ... Nach der polizeilichen Anmeldung wurden sie ... meist zur Zwangsarbeit herangezogen, mußten ... bei kärglichster Verpflegung und zumeist diffamierender Behandlung, die Schäden ausbessern, die während der Zeit der kurzen Kämpfe und des sowjetischen Einmarsches entstanden waren. ...<<

>>... Der slowakische Bauer entdeckte bald, daß das neue Regime in seinen Praktiken die propagierte Freiheit in keiner Weise verwirklichte und behielt sein natürliches Gefühl für Recht und Unrecht mehr als der radikalisierte Tscheche.

Die Verordnungen als solche blieben wohl in aller Schärfe bestehen. Mit ihnen blieb die offizielle Diffamierung aller Deutschen, aber die private Sphäre, das persönliche Miteinander-Zurechtkommen, war von einem verträglicheren Geist erfüllt. Die kleine Gruppe der fanatischen Deutschenfeinde – Opfer des NS-Regimes, die an den Volksdeutschen Vergeltung üben wollten oder die in der Mehrzahl kommunistisch gesinnten Partisanen – war im öffentlichen Leben nicht mehr allein bestimmend. Willkür und Haßausbrüche wurden Einzelercheinungen.

Alle diese Erleichterungen, die dem Schicksal der Slowakei-Deutschen viel von seiner Härte genommen haben, änderten allerdings nichts an der Tatsache, daß die Deutschen in der Slowakei Entrechtete waren, die keine legale Möglichkeit hatten, einen normalen, ihrer Ausbildung und ihrer Fähigkeit entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten oder gar Besitz zu erwerben. Sie lebten gleichsam auf Abruf, jederzeit auf eine weitere Verschlechterung ihrer Situation gefaßt, aber immer noch in der Hoffnung, daß sich die Verhältnisse normalisieren und damit bessern würden.

Wer die Ausweglosigkeit der Situation erkannte oder die Unsicherheit dieser aufgezwungenen Lebensführung nicht ertragen konnte, ergriff jede sich bietende Gelegenheit, nach Österreich und von dort weiter nach Westdeutschland zu flüchten. ... Der größte Teil, der zu dieser Zeit in der Slowakei lebenden Deutschen blieb jedoch im Lande, bis auch ihm die anlaufende Ausweisungsaktion keine Wahl mehr ließ.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Zerstörung der Lebensgrundlagen in Ungarn (x008/45E-54E): >>Die unter sowjetischem Protektorat geschaffenen ungarischen politischen Organe – die "Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront", die "Provisorische Nationalversammlung" und die von General Béla Miklós-Dálnoki gebildete "Provisorische Nationalregierung" - nahmen vor allem 2 Aufgabenkomplexe in Angriff:

1. Eine radikale außen- und innenpolitische Schwenkung, also die Distanzierung vom alten ungarischen Regime und vom Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und enge Anlehnung an die Sowjetunion, um für die Friedensverhandlungen und die zukünftige politische Konstellation in Europa eine nicht zu ungünstige Ausgangsposition zu erhalten,
2. eine groß angelegte Bodenreform, um sich durch Verteilung von Besitz an die landarme und landhungrige Bevölkerung innenpolitisch die notwendige Resonanz und Bestätigung zu verschaffen.

Beide Bestrebungen sollten sich bei ihrer Durchführung gerade für das ungarländische Deutschtum verhängnisvoll auswirken. Entscheidend für das weitere Schicksal der Volksdeutschen wurde nämlich die Tatsache, daß man sie in ihrer Gesamtheit nicht mehr als eine rechtlich konstituierte Minderheit behandelte, sondern daß ihnen von dem neuen Regime gerade ihr Minderheitenstatus als Staatsverbrechen angerechnet wurde.

Diese Haltung der ungarischen Regierungsstellen wie auch der neu- oder wiedererstandenen Parteien gegenüber dem ungarländischen Deutschtum kann nicht allein aus der Enttäuschung über den verlorenen Krieg und der verfehlten Spekulation des Zusammengehens mit dem nationalsozialistischen Deutschland erklärt werden, sondern läßt sich auf die Leitsätze der alten ungarischen Nationalstaatspolitik zurückführen, die auch in der neuen Ära noch keineswegs ihre richtungsweisende Kraft verloren hatten, jedenfalls nicht in der Anfangszeit. ...

Der Ruf nach "Sanktionen gegen die deutsche Minderheit" und nach einer "Agrarreform" ließ eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen entstehen, die beide Forderungen in sich vereinigten. Und im Endergebnis zur Auflösung der deutschen Volksgruppe in Ungarn führten.

Sie schlossen 2 Tendenzen ein: eine politische, nämlich die Bestrafung der nationalen Untreue, und eine wirtschaftlich-soziale, nämlich die Bodenbeschaffung für Neusiedler, z.T. auch aus dem Kreise der von den Nachbarstaaten Ungarns ausgewiesenen madjarischen Volkszugehörigen. Die Enteignung des volksdeutschen Grundbesitzes wurde damit zum

Kernproblem.

Es handelte sich im wesentlichen um 3 Verordnungskomplexe, in der diese Politik ihre gesetzliche Verankerung fand:

1. Die Grundverordnung vom 15. März 1945 mit der die schon vollzogene oder noch zu vollziehende Enteignung volksdeutschen Besitzes legalisiert wurde;
2. die Regierungsverordnung 3.820/1945 M. E. zur Überprüfung der nationalen Treue, in der die Volksdeutschen in Verfehlungsgruppen eingeteilt wurden und neben der Enteignung eine besondere Bestrafung je nach der Schwere des nationalen Verrates - Internierung, Zwangsarbeit und Umsiedlung innerhalb des Staatsgebietes - zugemessen erhielten.

Mit dieser Verordnung sollte die deutsche Volksgruppe, wie sie im Wiener Abkommen von 1940 rechtlich verankert war, nicht nur aufgelöst, sondern als eine Art verbrecherische Organisation bloßgestellt und unschädlich gemacht werden.

3. Die Ausweisungsverordnung, veröffentlicht am 22.12.1945, die formal noch über die aufgestellten Kategorien hinausgeht und sogar die Personen miteinbezieht, die 1941 Deutsch als Muttersprache angegeben hatten. Hier werden also ganz eindeutig nicht mehr einzelne deutsche Organisationen oder Gruppen, sondern das gesamte Deutschtum, d.h. jeder einzelne Deutsche, der sich zu seiner Muttersprache bekannt hatte, betroffen. ...

Die folgenden, speziell das Deutschtum in Ungarn betreffenden Gesetze schränkten die vagen und allgemein gefaßten Bestimmungen zur Bodenreform nicht ein, sondern zielten im Gegenteil auf eine gesetzmäßig unterbaute und ganz systematisch durchgeführte weitere Diffamierung und Entrechtung der Volksdeutschen.

Da diese späteren Gesetze eine Enteignung miteinschlossen, ja, wie es bei den Ausweisungsbestimmungen deutlich wird, vorzugsweise zum Zwecke eben der Enteignung geschaffen worden waren, trat die Bodenreform als selbständige Maßnahme in der späteren Zeit kaum noch in Erscheinung. Die Enteignung erschien dann 1946-1948 als zwangsläufige Folge der Kategorisierung - verbunden mit Internierung oder Umsiedlung - und schließlich der Ausweisung.

Am 30.06.1945 wurde eine Regierungsverordnung erlassen, unterzeichnet von dem Ministerpräsidenten Béla Miklós, die 4 Jahre lang grundlegend für die Behandlung des ungarländischen Deutschtums geblieben ist. Sie bestimmte kurz zusammengefaßt folgendes:

Es werden Kreiskommissionen gebildet, bestehend aus einem Juristen als Vorsitzenden, einem ortsansässigen demokratisch eingestellten Ungarn und einem Widerstandskämpfer (§ 2), die alle Personen der einzelnen Gemeinden auf ihre nationale Treue hin zu überprüfen (§ 3) und dabei festzustellen haben, ob die überprüften Personen

1. eine führende Rolle in einer Hitlerischen Organisation gespielt haben, was auch ohne weiteres gegeben ist, wenn es sich um den freiwilligen Beitritt zu einer SS-Formation handelte,
2. Mitglied einer Hitlerischen Organisation waren, ein Tatbestand, dem die Wiederannahme eines deutsch klingenden Namens gleichzustellen ist,
3. als Förderer eine Hitlerische Organisation unterstützt haben,
4. weder Führer noch Mitglied oder Förderer waren (§ 4).

Führer, Mitglieder und Förderer der Hitlerjugend sollen in gleicher Weise eingestuft werden, wenn sie zur Zeit ihrer Tätigkeit 16 Jahre alt waren (§ 5). Die Personen der Gruppe 1 werden neben den aus der Bodenreform resultierenden Nachteilen an einem bestimmten Ort polizeilich in Gewahrsam genommen (interniert). Ihre Familien Angehörigen sind nach dem Ort der Internierung umzusiedeln, bis dahin wohnungsmäßig zusammenzuziehen. Sie dürfen pro Person 200 kg bewegliche Habe mit sich nehmen (§ 7). ...

Personen, die bisher keiner der 3 ersten Kategorien angehören, jedoch von ihrer nationalen Treue und ihrem demokratischen Empfinden kein Zeugnis abgelegt haben, sind notfalls auch verpflichtet, Umsiedler oder wohnungsmäßig zusammengefaßte Personen aufzunehmen (§

13). ...

Während die zeitlich früher liegenden Anordnungen zur Bodenreform im Grunde nur die Aufgabe hatten, den volksdeutschen Grundbesitz zur Beschlagnahme freizustellen und sich dabei bemühten, mit umfassenden Sammelbegriffen (Faschisten, Vaterlandsverräter, Kriegsverbrecher) den Kreis der Enteigneten zunächst einmal möglichst weit zu ziehen, beschäftigte sich die Kategorisierungsverordnung mit der gesetzlichen Begründung und Klassifizierung der Sühnemaßnahmen für Untreue gegenüber dem ungarischen Staat.

Da sie sich nicht allein auf die Pfeilkreuzler - die ja auch als faschistische, deutschfeindliche Gruppe galten - sondern auch ausdrücklich auf die deutsche Minderheit bezieht, kann sie auch ihrer Form nach als deutschfeindliches Gesetz angesprochen werden.

Sie stellte - auf eine kurze Formel gebracht - die Gegenaktion zum Wiener Abkommen vom Jahre 1940 dar. Mit der Überprüfung der nationalen Treue wurde die im Wiener Abkommen begründete Sonderstellung der deutschen Volksgruppe einfach in Negation verkehrt. Die Vorrechte, die man ihr gewährt hatte, sollten jetzt als politisches Verbrechen geahndet werden.

Dieses wurde äußerlich durch die formale Aufteilung des gesamten ungarländischen Deutschtums in einzelne Verfehlungsgruppen und der geforderten Einstufung jedes einzelnen Volksdeutschen in eine dieser Kategorien verdeckt. Dadurch wirkt die Gesamttaktion zunächst nicht als eine Maßnahme gegen das Deutschtum als Kollektiv, sondern als ein Schema zur Erfassung und Bestrafung von Vergehen Einzelner.

Tatsächlich aber wurde im Rahmen der Überprüfung der nationalen Zuverlässigkeit und der festgelegten Sühnemaßnahmen nicht individuelles Verschulden erfaßt, sondern das Verhalten aller Volksdeutschen, soweit sie sich als solche bekannt hatten, als landesverräterisch gebrandmarkt.

... Die Bestrafung der Funktionäre, Mitglieder und Förderer des Volksbundes als "faschistische Organisation" hielt sich nach dem Wortlaut der Gesetze noch im Rahmen der Maßnahmen gegen den Faschismus. Wenn aber ausnahmslos alle ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS den führenden Funktionären des Volksbundes gleichgestellt wurden - und dies geschah praktisch, denn die Freiwilligkeit wurde bei der Einstufung einfach unterstellt, obgleich durchaus bekannt war, daß der größte Teil der SS-Angehörigen mit Hilfe der ungarischen Militärdienststellen zwangsweise eingezogen worden war - so verschob sich damit der Schwerpunkt auf das Feld des Nationalitätenkampfes.

Noch deutlicher zeigt sich diese Tendenz bei der Einstufung der zweiten Verfehlungsgruppe. Wer seinen ursprünglich deutschen, dann madjarisierten Namen unter Berufung auf das Wiener Abkommen wieder aufnahm - ein beispielhafter Fall von Untreue - wurde wie ein Volksbundmitglied eingestuft, also nicht nur enteignet, sondern auch zur Zwangsarbeit eingezogen. Die Verordnung verfolgte also nicht den Zweck, einzelne wirkliche oder vermeintliche Vergehen gegen den ungarischen Staat zu sühnen; das war vielmehr die Aufgabe der überall eingerichteten Volksgerichte, deren Verfahren selbständig liefen und die ihre Kompetenzen so weit steckten, daß sie nicht nur die Mitarbeit im Volksbund oder Zugehörigkeit zur Waffen-SS mit Gefängnisstrafen von 3-5 Jahren belegten, sondern sogar bei Abwesenheit der zur SS Eingezogenen deren Angehörige verurteilten. Bestimmend für die Kategorisierung war vielmehr das Bestreben, das Deutschtum en bloc

1. durch Internierung der politischen Führungsschicht oder auch nur der politisch interessierten Schicht, jede Möglichkeit einer neuen Konstituierung zu nehmen,
2. durch Enteignung die Lebensgrundlagen des selbständigen volksdeutschen Bauern- und Handwerkerstandes zu zerstören,
3. durch Binnenumsiedlung die Minderheit auch in ihrer Siedlungsgemeinschaft aufzulösen.

...

Dazu kommt noch etwas Weiteres. In dem bisher noch nicht zitierten Einführungsparagrafen

der Verordnung wird erklärt, daß die nach Ungarn hereinströmenden Flüchtlinge auf dem Besitz der national Untreuen angesiedelt werden sollen. Daraus ist ersichtlich, daß die Kategorisierungsbestimmungen neben ihrer politischen Tendenz volkswirtschaftlich gesehen die Möglichkeit geben sollten, Land für die nach Ungarn einströmenden Flüchtlinge zu beschaffen. Damit sollten sie über die innerungarische Bodenreform hinaus noch einem zusätzlichen wirtschaftlichen Zwecke dienen.

... Bestimmend für die Behandlung der volksdeutschen war darüber hinaus mehr die persönliche Einstellung der einzelnen größeren oder kleineren Machthaber.

Diese wollten nun, sei es als ehemalige Verfolgte der nationalsozialistischen Politik, sei es als nationalistisch eingestellte Madjaren, für das erlittene echte oder vermeintliche Unrecht an den Deutschen des Landes Vergeltung üben oder versuchten als Angehörige der landlosen oder landarmen Bevölkerung, die meist kommunistisch eingestellt war, sich an dem volksdeutschen Besitz zu bereichern. Nicht zuletzt glaubten auch die asozialen Elemente, die in der Zeit des Umbruchs nach oben gespült wurden und in einzelnen Gemeinden in die Polizei oder die örtlichen Verwaltungsbehörden eingedrungen waren, die Volksdeutschen terrorisieren zu können.

Diese selbst konnten sich aus ihren eigenen Erlebnissen die inneren Zusammenhänge nicht oder nur unvollkommen erklären und hofften von Monat zu Monat auf eine Normalisierung, d.h. auf eine Besserung der Verhältnisse. Die Ausweisung nach Deutschland als letzte Phase, die schon im Januar 1946 begann und bis 1948 dauerte, setzte dann oft frühzeitig einen meist unvorhergesehenen Schlußpunkt unter solche Hoffnungen.

... Schon auf Grund der Bodenreformgesetze war es theoretisch möglich, das gesamte in Ungarn verbliebene Deutschtum zu enteignen, durch Umsiedlungen aufzuspalten und zu zerstreuen. ...

Da nicht genügend Anspruchsberechtigte - landwirtschaftliches Gesinde, Landarbeiter und Kleinbauern - in den einzelnen Orten vorhanden waren oder die Neubauern einen Betrieb nicht fachgemäß leiten konnten, eine Enteignung ohne sofortige Neubesetzung aber volkswirtschaftlich unrentabel gewesen wäre, blieb es auch nach Verkündung der Bodenreform - die hauptsächlich als Stimmenfang für die Parteien des neuen Regimes gedacht war - noch weitgehend beim alten.

Die von den Evakuierten zurückgelassenen Höfe genügten in vielen Fällen schon, um einen Teil der landhungrigen Bevölkerung zu befriedigen, so daß in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch fast nur Volksbundmitglieder von Haus und Hof vertrieben wurden. Es kam aber schon in dieser ersten Enteignungsphase vor, daß politisch unbelastete Volksdeutsche ihr Eigentum verloren, wenn es sich um ein Besitztum handelte, das besonders reich oder gut bewirtschaftet in die Augen stach. ...

Die enteigneten Bauern konnten in der Regel weiterhin eine Stube ihres Hauses, die Knechtskammer, in Ausnahmefällen auch nur die Waschküche oder einen Abstellwinkel bewohnen und arbeiteten auf ihrem eigenen Besitz als Landarbeiter. Andere wurden ganz von ihrem Hof vertrieben ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in Jugoslawien (x006/98E,102E-107E): >>Die Grundlagen der Deutschenpolitik der Partisanen scheinen bereits seit den Beschlüssen des "Antifaschistischen Rates vom 21.11.1944 festgelegt gewesen zu sein. Ihr Ziel war die Aberkennung der Bürgerrechte und die gewaltsame Enteignung der Deutschen, ihre Degradierung zu besitzlosen und unerwünschten Bürgern. ...<<

>>... Der "Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens" (AVNOJ), der als provisorische Volksvertretung fungierte, ... (faßte) auf seiner Sitzung vom 21.11.1944 in Belgrad den "Beschuß über den Übergang von Feindvermögen in Staatseigentum".

Mit dem Inkrafttreten dieses Beschlusses am gleichen Tage wurde "sämtliches Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit, außer dem Vermögen derjenigen Deutschen, die in den Reihen der Nationalen Befreiungsarmee und der Partisaneneinheiten Jugoslawiens gekämpft haben oder die Staatsangehörige neutraler Staaten sind, die sich während der Okkupation nicht feindlich verhalten haben" (Art. I, 2), konfisziert, wobei der Eigentumsbegriff des Beschlusses schlechthin allen materiellen Besitz samt allen Rechten und Ansprüchen auf Entgelt einschloß (Art. III).

Das Vermögen von Flüchtlingen wurde der "Staatsverwaltung für Volksgut unterstellt" (Art. II). Diese Blankovollmacht zur vollständigen Enteignung aller evakuierten, geflohenen und fast aller daheim gebliebenen Jugoslawiendeutschen gab den Partisanenausschüssen bis zur Aufhebung der Militärverwaltung im Februar 1945, anschließend den staatlichen Behörden, jede Möglichkeit deutsches Eigentum gleich welcher Art, vornehmlich natürlich den reichen Landbesitz, zu beschlagnahmen und entschädigungslos zum jugoslawischen Staatsbesitz zu erklären. ...

Das jugoslawische Gesetz vom 31.7.1946 über den "Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates" bestätigte noch einmal die Konfiskation alles Besitzes von Deutschen ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit (Art. I, 2), d.h. ausgenommen wurden nur 5 genauer spezifizierte Personengruppen ...

Die Jugoslawiendeutschen wurden jedoch nicht nur enteignet. Durch den AVNOJ-Beschluß vom 21.11.1944 wurden sie auch pauschal zu "Volksfeinden" erklärt und zwar im "außergerichtlichen Verfahren", das hauptsächlich wegen der Konfiskation des Vermögens der Volksfeinde eingeführt wurde.

Damit war die Entziehung der bürgerlichen Rechte verbunden, die im extremsten Sinn außer der Enteignung auch den Verlust der persönlichen Freiheit, d.h. die Internierung zur Folge hatte und oft auch von Volksdeutschen und unteren Partisanenführern als Entziehung der Staatsangehörigkeit mißverstanden wurde. Eine Kollektivausbürgerung wie in anderen Vertreibungsländern ist jedoch in Jugoslawien nicht erfolgt ...

Im neuen Staatsangehörigkeitsgesetz vom 23.8.1945 wurden die Volksdeutschen nicht vom Besitz der jugoslawischen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen. ...

... Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangte die Feststellung der Länderstaatsangehörigkeit am Stichtag des 28.8.1945. ... Für Volksdeutsche war die Eintragung in das Staatsangehörigkeitsregister solange ausgeschlossen, wie ihnen die bürgerlichen Rechte entzogen und sie ohne ständigen Wohnsitz waren.

Erst die Entlassung aus den Internierungslagern, aus der Kriegsgefangenschaft oder Haft mit der Erklärung "zu freien Bürgern der FVR Jugoslawien" ermöglichte und erforderte die Anmeldung zur Registrierung in der Staatsangehörigkeitskartei. ...

... Wenn man sich ... vor Augen hält, daß sich die Jugoslawiendeutschen seit dem Frühjahr 1945 geschlossen in Lagern befanden, wo es für sie um das bare Überleben ging, dann erscheint auch das Gesetz vom 25.8.1945 über "Straftaten gegen Volk und Staat" allenfalls als formalistische Abrundung der antideutschen Gesetzgebung. ... Gemäß diesem Gesetz (konnten) rückwirkend alle möglichen Handlungen von Volksdeutschen als den Interessen des jugoslawischen Staates oder seiner Völker zuwider klassifiziert werden.

Ganz gleich, ob sie vor oder nach der Kapitulation vom April 1941 verübt worden waren, der Katalog der aufgezählten Vergehen erschien reichhaltig genug, um die Verhandlungen vor einem Volksgericht auf der Ebene der Bezirks- oder des obersten Republikgerichts zu rechtfertigen.

Dadurch wurden neue Möglichkeiten zur politischen Bestrafung geschaffen, die auch dazu gedient haben, in zahlreichen Prozessen gegen Deutsche hohe Strafen zu verhängen. Für den tiefsten Einschnitt in die Rechte der Volksdeutschen: für ihre Internierung und Unterwerfung

unter Zwangsarbeit hat es überhaupt keine gesetzlichen Grundlagen gegeben, als "Volksfeinde" sahen sie sich vielmehr "im außergerichtlichen Verfahren" jahrelang dieser Willkürbehandlung ausgesetzt. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Zerstörung der Lebensgrundlagen in Rumänien (x007/84E-85E): >>Die Politik der rumänischen Kommunisten war in den ersten Jahren nach dem Kriege offen gegen die Volksdeutschen gerichtet. ...

Das im März 1945 erlassene Bodenreform-Dekret richtete sich in erster Linie gegen die ehemaligen Angehörigen der "Deutschen Volksgruppe", damit aber praktisch gegen die Volksdeutschen allgemein, da sie ja durch das Volksgruppengesetz von 1940 automatisch zu Mitgliedern der Volksgruppe erklärt worden waren.

Noch das am 14. Juli 1946 verkündete Wahlgesetz schloß neben Kollaborateuren, Kriegsverbrechern und an der Katastrophe des Landes Schuldigen auch alle Mitglieder der ehemaligen Deutschen Volksgruppe vom Wahlrecht aus.

Schlimmer noch als die gesetzliche Diskriminierung war die praktische Rechtlosigkeit der Volksdeutschen. Kommunistische Haßpropaganda führte zu örtlichen Ausschreitungen, gegen die vielfach auch wohlwollende Beamte machtlos waren. Willkürliche Beschlagnahmen von Wohnungen, Häusern und sonstigem deutschen Eigentum, Haussuchungen und Verhaftungen blieben auch weiterhin an der Tagesordnung ...

Für die Volksdeutschen in den zur Deportation herangezogenen Altersklassen bestand, soweit sie der Verschleppung im Januar 1945 entgangen waren, eine amtlich verfügte Arbeitspflicht, in deren Rahmen sie im Lande, z.T. in den Bergwerken von Petroseni und Anina, z.T. zu gelegentlichen Straßen- und Aufräumungsarbeiten, eingesetzt wurden.<<

Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in Ost-Mitteleuropa

Nach Abschluß der militärischen Aktionen inhaftierte man alle "verdächtigen Deutschen" vorübergehend in Zuchthäusern und Gefängnissen oder transportierte sie nach der "Entnazifizierung" in hoffnungslos überfüllte Internierungs- bzw. Zwangsarbeitslager (z.T. handelte es sich um ehemalige NS-Konzentrationslager). Hunderttausende von Unschuldigen fielen planmäßigen Massenverhaftungen zum Opfer.

Die Internierungslager in Ost-Mitteleuropa waren nicht selten regelrechte Seuchenhöllen, Hungerquartiere und Sterbelager, so daß die Deutschen "wie die Fliegen" starben. In den Internierungslagern gab es mehrheitlich nur Hungerrationen, weil große Teile der Lebensmittellieferungen von den Lagerleitungen oder dem Wachpersonal unterschlagen wurden.

Willkürliche Übergriffe waren an der Tagesordnung. Angst, Hunger und Not bestimmten die Haftzeit der deutschen Internierten. Verstöße gegen die Lagerordnung wurden vielerorts mit Prügelstrafen oder Bunkerhaft geahndet. Während der Bunkerhaft mußten die Häftlinge meistens auf dem blanken Betonboden zubringen und erhielten häufig tagelang kein Wasser und keine Verpflegung.

Ständige Mißhandlungen, mangelhafte Unterkünfte, ungenügende Verpflegung und große Epidemien forderten ungezählte Opfer. Aufgrund der katastrophalen hygienischen Zustände und unzureichenden Ernährung brachen in den Lagern verheerende Seuchen und Ungezieferplagen aus. Eine ausreichende medizinische Betreuung existierte nur sehr selten. Während der Sommermonate wurden die hilflosen Menschen von Flöhen, Wanzen, Läusen und anderem Ungeziefer bis aufs Blut gequält. Obwohl Ärzte unter den Inhaftierten waren, konnten sie nicht helfen, denn im allgemeinen gab es weder Medikamente noch Verbandsmaterial. In vielen Zellen lagen Kranke, Sterbende und Tote.

Im Jahre 1945 kamen z.B. im sowjetischen Deportationslager Preußisch Eylau mindestens 6.000-7.000 (ca. 50 %) der deutschen Gefangenen durch Hungertyphus und Krankheiten um

(x010/33). Im sowjetischen Zentralgefängnis Graudenz erlagen sogar etwa 5.000, der rd. 8.000 Inhaftierten, den Ruhr- und Flecktyphusepidemien (x010/34).

Im Winter litten die abgemagerten Lagerinsassen unter der großen Kälte. Da die inhaftierten Deutschen durch den ständigen Hunger geschwächt waren und kaum Winterkleidung oder Heizmaterial besaßen, starben in den Wintermonaten ungezählte Inhaftierte.

Obgleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich schwere Zwangsarbeiten verrichten. In den Lagern fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen.

Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen. In den Zwangsarbeitslagern (Polen und Ostdeutschland = 1.255 Lager, Tschechoslowakei = 846 Arbeits- und Straflager, Jugoslawien = ca. 1.500 Lager und Gefängnisse) wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert. Manche Juden, die nach ihrer Befreiung wieder im KZ Theresienstadt inhaftiert wurden, berichteten, daß die Essenrationen im Juli 1945 um 50 % niedriger waren als während der NS-Haft im Dezember 1944.

Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.

Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfassbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. Diese monatelange, vielfach sogar jahrelange Schreckenszeit, in der die rechtlosen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, zerbrach auch den härtesten Willen der Menschen. Zum Schluß waren die Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Zwangsarbeit" (x051/660): >>Zwangsarbeit, nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) von 1930 "jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat".

Im Zweiten Weltkrieg konnte die deutsche Rüstungsindustrie ihre erstaunlichen Leistungen nur durch einen hohen Anteil von Zwangsarbeit erbringen, die v.a. von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen geleistet wurde. Zwangsarbeit der deutschen Kriegsgefangenen wurde im und nach dem Krieg in der Sowjetunion und in geringem Maßstab auch in Frankreich, Belgien u.a. als Reparationsleistung und Wiedergutmachung gefordert.

In der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen von 1948 wurde Zwangsarbeit geächtet, das Grundgesetz untersagt sie in Artikel 12.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Zwangsarbeit sowie Internierungslager in Polen (x001/131E-135E): >>Der Arbeitseinsatz der Deutschen in Polen begann schon unmittelbar nach der Besetzung mit Schanz- und Aufräumungsarbeiten im rückwärtigen Frontgebiet. Deutsche Frauen mußten, rohen Schikanen der polnischen Miliz ausgesetzt, von russischen Soldaten belästigt und vergewaltigt, bei völlig unzureichender Verpflegung Leichen bergen, Tierkadaver begraben, Munition und Kriegsgerät fortschaffen, Straßen und Wege freilegen und Häuser säubern. Später begann ein systematischer Einsatz in der Landwirtschaft und Industrie.

Um die große Zahl der dem Arbeitszwang unterliegenden Menschen erfassen und planvoll einsetzen zu können, wurde ein Netz von Arbeitslagern über das ganze Land gelegt. Zunächst dienten als solche die z.T. bereits im Zuge der Enteignungsaktion eingerichteten Internierungslager. Im Verlauf der Jahre 1945/46 reduzierte man ihre Zahl und faßte schließlich alle im polnischen Staatsgebiet internierten Deutschen in den großen Zentralarbeitslagern Potulice

bei Bromberg, Gronowo bei Lissa und Sikawa bei Lodz zusammen, die erst in den Jahren 1949 und 1950 von der polnischen Regierung aufgelöst worden sind.

In diese Lager sind im Laufe der Zeit so gut wie alle Deutschen in Polen eingewiesen worden, relativ spät die deutschen Bewohner der größeren Städte, z.B. von Posen, Bromberg, Lodz, die aus ihren Wohnungen gewiesen vorher oft lange Zeit in Ruinen und Kellerlöchern gehaust hatten.

In den Zentrallagern wurden sie alle registriert und auch diejenigen als Lagerangehörige geführt, die seit ihrer Enteignung in landwirtschaftlichen Betrieben und Wirtschaftsunternehmen arbeiteten. Kranke und Arbeitsunfähige wurden ständig in den Lagern gehalten, und dorthin mußten auch die Arbeitsfähigen zu ihrer weiteren Verwendung zurückkehren, sobald sie ihren bisherigen Arbeitseinsatz beendet hatten. - Bei der Unterbringung in den "Stammlagern" und der Verschickung zum Arbeitseinsatz wurden die Familienangehörigen rücksichtslos auseinandergerissen.

Von den Lagern aus gingen verschiedene Transporte mit internierten deutschen Zwangsarbeitern nach dem oberschlesischen Industriegebiet, andere nach Warschau zu Aufräumungsarbeiten. Die Mehrzahl der Lagerinsassen wurde jedoch gruppenweise oder einzeln zur Landarbeit auf staatliche Güter oder private Höfe verteilt.

Um aus den Deutschen einen möglichst hohen Gewinn herauszuschlagen, ging man schon bald dazu über, von jedem, der deutsche Arbeitskräfte benutzte, einen Mietpreis zu fordern, wodurch die Sammellager zu einer Art von Sklavenmärkten wurden, auf denen man deutsche Arbeitskräfte anbot und verkaufte. Polnische Bauern und Unternehmer suchten sich die ihnen geeignet erscheinenden Männer und Frauen heraus, wobei der Mietpreis etwa ein Zehntel dessen betrug, was normalerweise der Lohn eines polnischen Arbeiters war.

Es war kein Wunder, daß der Wunsch, deutsche Arbeitskräfte zu bekommen, sehr groß war und daß die Deutschen mitunter zum Objekt von Schachergeschäften wurden, an denen sich vor allem mancher polnische Lagerleiter bereicherte. Die billige Arbeitskraft der internierten Deutschen wurde schließlich der Grund, daß man die Ausweisung, die für alle Deutschen im Dekret vom 13. September 1946 beschlossen worden war, sehr ungern sah, und sie zu verzögern trachtete.

Diese plötzliche Wertschätzung der Deutschen auf Grund ihrer Billigkeit und ihrer Arbeitskraft steigerte indessen nur die Erniedrigung, in die die deutsche Bevölkerung hinabgestoßen war, und trug kaum etwas bei, ihre Lage zu verbessern. Wehrlos mußten sie sich schwerste Arbeitsleistungen abzwängen lassen und lebten in dürftigen Unterkünften bei schlechter Verpflegung, ohne Löhnung und ärztliche Betreuung, oft auch von Ungeziefer und Krankheiten befallen oder Verhöhnungen und Schikanen ausgesetzt, ein Sklavendasein, das sie seelisch zermürbte und abstumpfte, die Gesundheit ruinierte und vielen das Leben kostete.

Dennoch bewarb sich die internierte deutsche Bevölkerung um den Arbeitseinsatz, vor allem in der Landwirtschaft. ... Er brachte die Möglichkeit, den Quälereien im Lager auszuweichen und sich zusätzliche Nahrungsmittel zu verschaffen. ...

Demgegenüber erschien das Leben der Alten, Kranken und Kinder geradezu hoffnungslos, die - als Arbeitskräfte verschmäh - Jahr um Jahr in den Internierungslagern verbringen mußten. Ihr Leiden überschritt alles Maß. Sie konnten den quälenden Schikanen und der oft sadistischen Grausamkeit der Bewachungsmannschaften nicht entrinnen. Sie mußten sich mit der unzureichenden Lagerverpflegung begnügen, die durch Unterschlagungen der Bewachungsmannschaften häufig noch verringert wurde.

Durch totale Entkräftung hilflos geworden, ohne Medikamente, von Ungeziefer geplagt, ohne Möglichkeit, auch nur die primitivsten Bedürfnisse der Körperpflege zu befriedigen, siechten sie dahin. Deutsches Pflegepersonal stand diesem Elend in Ermangelung jeglicher Hilfsmittel machtlos gegenüber.

Typhusepidemien grassierten vor allem im Sommer und Herbst 1945 in vielen Lagern und rafften zahllose Insassen dahin. Planmäßiges Erschießen von Alten und hilflosen Kranken, wie es beispielsweise im Lager Kaltwasser geschah, Gewalttaten und Mißhandlungen der Wachmannschaften, oft geleitet von dem Bestreben, Behandlungsmethoden nationalsozialistischer Konzentrationslager zu imitieren, erhöhten die Zahl der Todesopfer. Allein im Altersheim des Lagers Potulice starb in den Jahren 1947 bis 1949 die Hälfte aller Eingelieferten. Wie hoch die Zahl derjenigen ist, die in der Zeit von 1945-1950 in den polnischen Internierungslagern gestorben sind, wird sich wohl nie mehr feststellen lassen. Die Zahl der Verstorbenen, wo sie überhaupt registriert wurde, ist von den Lagerleitungen möglichst geheim gehalten worden.

Massengräber wurden zum Teil eingeebnet, bepflanzt und als Grabstätten unkenntlich gemacht. Niemand durfte Gräber mit namentlich gezeichneten Holzkreuzen versehen.

Katastrophal wirkte sich die Internierung auf die deutschen Kinder aus, zumal als man im Sommer 1945 dazu überging, sie rigoros von ihren Müttern zu trennen, um deren Arbeitskraft voll ausnutzen zu können. Fast alle Säuglinge starben, größere Kinder lebten in Gemeinschaftsbaracken, getrennt von ihren Eltern und sich selbst überlassen. Ihre Ernährung besserte sich in späteren Jahren dank der Hilfsaktion des Internationalen Roten Kreuzes, obwohl ihre Verwahrlosung dadurch nicht aufgehoben werden konnte.

Die polnische Regierung betrachtete die von ihren Eltern getrennten deutschen Kinder als Staatseigentum und war bestrebt, sie zu polonisieren. Sie veranlaßte ihren Transport in Kinderheime, wo viele infolge der zeitweiligen Überfüllung verhungerten, oder gab sie in polnische Familien. Jeglicher Briefwechsel mit den Eltern war untersagt, und nur illegal gelang es manchen der verzweifelten Mütter, mit ihren Kindern in Verbindung zu bleiben.

Einer größeren Zahl von ihnen ist es gelungen, im Laufe der nächsten Jahre ihre entfremdeten, häufig nur noch polnisch sprechenden Kinder zurückzubekommen. Viele dagegen wurden schließlich ausgewiesen, ohne ihre Kinder je wieder zu Gesicht bekommen zu haben. Anderen wiederum verweigerten polnische Familien die Rückgabe der ihnen übergebenen Kinder. Es gab Fälle, wo eine Kostenvergütung zur Bedingung gemacht wurde, die von den zwangsweise und unbezahlt arbeitenden Müttern nicht aufgebracht werden konnte. Auch diese mußten die Heimat ohne ihre Kinder verlassen, falls sich nicht mitempfindende Polen fanden, die ihnen das Geld gaben. ...

Am unerträglichsten waren die Lebensverhältnisse der Volksdeutschen in den Jahren 1945/46, erst in den folgenden Jahren besserten sie sich. Zumindest in der breiten Masse des polnischen Volkes waren Haß- und Rachegefühle abgeklungen. Der Widerwille gegen das kommunistische Regime im eigenen Lande und die Abhängigkeit von der Sowjetunion bestimmte jetzt die Empfindungen vieler Polen und nahm der Feindschaft gegenüber den Deutschen einiges an Schärfe.

Aber das Leben der deutschen Bevölkerung war inzwischen hoffnungslos verelendet, das Dasein unter den drückenden Anforderungen der Zwangsarbeit und dem Mangel jeglicher Freizügigkeit in den Internierungslagern noch 1949 so quälend und entmutigend, daß sie nach dem Verlust von Heimat und Besitz nur noch die Ausweisung als Erlösung aus furchtbarer menschlicher Not erhoffen konnte.<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Internierungslager und Mißhandlungen in Polen und in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x010/36-38): >> ... Von der ... Gesamtzahl der Gefängnisse und Lager waren 119 Gefängnisse und 681 Lager in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße gelegen, von denen das größte und berüchtigste Lamsdorf in Oberschlesien gewesen ist ...

Nicht möglich ist es aber, auch nur annähernd zu einer Schätzung der Anzahl der Personen zu gelangen, deren Tod auf Ausschreitungen in Gefängnissen und Lagern zurückzuführen ist.

Sehr unterschiedlich sind aber auch die Todesquoten über die einzelnen Lager. Sie differieren z.T. zwischen 20 und 50 % der Insassen, die zwar vorwiegend als Folge von Seuchen und Krankheiten, verursacht durch unzureichende Ernährung (Hungertyphus), unhygienische Zustände zu verzeichnen waren, die aber auch in nicht unerheblicher Anzahl Todesopfer durch Mißhandlungen und Erschießungen umfaßten.

Im Lager Lamsdorf kamen z.B. 6.084 der Insassen um. Unter anderem wird berichtet, daß alte, nicht mehr arbeitsfähige Menschen, die sich unter den Internierten befanden, nicht allein durch Aushungern, sondern auch durch Erschießung beseitigt wurden. Über die Anzahl der Kinder, die längere oder kürzere Zeit in Lagern waren, liegen für die Lager Lamsdorf und Potulice genauere Angaben vor. Insgesamt sollen hiernach in jedem dieser Lager 800 Kinder gewesen sein, davon auch Säuglinge, deren Anzahl in Potulice zwischen 30 und 50 wechselte. In einem kurzen Zeitabschnitt blieben von 50 Säuglingen in Potulice nur 2 am Leben.

Zu den in Verbindung mit dem Lagergeschehen dargestellten Unmenschlichkeiten gehört auch die Verbringung von Kindern der Internierten, ohne daß die Eltern verständigt wurden, wodurch eine große Anzahl von Kindern für die Eltern verschollen blieb.

... Die unmittelbar nach der Eroberung Zentral- und Westpolens durch die Rote Armee hier eingesetzte polnische Miliz beteiligte sich in den dortigen deutschen Siedlungsgebieten an der Erschießung von Deutschen durch sowjetische militärische Einheiten und setzte sie fort, wie dieses besonders in dem Berichtsmaterial über zentralpolnische Gebiete zum Ausdruck kommt.

In den Reichsgebieten waren es zunächst polnische Partisanengruppen, die in Gemeinden einzelne Personen erschossen. Mißhandlungen wurden Personen vielfach bei Durchsuchungen ihrer Wohnungen durch die Miliz oder in den sog. "Prügelstuben" der Gemeindemiliz oder bei Ausplünderungen durch polnische Zivilisten ausgesetzt.

Besonders schwere Mißhandlungen, auch mit Todesfolge, mußten Bewohner der Gemeinden erleiden, in deren Nähe Massengräber von KZ-Insassen, von russischen Kriegsgefangenen oder Ostarbeitern aufgefunden wurden. Die Bewohner der Gemeinden wurden gezwungen, die Gräber aufzugraben und die Leichen zu exhumieren, was unter Stock- und Peitschenhieben der Miliz, die hierzu von der umstehenden Menge angefeuert wurde, geschah.

In Niederschlesien wurden Bewohner einzelner Gemeinden gezwungen, diese zu verlassen und zwei bis drei Tage geschlossen auf einen sog. "Elends- oder Adolf-Hitler-Marsch" unter Bewachung von Miliz geschickt. Menschen, die den Anstrengungen nicht gewachsen waren, wurden dabei mißhandelt sowie auch getötet. Bei der Rückkehr in Gemeinden waren die Wohnungen ausgeplündert.

Zu Mißhandlungen und Erschießungen kam es ferner in den Gemeinden bei der Austreibung der Bevölkerung insbesondere zu Beginn der Austreibung im Sommer 1945 aus dem Gebiet des östlichen Brandenburgs sowie aus den westlichen Kreisen Ostpommerns und Niederschlesiens. Schließlich sind die brutalen Mißhandlungen zu erwähnen, die ... an Personen verübt wurden, die sich weigerten, der an sie gerichteten Forderung, für Polen zu optieren, nachzukommen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete später (im Oktober 2019) über die Internierung von Deutschen in Polen (x358/62-66): >>**Der Tod sprach polnisch**

_ von Gero Bernhardt

Zahlreiche KZs der Nazis im Osten wurden nach dem Krieg weiter genutzt. Sie dienten als Sammellager zur Deportation von Deutschen in Stalins Gulags - doch auch die Polen übten Vergeltung. Besonders schlimm war es in Schwientochlowitz.

Die Konzentrationslager der Nationalsozialisten, insbesondere die barbarischen Todeslager im Osten, sind als Stätten grauenhaftester Verbrechen unauslöschlich in die Geschichte der

Menschheit eingeschrieben. Die Hekatomben von Toten, der historisch beispiellose Massennord an den Juden Europas, die Verfolgung und Vernichtung von Menschen, die sich gegen das NS-Regime stellten oder nicht in die von Hitler und seinen Paladinen ausgerufenen "Volksgemeinschaft" paßten - das alles kann durch nichts aufgerechnet oder gar gerechtfertigt werden.

In Anbetracht der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten und der von ihnen begangenen Verbrechen bekundete Robert H. Jackson, der US-Chefankläger bei den Nürnberger Prozessen 1945/46, in denen sich die Hauptkriegsverbrecher auf seiten der Deutschen für ihre Schandtaten verantworten mußten: "Was die Welt bestimmt nicht braucht, ist die Idee, die einen aus den KZs herauszuholen und die anderen hineinzustecken."

Doch genau dies geschah. Die "Pest des 20. Jahrhunderts", wie der polnische Historiker Andrzej J. Kaminski, selbst einst Häftling in Nazi-Lagern, das KZ-Unwesen nannte, wurde 1945 keineswegs ausgerottet. "In den berüchtigten Konzentrationslagern der Hitlerzeit wechselten die Insassen und Wächter", schrieb der böhmische Militärschriftsteller Ferdinand Otto Miksche, der im Zweiten Weltkrieg dem französischen Generalstab unter Charles de Gaulle angehörte. Tatsächlich nutzten die Sieger viele der unter Hitler errichteten Lager weiter, bauten neue oder verschleppten, wie die Sowjets, Kriegsgefangene in ihre Gulags.

Auch dies gehört zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, des "Jahrhunderts der Lager", wie es der französische Historiker Bartolomé Bennassar formulierte.

Abtransport in Auschwitz

Selbst die Infrastruktur von Auschwitz - dem Inbegriff des Holocaust - nutzte man nach der Befreiung der Überlebenden weiter, wie der polnische Völkerrechtler Szkotnicki 1996 in einer Dokumentation berichtete. In der Zwangsarbeitereinrichtung Jaworzno bei Kattowitz, einer Nebenstelle des berüchtigten Todeslagers, seien bis 1953 weit über 10.000 Menschen zu Tode gekommen - nicht nur Deutsche, sondern auch Ukrainer und sogar Juden.

Stalin nutzte das Auschwitz Gebiet gleich nach dem 27. Januar 1945, als die Rote Armee dort eintraf, als Deportationszentrum zur Massenverschleppung von Deutschen per Bahn in die Gulags. Schon am 28. Mai 1945 rollte ein Zug mit 1.200 Kriegsgefangenen und 200 Zivilpersonen von dort nach Karaganda in Kasachstan. Anfang Juni 1945 wurden in Auschwitz Waggons mit 1.800 gefangenen deutschen Soldaten und 200 Zivilisten zur Fahrt ins sibirische Lager Prokopjewsk beladen.

Am 12. Juni mußten von dort aus 2.000 Kriegsgefangene und 150 zivile Personen die Fahrt nach Kuibyschew bei Nowosibirsk antreten. Am Tag darauf folgte ein Deportationszug mit 2.000 Menschen ins sibirische Lager Kiselevsk-Baidajew. So ging es in den darauffolgenden Monaten weiter.

Die Transporte in sowjetische Lager dauerten oft bis zu sechs Wochen. Viele Verschleppte mußten schon unterwegs ihr Leben lassen. Sie starben an Seuchen und Krankheiten, Mangelernährung, Durst, sengender Hitze, klirrender Kälte und oft auch infolge von Mißhandlungen durch das Wachpersonal.

Nur eine Minderheit derer, die dann das Ziel erreichten, überlebte die Torturen in Stalins Lagern. Nach Angaben des israelischen Historikers Benjamin Pinkus sind rund 300.000 deutsche Zivilisten im Zuge der sowjetischen Deportationen in der Nachkriegszeit umgekommen. Die Zahl der vom Gulag verschlungenen Wehrmachtsangehörigen dürfte bei mindestens 1,5 Millionen liegen. Erst 1955, zwei Jahre nach Stalins Tod, erreichte Bundeskanzler Konrad Adenauer durch Gespräche mit dem neuen Kreml-Herrscher Nikita Chruschtschow, daß die letzten 10.000 Deutschen aus sowjetischer Gefangenschaft in ihre Heimat zurückkehren konnten.

John Sacks Tabubruch

Die KZs wurden aber nicht nur als Sammelstellen für Gulag-Transporte genutzt, auch das von

den Sowjets eingesetzte polnische Satellitenregime internierte Deutsche in Auschwitz, Birkenau, Lamsdorf, Jaworzno oder Potulitz. Die Medien in Westdeutschland, in der DDR sowieso, schwiegen sich meistens darüber aus. Eine Ausnahme ist die Lokalreportage der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung über einen Schwurgerichtsprozeß in Essen 1961, bei dem Nachkriegsbestialitäten im oberschlesischen Lager Eintrachthütte-Schwientochlowitz (polnisch: Zgoda-Swientochlowice) zur Sprache gekommen waren.

Hierbei erfuhr die Öffentlichkeit beispielsweise davon, daß man in diesem Nebenlager von Auschwitz Deutsche hatte ausbluten lassen, nachdem ihnen die Pulsadern geöffnet worden waren. Ein Arzt namens Glombitza wurde in Essen zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil er mit der polnischen Lagerführung zusammengearbeitet hatte und in zahlreiche Untaten verstrickt war. Allerdings hatte er sich, was ihm vor Gericht zugute gehalten wurde, nicht aus freien Stücken, sondern nur unter schwerem Druck zur Kollaboration bereitgefunden. Als vormaligen SA-Sturmführer hätte ihn sonst ein furchtbarer Folttertod erwartet.

Wie vermint dieses zeitgeschichtliche Gelände ist, bekam 1995 der US-Journalist John Sack zu spüren, als die deutsche Übersetzung seines Werkes *An Eye for an Eye (Auge um Auge)* über Terror gegen Deutsche in Oberschlesien nach 1945 veröffentlicht wurde, in dem das Lager Schwientochlowitz eine herausragende Rolle spielt.

Der Piper-Verlag ließ nach einer gewaltigen Medienkampagne gegen Sack, auf deren Höhepunkt dem Publizisten - der 1930 in New York als Sohn jüdischer Einwanderer aus Polen zur Welt gekommen war - sogar der absurde Vorwurf des Antisemitismus gemacht wurde, die mehreren tausend bereits gedruckten Exemplare der Erstauflage schließlich eine Woche vor dem geplanten Verkaufsbeginn einstampfen.

Sack reagierte darauf mit den Worten: "Ich bin schockiert. Ich glaube, die Deutschen sind reif genug, um sich selbst ein Bild zu machen." Bezeichnenderweise hieß es im Spiegel, daß die Quellen des Autors "noch jeder Prüfung standgehalten" hätten. Angreifbar seien bei ihm "nicht die Fakten, sondern Form und Stil". Für das hiesige Lesepublikum sei die Lektüre ganz einfach "schwer erträglich"...

Über Sack, der 2004 verstarb, schrieb das US-Magazin *The Nation*, er sei ein "Journalist von außergewöhnlicher Integrität und Unerschrockenheit" gewesen, hatte sich als Mitarbeiter bedeutender amerikanischer Publikationen wie *The New Yorker*, *Harper's Bazaar* und *Esquire*, als CBS-Korrespondent und einer der erfolgreichsten linken Sachbuchautoren Amerikas einen Namen gemacht.

Zu Bestsellern waren Enthüllungswerke wie "Lieutenant Calley. His Own Story über den Vietnamkrieg" geworden. Dem Schicksal der von den Nazis ermordeten Juden hatte er mehrere Reportagen gewidmet, und auch *An Eye for an Eye* wurde in den USA stark beachtet und von führenden Blättern rezensiert. Selbst seine heftigsten Kritiker in Amerika erhoben nie die Forderung nach Zensur des Werkes.

In Morels Folterhölle

Schon im Sommer 1945 hatte R. W. F. Bashford, ein Diplomat des britischen Foreign Office, an das Londoner Außenministerium gemeldet, daß die KZs im polnischen Machtbereich "nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden" seien. "Meistens werden sie von polnischer Miliz geleitet. In Swientochlowice müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals in kaltem Wasser stehen, bis sie sterben."

John Sack recherchierte auf der Basis solcher Meldungen und anderer Berichte. Laut *An Eye for an Eye* waren hunderttausende Deutsche nach Kriegsende solchem Terror ausgesetzt, insbesondere in Oberschlesien; 60.000 bis 80.000 hätten die Torturen nicht überlebt. An der Spitze des Lagersystems stand Chaim Studniberg, der seinen Lebensabend später in Israel verbrachte.

Die Leitung von Schwientochlowitz oblag Salomon (Schlomo) Morel, der im Krieg Hecken-schütze kommunistischer Partisanen war und später auch die Gefängnisse von Ratibor und Kattowitz leitete. Auch Morel zog es 1992 nach Israel, allerdings unfreiwillig: Die polnische Staatsanwaltschaft hatte wegen der Untaten in den von ihm beaufsichtigten Einrichtungen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. "Salomon Morel müßte von den Israelis vor Gericht gestellt werden wie Eichmann", meinte Sack. Eine Auslieferung an Polen wurde von Israel zweimal verweigert. Er starb 2007 unbehelligt in Tel Aviv.

Doch für welche Verbrechen trug Morel Verantwortung? Berichte von Zeugen und Überlebenden, die sich Sack offenbarten, legen davon Zeugnis ab. Dorota Boreczek bekundete: "Ich war damals erst 13 Jahre alt und sah die Menschen dort wie Tiere verenden." Zeuge Gerhard Gruschka gab zu Protokoll: "Lagerkommandant Morel war von kräftiger Statur und erfüllt von brennendem Haß.

Wenn er sich einen Gefangenen persönlich vornahm, war ihm der Tod meist sicher. Morels "Spezialität" bestand darin, einen schweren Stuhl noch aus deutschen Lagerzeiten an den Füßen zu packen und dann mit der dicken Seite auf die Opfer einzudreschen. Wieder und immer wieder wurden schwer verletzte Häftlinge nach einer solchen Tortur in die Krankenbaracke oder mit zertrümmerten Schädeln gleich in die Leichenbaracke gebracht."

Eine weitere Vorliebe des Lagerkommandanten war, wie Gruschka schildert, die sogenannte Pyramide: "Morel zog irgendeinen Häftling aus der Reihe und warf ihn in die Mitte des Raumes mit Wucht zu Boden, daneben einen zweiten, einen dritten und vierten. Auf sie wurden weitere vier Häftlinge geworfen, bis mit Hilfe von Morels Begleitern fünf bis sechs Menschenschichten entstanden."

In Sacks Buch erfährt man, daß die zur Pyramide aufgehäuften deutschen Opfer zusätzlich aufs Grausamste mißhandelt wurden. Morel und seine Spießgesellen hätten auf die Unglücklichen mit Knüppeln eingeschlagen, "als wären sie Jäger vor einer Herde kanadischer Robben". Der Autor weiter:

"In den oberen Schichten schrien die Deutschen: "Nein! Bitte! Bitte nicht!", aus der Mitte drang Stöhnen, in den unteren Schichten war es still, denn das Gewicht von zwei Dutzend Menschen trieb den unten Liegenden die Gedärme aus dem Leib, sie lagen im Sterben." Morel, fährt Sack fort, habe dabei "gelacht wie ein Meschuggener" - so habe denn auch schon sein Deckname bei den jüdischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg "der Meschuggene" gelaute.

Bei seinen Taten habe sich der Menschenschinder auf "Rache" berufen, da seine Eltern und sein Bruder "von den Deutschen vergast" worden seien. In Wahrheit aber waren, wie Sack recherchierte, Morels Familienangehörige von polnischen Antisemiten erschossen worden. Auch Morels Behauptung, selber nach Auschwitz eingeliefert worden zu sein, war laut dem US-Journalisten falsch.

Von Seuchen dahingerafft

Ein Opfer schilderte gegenüber Sack Folgendes: "Oft schlug Morel mit bloßen Fäusten zu, meist gezielt ins Gesicht. Er konnte auch brutal mit dem Gummiknüppel zuschlagen. Und in regelmäßigen Abständen befahl er nachts: "Horst-Wessel-Lied singen, aber schnell!", und während wir sangen, prasselten die Gummi- und Holzknüppel auf uns nieder."

Der zur Zeit seiner Inhaftierung 14-jährige Eric van Calsteren sagte aus: "Mit der Eisenstange, mit der die Bottiche für das Essen geschleppt wurden, schlug man mir meine Beine ganz kaputt, und als ich wieder auf dem Boden lag, wurde ich noch mit Fußtritten bearbeitet. ... Daß es Tote gab, war schon ganz normal. Überall Sterbende. Im Waschraum, auf der Toilette, im und neben dem Bett. Es geschah fast immer in der Nacht, und wenn man zur Toilette mußte, stieg man über die Toten."

In seinem Buch schildert Sack, daß Hunde auf deutsche KZ-Insassen gehetzt wurden, darauf

abgerichtet, die Geschlechtsteile der Opfer zu zerfetzen, daß Aufseher Lagerhäftlingen lebende Kröten in den Hals steckten, wodurch sie erstickten, daß Häftlinge geblendet und eingesperrte Kinder vergewaltigt wurden. Eine weitere Aussage eines Überlebenden von Schwientochlowitz: "Immer wurden wir geschlagen oder mußten uns gegenseitig schlagen. Ich meinen Vater und mein Vater mich. Wenn ich mich weigerte, wurde ich selbst geschlagen."

Späte Wahrheit

In Ausgabe 49/1994 schreibt die Zeit über das weiterbetriebene KZ Schwientochlowitz: "Der Fall (des jüdischen KZ-Kommandanten) Morel stellt die Geschichte auf den Kopf, macht aus Opfern Täter und aus Tätern Opfer." Die linksliberale Wochenzeitung entschied sich wegen dieser Brisanz für eine eigene Recherche, deren Ergebnis Sacks Aussagen bestätigte.

Das Blatt kommt zu dem Schluß: "Die Argumente für die Behandlung des Themas sind gewichtig. "Man muß die Wahrheit sagen", urteilt auch Feliks Lipman, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Kattowitz, obwohl Salomon Morel ihn aus Tel Aviv moralisch zu erpressen suchte: Wenn er ihn nicht verteidige, sei er kein Jude mehr. Doch für Lipman ... kann es Loyalität unter diesen Umständen nicht geben. "Nicht alle Deutschen sind Hitleristen und nicht alle Polen und Juden unschuldig", befindet er. "Wer Verbrechen begangen hat, muß dafür bestraft werden."

Über 1.000 Marterstätten

Dabei war Morels Lager noch nicht einmal das schlimmste. Insgesamt mußten Deutsche Sacks Untersuchungen zufolge nach Kriegsende im polnischen Machtbereich in über 1.000 ähnlichen Marterstätten leiden. Diese Größenordnung wird auch in anderen Quellen genannt. Der Historiker und Totalitarismusforscher Manfred Zeidler schreibt in seinem Werk *Kriegsende im Osten*: "Die Polen übernahmen in der Regel die von den russischen Militärbehörden eingerichteten Sammel- und Umschlaglager und bauten sie für ihre Zwangsarbeits- oder Internierungszwecke noch aus.

Insgesamt bestanden nach einer Liste des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes in den Gebieten östlich von Oder und Neiße 1.255 Lager der unterschiedlichsten Größen sowie 227 Gefängnisse, die der Inhaftierung von Deutschen dienten."

Sacks Buch, das nach dem Rückzieher von Piper in dem kleinen Hamburger Kabel-Verlag unter dem ursprünglich geplanten Titel *Auge um Auge* erschien, ermutigte immerhin einige bundesdeutsche Mainstream-Journalisten, sich mit dem tabuisierten Thema zu beschäftigen. So veröffentlichte die langjährige Korrespondentin der Zeit, Helga Hirsch, 1998 ihre Studie *Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944-1950*. Sie hatte in polnischen Archiven recherchiert, Überlebende befragt, die Ereignisse konstruiert und bestätigte im Wesentlichen die Forschungsergebnisse des Amerikaners, auch in Bezug auf den Auschwitz-Komplex.

Darüber hinaus erschienen mehrere Bücher, in denen die Opfer über ihr Leid berichteten, etwa die 1996 erschienene Dokumentation *Zgoda*, ein Ort des Schreckens von Gerhard Gruschka aus Gleiwitz, der als Jugendlicher den Torturen polnischer Häscher ausgesetzt war.

Zwangspolonisierung

Fast vier Jahre nach Kriegsende berichtet eine Ostpreußin, wie die in der Heimat zurückgebliebene deutsche Bevölkerung gezwungen wurde, die polnische Staatsbürgerschaft (auf dem Papier "freiwillig") anzunehmen: "Als wenn der Teufel aus der Hölle, tobt und wütet, genau so fingen die Polen an zu toben, (zu) schikanieren und die Deutschen zur Unterschrift zu zwingen. ... Man hörte, wie die Schikanen dörferweise durchgeführt wurden. Und dörferweise haben die Deutschen unterschrieben.

Man hat sich immer gesagt, warum halten die Deutschen nicht stand. Viele saßen im Keller, aber sie haben alle kleingekriegt. Mit Gummiknüppeln, Drahtseilen und Eisenstangen. ... Die Deutschen wurden durchs Messer gejagt und mit Nadeln gestochen. Viele Leute haben es mit

ihrem Leben bezahlt, sind irregeworden, haben sich aus Verzweiflung erhängt und sind an den Schlägen verstorben."

(Brief der H. W. aus dem Kreis Sensburg, verfaßt im Februar 1949. Die beglaubigte Abschrift befindet sich im Bundesarchiv Ostdokumentation.)<<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schrieb später über die "Aus-siedlungen und Lager" in den schlesischen Gebieten (x294/99-100): >>... Nach dem Abbruch der Militäraussiedlungen im Frühsommer 1945 trat eine Pause ein. Bis zum Abschluß der entsprechenden Vereinbarungen mit Briten und Sowjets (die im Februar bzw. Mai 1946 zustande kamen) verlegten sich die polnischen Behörden auf eine andere Taktik: Sie übten Druck auf die Deutschen aus, das Land "freiwillig" zu verlassen.

Eine unbekannte Zahl der Bewohner Oberschlesiens machte von dieser Möglichkeit Gebrauch. Andere machten sich von selbst auf den Weg nach Westen, noch andere, die vorher geflüchtet oder evakuiert worden waren, kehrten auf eigene Faust zurück. Es gibt keine genauen Zahlen über diese Bewegungen. Relativ sicher scheint lediglich, daß bis Ende 1945 etwa 150.000 Menschen aus Oberschlesien vertrieben bzw. ausgesiedelt wurden und "freiwillig" ausgereist sind ...

Die Mehrheit blieb. Sofern nicht positiv "verifiziert", wurde sie nach und nach enteignet, in "deutsche Wohnbezirke" innerhalb der Städte umgesiedelt, zur Zwangsarbeit – vor allem beim Wiederaufbau und in der Landwirtschaft – eingezogen; während die einen gehen mußten, durften andere nicht. Zehntausende kamen in die von den Nazis bzw. von den Sowjets übernommenen Lager. Einige von ihnen (in Schlesien war es u.a. Myslowitz und Schwientochowitz im Industrieviertel und Lamsdorf im Kreis Falkenberg) standen bald in dem Ruf von "Todeslagern". Viele Häftlinge wurden durch die Wachmannschaften permanent mißhandelt und starben, die meisten an Hunger und Epidemien.

Der Aufschrei der Opfer war selbst im fernen Warschau vernehmbar. Eine Sonderkommission der kommunistischen Partei und des Sicherheitsdienstes berichtete im Februar 1946 sichtlich erschüttert über die Zustände in und um Lamsdorf:

"Im gesamten Kreis herrscht eine erschreckende Gesetzlosigkeit. Die Leute haben schon jetzt jedes Gefühl für Recht und Unrecht verloren. Kein Verbrechen ist geeignet, Erstaunen hervorzurufen. Die Miliz (d.h. die Polizei) und teilweise auch Organe des Sicherheitsdienstes vergewaltigen und berauben die Menschen. Das führt dazu, daß die Leute in panischer Angst flüchten, sobald sie einen Milizionär sehen".

Die Kommission forderte eine Bestrafung aller Verantwortlichen für die Lage im und um das Lager. Indes war der Lagerkommandant von Lamsdorf nach einem spektakulären Massenmord an den Häftlingen vorübergehend festgenommen und bald entlassen worden. Mehr passierte ihm und seiner Mannschaft auch nach dem Bericht der Warschauer Prüfer nicht. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in der Tschechoslowakei (x004/91-94, 110-111): >>Die tschechische Regierung ging zu dem System über, tschechische Arbeiter aus Innerböhmen in die sudetendeutschen Industriebetriebe zu holen und an ihrer Stelle Sudetendeutsche als Zwangsarbeiter ins tschechische Gebiet zu verschicken.

Um diese Maßnahmen durchführen zu können, wurden nicht nur die Internierten und Häftlinge, sondern alle Deutschen und Madjaren männlichen Geschlechts vom 14. bis zum 60. und weiblichen Geschlechts vom 15. bis zum 50. Lebensjahr unter Arbeitspflicht gestellt. Meist war diese Regelung von den lokalen oder regionalen Behörden gleich nach der Wiedererrichtung der tschechoslowakischen Verwaltung eingeführt und erst durch das Dekret vom 19. September 1945 für alle Personen, die die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren hatten, nachträglich sanktioniert worden. ...

Einen großen Teil der zum Arbeitseinsatz gezwungenen Personen deportierte man ins tschechische Gebiet. Sie wurden in Razzien ausgehoben, bei denen die Bevölkerung ganzer Ortschaften zusammengetrieben und abtransportiert wurde, oder aber durch Einzelverpflichtungen, die das jeweilige Arbeitsamt vornahm.

Ohne Rücksicht riß man Familien auseinander. Sie fanden oft erst vor der Aussiedlung oder Jahre danach in Deutschland wieder zusammen.

Die zum Arbeitseinsatz Verschleppten wurden vorwiegend in Bergwerken, Industriebetrieben und in der Landwirtschaft beschäftigt, wie überhaupt in allen Berufssparten, die schlecht bezahlt wurden oder besonders körperliche Anstrengungen erforderten und aus denen die Tschechen abgewandert waren.

Besonders harte Arbeits- und Lebensbedingungen bestanden für die deutschen Zwangsarbeiter in den Industriebetrieben von Mährisch Ostrau und Kladno und in vielen landwirtschaftlichen Betrieben Innerböhmens. Berücksichtigt waren die Arbeitslager des großen Hüttenwerks Witkowitz. Die Behandlung und Verpflegung hingen vielfach nach sowjetischem Vorbild von der Arbeitsleistung nach festgesetzten Normen ab, und da die Ernährung keinesfalls den harten Anforderungen am Arbeitsort entsprachen, waren Krankheitsfälle, vorwiegend Hungerödeme, besonders häufig.

Aus Schikane setzte man Angehörige der geistigen Berufe zu besonders schweren und gefährlichen Arbeiten ein. Den ungewohnten körperlichen Anstrengungen waren sie nicht gewachsen; ihr Anteil an den Krankheits- und Todesfällen war deshalb besonders hoch.

In einigen Lagern, in denen Revolutionsgardisten und SNB-Leute nach eigenem Ermessen Strafmaßnahmen trafen und die Insassen quälten, bedeutete die sog. Freizeit nur eine Fortsetzung der Demütigungen und Erniedrigungen. ...

Die Verschickung ins innertschechische Gebiet war wohl die schlimmste Auswirkung des alle Sudetendeutschen erfassenden Zwangsarbeitssystems. Aber auch die in den Heimatorten verbliebenen Deutschen waren diesem System unterworfen, sie wurden zu allen Arbeiten in der Landwirtschaft, zu Aufräumungsarbeiten, zum Straßenbau herangezogen.

Zum Teil mußten sie in ihren enteigneten Betrieben und auf ihren Höfen für die Nationalverwalter weiter arbeiten. Die Revolutionsgarde oder SNB nahm für vorübergehend anfallende Arbeiten die Deutschen oft wahllos auf der Straße fest und stellte sie zu Arbeitskolonnen zusammen. ...<<

>>... Die Lager, die im Sudetenland zunächst nur für die Aufnahme politisch belasteter Persönlichkeiten dienen sollten, waren bald überfüllt. ...

Bis Ende 1945 schien überhaupt der Willkür der Lagerkommandanten und Wachmannschaften, die sich fast ausschließlich aus Angehörigen der Revolutionsgarde rekrutierten, keine Schranken gesetzt zu sein.

Das Verhalten der Wachmannschaft im Internierungslager Kolin, wo es am 22. August 1945 zu schweren Mißhandlungen der Insassen, zu Schändungen der Frauen und zu Plünderungen kam, was in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit durch Berichte gemäßiger Zeitungen viel Aufsehen erregte, war, verglichen mit den in anderen Lagern und vor allem in den Gefängnissen herrschenden Zuständen nur ein kleines Beispiel des unmenschlichen Systems, dem die deutsche Bevölkerung unterworfen war.

Selbst dort, wo es nicht zu unmittelbaren Ausschreitungen kam, wurde der Zustand durch die mangelhafte Ernährung und die improvisierte Unterbringung großer Menschenmassen unerträglich. Vielfach mußten die Lagerinsassen selbst erst die Unterkünfte errichten und die Lager ausbauen. Infolge der Überfüllung der Lager, der Ungezieferplage und der unhygienischen Verhältnisse forderten Epidemien unter den entkräfteten Insassen zahlreiche Opfer. Besonders hoch war auch hier wieder die Sterblichkeitsziffer unter den Kleinst- und Kleinkindern und den alten Leuten, die nicht zur Arbeit außerhalb der Lager geschickt wurden und keine Mög-

lichkeit besaßen, sich zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen.

Für viele war jedoch das korrekte Verhalten einzelner Tschechen, sei es im Amt oder am Arbeitsort, ein Lichtblick in einer sonst trostlosen Lage. ... Eine besondere Würdigung verdient die Hilfsaktion des Tschechen Premysl Pitter für deutsche Kinder, die ihre Eltern durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse, vor allem in den tschechischen Lagern verloren hatten und in den Massenlagern verwahrlosten und zugrunde gingen. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Internierungslager in der Tschechoslowakei (x010/45-47): >>Unmittelbar nach Beginn des Prager Aufstandes begann auch in großem Umfange die Verbringung von Deutschen in Gefängnisse und Lager.

Nach Ermittlung des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes bestanden in der Tschechoslowakei 1.215 Internierungslager, 846 Arbeits- und Straflager und 215 Gefängnisse, in denen 350.000 Deutsche längere oder kürzere Zeit festgehalten worden sind. ... Unmenschliche Verhältnisse führten zum Tode von Lagerinsassen durch Kräfteverfall und Epidemien, verursacht durch mangelhafte Ernährung, fehlende Medikamente, unhygienische Verhältnisse und durch Depressionen infolge sadistischer Mißhandlungen. Sehr hoch war die Sterblichkeitsziffer bei Kindern und älteren Leuten. Von den Arbeitslagern wiesen die der Bergwerke eine besonders hohe Sterblichkeit auf.

Erheblich war jedoch auch die Anzahl der Opfer willkürlicher Erschießungen und Mißhandlungen durch Kommandanten und Wachmannschaften der Lager; diese setzten sich vorwiegend aus Angehörigen der Revolutionsgarde, die in die SNB übernommen worden waren, zusammen. Zum Beispiel wurden von Anfang Mai bis Anfang Juli 1945 in dem berüchtigten Hanke-Lager (Kreis Mährisch Ostrau) 350 Insassen zu Tode gefoltert. ...

Die Zurückgebliebenen wurden nach Besetzung der Slowakei durch die Rote Armee und Errichtung des neuen Regimes, sobald sie als Deutsche erkannt wurden, in Lager interniert und zum Arbeitseinsatz "vermietet". Die Verhältnisse in den Lagern, die zumindest in den ersten Monaten unter Aufsicht ehemaliger Partisanen standen, unterschieden sich im allgemeinen nicht von denen in Böhmen und Mähren. ...

Die Lager wurden ... aufgefüllt durch zurückkehrende Karpatendeutsche aus den Sudetenländern, die sich slowakischen Repatrianten angeschlossen hatten.

Zu Mißhandlungen durch slowakische Soldaten kam es bei ihrem Eintreffen auf den Zielstationen der Transporte. Eine Massenerschießung von 247 Karpatendeutschen, darunter Frauen und Kinder, die aus Lagern im Kreis Saaz/Sudetenland zurückkehrten, fand am 18.6.1945 noch vor Erreichung des Gebietes der Slowakei in der Nähe des Bahnhofs Prerau/Mähren statt. Die Deutschen wurden aus dem Zuge geholt - angeblich von slowakischen Soldaten - und in einem in der Nähe gelegenen Wald zur Exekution geführt. ...

Nach Schätzungen muß bei einer Gesamtzahl von 350.000 in Gefängnisse und Lager verbrachten Deutschen mit ca. 100.000 Opfern gerechnet werden. A. Bohmann: "Das Sudetendeutschtum in Zahlen", München 1959, Seite 199, schätzte die Anzahl der in Lager überführten Sudetendeutschen auf mindestens 1 Million.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete später (im Oktober 2019) über die Internierung von Deutschen in der Tschechoslowakei (x358/67-68):

>>**Das stille Sterben unter dem Roten Stern**

_ von Gero Bernhardt

Nicht nur in Polen, auch in der Tschechoslowakei und sogar in der Sowjetischen Besatzungszone wurden nach dem Krieg KZs weiter genutzt. Die Opfer gehen in die Hunderttausende.

Der Name der böhmischen Ortschaft Theresienstadt ist begründeterweise eng mit der Erinnerung an die nationalsozialistische Barbarei verbunden. Doch was sich dort an Unrecht nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur zutrug, weiß kaum jemand. In der Dokumentation Sterben und Vertreibung der Deutschen im Osten 1944-1949 des italienischen Journalisten

und Zeitgeschichtsforschers Marco Picone Chiodo heißt es dazu:

"Der Letzte der 16.832 Juden hatte am 9. Mai 1945 Theresienstadt noch nicht verlassen, als die (tschechischen) Revolutionsgarden bereits die ersten deutschen Soldaten und Zivilisten in die Kleine Festung einlieferten, die als Konzentrationslager der von der Bevölkerung geräumten und als Ghetto eingerichteten Stadt diente."

Schon am 24. Mai 1945 sei ein ungefähr 600 Menschen beiderlei Geschlechts und jeden Alters umfassender Transport dort eingetroffen, darunter viele deutsche Rot-Kreuz-Schwester aus den Prager Kliniken.

Folter in Theresienstadt

Chiodo schildert, wie es den Ankömmlingen in Theresienstadt erging: "Der traurige Zug mußte, um zu den im sogenannten 4. Hof gelegenen Zellen zu gelangen, durch einen 15 bis 20 Meter langen, tunnelartigen Durchgang, in dem etwa vier Meter vor dem Ausgang das Pflaster tief aufgerissen worden war. Dieser enge, dunkle Gang bot sich für die gewohnheitsmäßige Mißhandlung der Gefangenen geradezu an. Unter Gebrüll und Drohungen, Faustschlägen und Prügeln wurden die Männer im Laufschrift den Gang hinuntergetrieben. Da das Hindernis im Dunkeln nicht zu erkennen war, kamen gleich die Ersten zu Fall.

Auf sie traten und stürzten die Nächsten, auf diese wiederum die Folgenden, und in diesen sich windenden Menschenhaufen schlugen die Revolutionsgarden, die sich auf beiden Seiten des Ganges aufgestellt hatten, mit den langen, eisenbeschlagenen Knüppeln mit voller Wucht ein, um die Gefangenen weiterzutreiben. Im Hof mußten sie sich dann in Fünferreihen aufstellen und abzählen. Da es dem Festungskommandanten Prusa zu langsam ging, zählte er selbst ab. Dabei schlug er mit dem eisenbeschlagenen Hackenstiel jeden Einzelnen auf den Kopf. Hierbei büßten siebzig Mann ihr Leben ein."

In seinem Buch schildert der italienische Publizist auch, wie es in einem Folterraum nach schrecklichen Torturen, die die Gefangenen erleiden mußten, aussah: "Auf dem Zellenboden lagen zentimeterhoch abgeschlagene Ohren, ausgeschlagene Zähne, Hautteile mit Haaren, geronnenes Blut, Gebisse."

Weiter schreibt Chiodo: "Bei vielen Häftlingen zeigten sich nach einigen Tagen Geschwülste am ganzen Körper, der Kopf schwoll an, die Augen quollen hervor, die Ohren standen ab, so daß sie aussahen wie die Gestalten auf den Bildern des irischen Malers Francis Bacon." Krankheiten, Epidemien und Unterernährung seien neben den brutalen Mißhandlungen und Giftspritzen die häufigsten Todesursachen gewesen.

Theresienstadt war aber nur eines von vielen Lagern, in denen Deutsche eingesperrt und ermordet wurden. "Kurz vor und nach Kriegsende 1945 errichteten die tschechoslowakische Regierung und ihre ausführenden Organe auf dem Gebiet von Böhmen, Mähren, Sudetenschlesien und der Slowakei insgesamt 1.215 Konzentrations- und Internierungslager, 846 Arbeits- und Straflager sowie 215 Gefängnisse, in denen insgesamt rund 350.000 Deutsche - oft jahrelang unter unmenschlichen Bedingungen - festgehalten wurden", heißt es in Wolfgang Popp's *Wehe den Besiegten!* ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Zwangsarbeit und Internierungslager in der Slowakei (x004/174-175): >>Bald wurden dann Orts- und Bezirkslager (am bekanntesten waren Novaky in der Mittelslowakei und Limbach und Engerau im Preßburger Gebiet) errichtet, in die alle Deutschen, deren man habhaft werden konnte, eingewiesen wurden. ...

Die Kommandanturen der einzelnen Internierungslager waren in den ersten Monaten nach dem Umsturz fast ausschließlich mit ehemaligen Partisanen besetzt, die ihren Haß gegen die Deutschen in systematischer kleinlicher Quälerei oder in unbeherrschten Wutausbrüchen an den Häftlingen ausließen. Gefürchtet waren die Lager indessen in erster Linie wegen des Hungers. Die Unterernährung der Lagerinsassen machte vor allem alte Leute und Kinder ge-

gen Infektionskrankheiten besonders anfällig, so daß die Sterbeziffer bald hoch anstieg. ... Für die arbeitsfähigen Volksdeutschen, Männer wie Frauen, hatten die Internierungslager mehr den Charakter von Zwangsunterkünften als von Haftanstalten. Sie wurden tageweise oder auch für längere Zeiträume von Behörden oder Privatpersonen für eine bestimmte Summe "herausgekauft". Da die Käufer verpflichtet waren, die Arbeitskräfte außerhalb des Lagers zu verpflegen, litt diese Gruppe nicht so offensichtlich unter Nahrungsmangel. Diese "herausgekauften" Volksdeutschen lebten oft monatelang bei ihrem Arbeitgeber, häufig einem slowakischen Bekannten oder auch Verwandten als Knecht, wechselten dann, wenn ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wurde oder wenn sie ein günstigeres Angebot hatten, ihren Arbeitsplatz und entzogen sich auf diese Weise der Kontrolle der Lagerleitung. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über die Internierungslager in Ungarn (x008/55E-57E): >>... Soweit die Angehörigen des Volksbundes oder zurückgekehrte ehemalige Mitglieder der Waffen-SS nicht schon früher zur Aburteilung durch die Volksgerichte in Untersuchungshaft abgeführt worden waren, begann im Frühjahr 1945 ihre systematische "Einlagerung" in die Internierungs- und Zwangsarbeitslager.

In diesen Lagern ließen sich die aufgehetzten Wachmannschaften in der ersten Zeit nach dem Regimewechsel des öfteren den Volksdeutschen, ebenso wie den Pfeilkreuzlern gegenüber Übergriffe und Mißhandlungen zuschulden kommen. Im allgemeinen blieb die Behandlung jedoch korrekt, wenn nicht sogar nachsichtig. ...

Arbeitslager befanden sich in allen Teilen des Landes, in den größeren Städten Zentrallager, von wo aus die Einsatzlager beliefert wurden. Berüchtigt wegen der schlechten Behandlung wurde das große Lager in der ehemaligen Karlskaserne in Budapest, wo auch ungarische Soldaten und Zivilisten interniert waren. ...

... Da der Kreis der unter Kategorie I Fallenden naturgemäß außerordentlich klein war - die "Führer" waren geflohen und die Angehörigen der Waffen-SS noch in Gefangenschaft - zog man alle irgendwie im Volksbund hervorgetretenen Personen zu dem Verfahren heran, ja man verurteilte sogar ohne jede Rechtsgrundlage Angehörige der Belasteten, z.B. Väter, deren Söhne in der Waffen-SS gedient hatten.

Im Laufe der Gerichtsverfahren - bei der Verhaftung, während der Untersuchungshaft und bei den Vernehmungen - kam es sehr oft zu Mißhandlungen und brutalen Ausschreitungen, da sowohl das Bewachungspersonal als auch die Richterkollegien zumeist aus fanatischen Deutschhassern bestanden.

... Bei der Taxierung und Einstufung in die einzelnen Strafklassen durch die Kreiskommission war aber auch oft neben kleinlichen Gehässigkeiten eine korrekte, wenn nicht gar großzügige Haltung zu beobachten. Überhaupt wird das Gesamtschicksal des ungarländischen Deutschtums in dieser Zeit nicht so durch die erlittenen Ausschreitungen und körperlichen Mißhandlungen charakterisiert, als vielmehr durch zermürbende Unsicherheit. ...

Typisch war bei allen Formen der Besitzübernahme die plötzliche Vertreibung vom Hofe. Um zu verhindern, daß der Enteignete Möbel, Haushalts- oder Wirtschaftsgeräte zu Bekannten schaffte oder verkaufte, ließ man ihn völlig im unklaren darüber, ob und wann die Verweisung aus dem Hause erfolgte. Die plötzlich aus ihrem Anwesen verjagten erhielten nur eine armelige Ausstattung an Hausgeräten und Bekleidung und waren auf die Hilfe von Verwandten und Bekannten angewiesen, bis sie ihren Lebensunterhalt als Knecht oder Gelegenheitsarbeiter wieder selbst verdienen konnten.

... Kurz nach dem Regimewechsel wurden fast ausschließlich nur Volksbundmitglieder von ihrem Hof gejagt, eine zweite Enteignungswelle lief dann nach der Ernte im Sommer 1945 an. ... Ab Frühjahr 1946 wurde dann vielfach nicht mehr umgesiedelt, sondern ausgewiesen, da

sich inzwischen die auf Grund des Potsdamer Abkommens mögliche Ausweisung als die geeignete Lösung für die Ausschaltung der mißliebigen Deutschen gefunden hatte.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in Jugoslawien (x006/107E-112E): >>Die allgemeine Internierung aller in ihren Heimatorten gebliebenen Jugoslawiendeutschen, soweit sie nicht schon in die Arbeitslager oder in die Gefängnisse der OZNA, des jugoslawischen NKWD, eingeliefert worden waren, setzte in der nordwestlichen Batschka ein, nachdem bereits im Dezember 1944 die Deutschen in einem Streifen der südlichen Batschka interniert worden waren.

Seit Anfang März 1945 wurde in der nordwestlichen Batschka die deutsche Bevölkerung in den bereits bestehenden Lagern oder in neugeschaffenen Ortslagern konzentriert. Die gleichen Maßnahmen wurden anschließend allgemein in der Batschka und auch im Banat, im Süden um den 26.-27.03.1945, sonst durchweg bis zum 18.-19.04.1945 eingeleitet. Um die deutsche Bevölkerung in Ortslagern zusammenzufassen, wurde meist ein bestimmtes Viertel oder auch nur eine Häuserzeile (Gasse) von allen Bewohnern geräumt und unter scharfe Bewachung durch Partisanen gestellt.

... Damit blieb die beliebig einsetzbare Arbeitsreserve der arbeitsfähigen Deutschen auch den neuen Behörden für ihre vielfältigen Zwecke erhalten. Schließlich läßt sich die allgemeine Internierung der Deutschen, die zur Räumung ganzer Ortschaften oder Ortsviertel in gemischtsprachigen Wohnorten führte, mit der Beschaffung von Unterkunftsmöglichkeiten für die seit Sommer 1945 nach der Verkündung der Agrarreform eintreffenden Neusiedler aus den wirtschaftlich rückständigen Gegenden Jugoslawiens in Verbindung bringen. ...

Der systematische Charakter der Aktion drückte sich auch in der Einteilung der Lager in 3 Gruppen: Zentralarbeitslager, Ortslager und Konzentrationslager für Arbeitsunfähige aus. Der Unterschied zwischen den Zentralarbeitslagern, in denen vornehmlich arbeitsfähige Männer zu Gruppen zusammengefaßt und den Arbeiter anfordernden Stellen zur Verfügung gestellt wurden, den Ortslagern, in denen die gesamte deutsche Bevölkerung einer Ortschaft abgesondert wurde, und den Konzentrationslagern für Arbeitsunfähige trat seit dem Herbst 1945 immer schärfer zutage.

Wegen der hohen Sterblichkeitsrate der Zwangsarbeit leistenden arbeitsfähigen Männer und Frauen, der unablässigen Mißhandlungen und mangelhaften Ernährung aller internierten Deutschen schwoll vor allem die Zahl der Arbeitsunfähigen, der Kranken und Verletzten, neben den Alten, Frauen und der Kinder bis etwa zum 12. Lebensjahr stark an. Parallel dazu stieg die Zahl der Todesfälle unter denen, die von Alter, Krankheit und Entbehrung schon besonders geschwächt waren, in allen Lagern steil an.

In den großen Lagern für Arbeitsunfähige, Gakovo, Krusevlje und Jarek für die Batschka, Rudolfsgnad und Molidorf für das Banat, starben Tausende, deren Plätze sogleich wieder Neuankommlinge einnahmen.

In Rudolfsgnad, mit durchschnittlich 20.000 Insassen, starben von den ca. 33.000 Volksdeutschen, die zwischen dem Oktober 1945 und dem März 1948 in das Lager aufgenommen wurden, fast 10.000, d.h. ein Drittel; der monatliche Höchststand an Todesfällen kletterte im Gefolge einer Fleckfieberepidemie im Februar 1946 auf ca. 1.300. In Jarek wurden mehr als 6.000 Tote registriert; ähnlich wurde in Gakovo und Krusevlje die Zahl der Internierten durch Todesfälle, die durch Hungerödeme, Typhusepidemien, Mißhandlungen verursacht waren, reduziert.

Ärztliche Hilfe konnte in allen Lagern nur unzureichend geboten werden. ... Auf sanitäre Einrichtungen, Möglichkeiten des Kochens, der Kinder- und Krankenpflege wurde kein Wert gelegt, so daß oft Hunderte von Bauernfamilien in wenigen Höfen und Scheunen oder z.B. Hun-

derte von Männern in der Molkerei von Groß-Kikinda, die als Arbeitslager diente, hausen mußten.

Die Verpflegung in den Lagern war äußerst mangelhaft. Gewöhnlich gab es Kesselkost, jedoch in sehr geringen Mengen und oft ohne Salz und Fett zubereitet. Die Mahlzeiten bestanden in monotoner Gleichmäßigkeit aus Maisschrot- oder Röstmehluppen, Polentabrei (Maisbrei), auch aus Maisbrot mit Tee.

In Rudolfsgnad wurden z.B. im Dezember 1945 pro Person 2,5 kg Maismehl, 1 Krautkopf und 4 dkg Salz ausgegeben, im Januar 1946 nur 223 dkg Maisbrot und 7 dkg Salz. Im Winter 1945/46 kam es jedoch im gleichen Lager vor, daß 5 Tage lang überhaupt keine Lebensmittel ausgegeben wurden und die Insassen dem Hunger überlassen blieben.

Ähnliche Verhältnisse herrschten auch in allen anderen Konzentrationslagern für Volksdeutsche: In Gakovo, Krusevlje, Molin, Mitrovica, Valpovo, Krndija und Jarek. Die Sterbeziffern wären daher ohne Zweifel noch höher angestiegen, wenn nicht in den Ortslagern ein Teil der aufgespeicherten Ernte - meist trotz strenger Verbote - irgendwie verwertet, bzw. Lebensmittel in die Lager geschmuggelt oder außerhalb erbettelt worden wären. ...

Wenn man die Lager für Arbeitsunfähige außer Betracht läßt, in denen die Insassen oft nur noch von Tag zu Tag dahinvegetierten, so sind alle Internierten dauernd zu Zwangsarbeiten verwendet worden.

Die Verwaltung der Lager oblag seit dem Frühjahr 1945 den Abteilungen für Lager bei den Bezirksverwaltungen, die wiederum den Sektionen für Lager in den Innenministerien der Volksrepubliken unterstellt waren. Anstelle der aus Partisanen bestehenden Wachmannschaften traten Milizposten oder Einheiten der Volksarmee unter Aufsicht von Lagerdirektoren. ...

Gewöhnlich in Gruppen, unter Bewaffnung bewaffneter Partisanen, später eines Aufsehers, wurden die arbeitsfähigen Männer und Frauen zuerst zu Aufräumungs- und Straßenarbeiten eingesetzt, dann an Fabriken, Staatsgüter und Bauern gegen ein gestaffeltes Entgelt an die Lagerleitung von täglich bis zu 100 Dinar pro Person "ausgeliehen". ...

Auch hier bewährte sich in zahlreichen Fällen die Hilfsbereitschaft der andersnationalen Bevölkerung, die die aus den Lagern gemieteten "Schwaben" freundlich und verständnisvoll behandelte und ihnen reichlich zu essen anbot. Auf diese Weise konnten viele Deutsche nach den Monaten der Entbehrung wieder etwas zu Kräften kommen, anderen Lagerinsassen mit Lebensmitteln helfen und bisweilen auch Vorräte und etwas Geld für die Flucht über die Grenze nach Ungarn sparen. ...

Die demütigende Verpachtung der Arbeitskraft, die scharfen Kontrollen beim Verlassen und Betreten des Lagers, die unerbittliche Bestrafung, wenn das Einschmuggeln von Lebensmitteln entdeckt wurde, all das hat freilich den lastenden Druck des Lagerdaseins nicht schwinden lassen.

Eine der traurigsten Erscheinungen in der Geschichte der Lager ist die Behandlung der Kinder. Sobald sie das 13. oder 14. Lebensjahr erreicht hatten, wurden sie zur Arbeit eingesetzt. Seit der allgemeinen Internierung wurden auch alle Kinder in die Ortslager getrieben.

Oft waren die Väter zum Militär eingezogen oder erschossen, die Mütter nach Rußland deportiert, so daß die Kinder ganz auf sich gestellt waren oder allenfalls von Verwandten betreut wurden.

In den Ortslagern wurden die Kinder jedoch bald rigoros von ihren Angehörigen getrennt und in die großen Konzentrationslager für Arbeitsunfähige überführt, wo sie als sog. elternlose Kinder galten und ihr Aufenthalt auf eigens abgetrennte Kinderbezirke innerhalb des Lagers eingeschränkt wurde. Krankheit, Hunger und Verwahrlosung forderten einen hohen Todeszoll, zumal da auch mitinternierte Verwandte oder hilfsbereite Lagerinsassen die Kinder abgeben mußten und jeder Kontakt mit ihnen untersagt wurde.

Wenn man sich vor Augen hält, daß am 30.4.1946 die Belegschaft des Konzentrationslagers Rudolfsgnad zu 46 % aus Jungen und Mädchen unter 14 Jahren bestand, läßt sich das Elend dieser hilflosen Kinder erst deutlicher ermessen.

Seit dem Frühsommer 1946, - in Rudolfsgnad z.B. nach der Fleckfieberepidemie im Juli, in Gakovo Ende Juni -, wurden in den Konzentrationslagern, z.T. ganz überraschend Kindertransporte zusammengestellt und der Obhut von staatlichen Kinderheimen übergeben, die verstreut über das gesamte Staatsgebiet in Mazedonien, Montenegro, Slowenien oder Kroatien lagen. ...

Dieser Versuch einer bewußten "Umvolkung" der volksdeutschen Kinder kam erst zu einem Ende, als Vereinbarungen zwischen dem Roten Kreuz der FVR Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland auch den deutschen Kindern der staatlichen Heime im Rahmen der Familienzusammenführung die Reise nach Deutschland ermöglichten.<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Massenverhaftungen und Zwangsarbeit in Jugoslawien (x010/50): >>Anfang Mai wurden die Deutschen in Lager verbracht, wo ebenfalls - wie z.B. in Valpovo - Erschießungen stattfanden.

Aus dem Anfang Mai des Jahres 1945 besetzten Slowenien sind Massenerschießungen im Gebiet der Untersteiermark nach Verhaftungen der dort verbliebenen Deutschen überliefert, und zwar in der Gegend von Rann zusammen mit einer großen Anzahl von Kriegsgefangenen, darunter auch kroatischer und slowenischer Nationalität, am Stadtrand von Cilli und Gonobitz, in Windisch-Feistritz und Mahrenberg, in den Panzergräben bei Marburg-Tetzno, bei einer Massenerschießung von kroatischen Ustaschen sowie in der Männerstrafanstalt Marburg an der Drau; hier wurden am 6.12.1945 als Vergeltung für die Explosion eines Munitionswagens, die als deutscher Sabotageakt ausgelegt wurde, 200 bis 300 Deutsche erschossen.

Die gesamte verbliebene deutsche Bevölkerung war Ende 1945 in Lagern interniert oder in Gefängnissen inhaftiert. Eine gesetzliche Maßnahme für die Internierung war nicht gegeben, sieht man von dem Beschluß des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) vom 21.11.1944 ab, der die Ausbürgerung und Enteignung jener Personen deutscher Volkszugehörigkeit vorsah, die nicht in den Reihen der Partisanen gekämpft hatten.

Es bestanden Ortslager und Zentralarbeitslager für Arbeitsfähige. Die Gesamtzahl der Lager und Gefängnisse ist mit rd. 1.500 anzunehmen.

Es ... handelte sich bei der Mehrzahl der Lagerinsassen um Frauen, aber auch Kinder und Säuglinge traf das Schicksal der Internierung. Die Lagerverhältnisse entsprachen jenen, wie sie aus den anderen Vertreibungsgebieten beschrieben worden sind. Auch hier fanden nach den Massenliquidationen von Oktober und November 1944 noch einzelne Erschießungen statt. Mißhandlungen brutalster Art durch Auspeitschungen gehörten zum Alltag des Lagerlebens. Die Mehrzahl der Todesfälle war auf unmenschliche Verhältnisse, auf unzureichende Ernährung, mangelhafte ärztliche Betreuung und auf die hierdurch entstandenen Seuchen zurückzuführen. ...<<

Ein gefangener Wehrmachtgeistlicher berichtete im Oktober 1945 über den Hungertod im französischen Lager Guerlain (x130/177): >>... Zwei französische Offiziere gingen mit uns ins Revier. Eben war ein Kamerad verhungert. Sie sahen sich das völlig ausgedorrte Skelett ohne Muskulatur an. Daneben lag ein Verhungernder, nur Haut über Knochen.

Wortlos, wirklich erschüttert, gingen die Franzosen davon. Sie sagten zu mir: "Das haben wir nicht gewußt. Was können wir tun?" Sie zeigten also Menschlichkeit, und es ist einiges besser geworden. ...<<

Die Herner Schulaufsicht bat den Regierungspräsidenten von Arnsberg am 1. November 1945 um Hilfe (x117/67): >>... Für den Unterricht ... stehen 15 Schulhäuser zur Verfügung, davon können beim Eintritt kalter Witterung aber nur 7 gebraucht werden, weil diese Schulgebäude verglast sind und mit den Restbeständen an Koks, der aus den Vorjahren noch in den Schulen

lagert, beheizt werden können.<<

Während einer gemeinsamen Kundgebung von KPD und SPD forderte der KPD-Politiker Anton Ackermann (1905-1973, eigentlich Eugen Hanisch) am 4. November 1945 demokratische Schulreformen (x111/100): >>... Unser Erziehungsziel ist der wahre Humanismus, worunter wir die Erziehung zu einer lebendigen und kämpferischen Demokratie, zu schöpferischer, friedlicher Leistung des einzelnen für das Volksganze, die Erziehung zur Freundschaft unter den friedliebenden Völkern, zum aufrechten, freiheitlichen, fortschrittlichen und selbständigen Denken und Handeln verstehen.<<

Der deutsche Philosoph Karl Jaspers (1883-1969) schrieb am 4. November 1945 in der "Neuen Zeitung" über die Schuld der Deutschen am Nationalsozialismus (x111/100): >>... Jetzt in der Not spüren wir stärker als je: Die hohen Geister unserer Ahnen wollen wieder zu uns sprechen und die verführenden inhumanen Idole durchleuchten.

Hitler-Deutschland ist nicht unser Deutschland. Aber Deutschland hat dieses Regime hervorgebracht, hat es geduldet und hat, zu großen Teilen aktiv oder durch Furcht gezwungen, mitgemacht. Wir können uns nicht entziehen. Wir sind es selber und sind es doch gar nicht ... Geistig ist auf dem Gebiet des politisch unglücklichen, unter Bismarck nur scheinbar glücklichen Deutschland trotz allem das Herrlichste erwachsen. Daran dürfen wir uns halten.<<

Der 15jährige Kurt N. berichtete am 5. November 1945 über die Internierung im sowjetischen Lager Ketschendorf bei Fürstenwalde (x126/56-57): >>Für 3 Tage kam ich wieder nach Cottbus, dann erfolgte in den Morgenstunden des 5. November ein neuerlicher Transport mit unbekanntem Ziel. Es war eine Gruppe von etwa 50 Mann, in deren Mitte ich mich auf einem offenen LKW befand. Aus der Luke des Fahrerhauses bewachte uns ein Soldat mit MP.

Wir wußten nicht, wo wir uns befanden, als wir noch in der Dunkelheit den LKW verließen. Grünbemüzte Posten führten unsere Gruppe durch eine "Schleuse" in eine von Stacheldraht, Wachtürmen und einem Bretterzaun umgebene Wohnsiedlung aus zweigeschossigen Häusern: das Lager Ketschendorf.

Wir mußten nackt an den Russen in weißen Ärztekitteln vorbeimarschieren und wurden gefilzt. Danach brachte man uns zum Entlausen in den Keller eines Hauses am Ende des Lagers. Hier hatte ich den ersten entsetzlichen Eindruck. Nackte, abgezehrte Gestalten saßen da und warteten auf ihre dünne, abgerissene Kleidung, die sich in der Hitze einer Entlausungskammer befand. Es waren Gefangene, die schon seit Wochen und Monaten, vielfach seit dem frühen Sommer dem Hunger ausgesetzt und in der Mehrheit von Krankheit und den unmenschlichen Lagerbedingungen gezeichnet waren. Alle waren an Kopf und Körper kahlgeschoren.

Wer von den Neuankömmlingen noch nicht glatzköpfig war, verlor hier seine Haare. Der Anblick dieser Gestalten in dieser Entlausung zählte zu den nachhaltigsten Eindrücken, die ich in der ersten Zeit im Lager gewann. Nie zuvor sah ich so etwas. Ich fand ähnliches später nur in den Bildern aus Nazi-KZs wieder.

Die Temperaturen bei der Entlausung reichten in der Regel nicht aus, um alles Ungeziefer zu töten. Oft genug hatten wir später den Eindruck, daß die Läuse durch die Wärme schneller aus den Nissen krochen, sich die Plage mit allen Arten von Ungeziefer durch die sich in Abständen wiederholenden Entlausungen nur noch vergrößerte. Kleider- und Kopfläuse, Flöhe und Wanzen wurden wir nicht los. Andererseits machten die Entlausungen unsere Kleider brüchig und verkürzten ihre Lebensdauer.

Zum Zeitpunkt meiner Einlieferung mögen reichlich 30 Jugendzüge im sogenannten Haus 1 existiert haben. ... Jeder Zug bestand aus 50 Mann ... Während der ersten Tage fand ich nur einen Platz auf der oberen Treppe im schon kalten Hausflur. Auf den Treppenstufen schlief ich auch.

Dann wurde ich dem Keller 7 zugeteilt. ... In jedem der größeren Räume und den Kellern, kaum größer als jeweils 18 Quadratmeter, lebten in unbeschreiblicher Enge 40 bis 50 Mann.

... Wir hatten in allen Räumen gerade Platz genug, wie in einer Sardinenbüchse nachts auf der Seite zu liegen und uns gemeinsam umzudrehen, wenn dazu von jemandem der Ruf kam. ...<<

Die US-Zeitschrift "TIME" rechtfertigte am 5. November 1945 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x028/57): >>Die 3 Millionen Sudetendeutschen, die jetzt zu Europas Millionen elender Verschleppter hinzukommen, hatten sich in Massen erhoben, um die Tschechen zu verraten. ...<<

Senator Landahl erklärte am 6. November 1945 anlässlich der Wiedereröffnung der Hamburger Universität (x111/101): >>... Wir Deutsche wollen der bitteren Wahrheit mutig ins Auge sehen und uns keinen billigen Selbsttäuschungen hingeben. Nur so werden wir Haltung und Würde angesichts des Zusammenbruches finden und bewahren.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 8. November 1945 aus Bayern (x124/60): >>... Ausländer sind die Privilegierten im Lande. Deutsche werden von Haus und Heim verjagt. Sieger sitzen über Besiegte zu Gericht, aber Millionen werden im Osten zu Tode geschunden, Freiwild im eigenen Land. Niemand fragt danach.<<

Während einer gemeinsamen Kundgebung von KPD und SPD forderte der KPD-Politiker Wilhelm Pieck (1876-1960) am 9. November 1945 in Weimar (x111/101-102): >>... Einen neuen Staat mit einer neuen Demokratie zu schaffen, und einen neuen Staatsapparat, wobei ... den antifaschistisch-demokratischen Kräften, insbesondere der Arbeiterklasse, der bestimmende Einfluß gesichert werden (soll). ...

Es lebe die brüderliche Zusammenarbeit der Kommunisten und Sozialdemokraten mit dem Ziel ihrer Vereinigung in einer einheitlichen Arbeiterpartei.<<

Der deutsche Philosoph Karl Jaspers (1883-1969) schrieb am 10. November 1945 in der neuen Monatsschrift "Die Wandlung" (x111/102): >>Haben wir wirklich alles verloren? Nein, wir Überlebenden sind noch da. Wohl haben wir keinen Besitz, auf dem wir ausruhen können, auch keinen Erinnerungsbesitz; wohl sind wir preisgegeben im Äußersten; doch daß wir am Leben sind, soll einen Sinn haben. Vor dem Nichts rafften wir uns auf ... Niemand von uns ist Führer, keiner ist Prophet. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete damals über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/30-31): >>Ein richtiges Lager ist entstanden, das Flüchtlingslager Friedland. Die Zelte sind englischen Wellblechbaracken gewichen. Noch nicht entlassene deutsche Kriegsgefangene und DRK-Schwesterinnen helfen den unendlich langen, kaum versiegenden und fast nie abreißen Strömen von Flüchtlingen, hier ein erstes Unterkommen zu finden, sich etwas auszu-ruhen und möglichst auch einen Zug zu erreichen, der sie mitnimmt. Irgendwohin.

In einem großen Schweinestall des Universitätsgutes ist eine Behelfsküche eingerichtet worden, in der Suppen und Kaffee gekocht werden. ...

Kein Dorf ist diesem Ansturm gewachsen. Der winzige Flecken Friedland erst recht nicht. ... Der erste Mensch wurde im Lager geboren, die ersten sind nun auch gestorben. In der Zeit vom 4. bis zum 10. November gab es nicht weniger als 5 Tote. Todesursache: Erschöpfungszustand, Herzschwäche, Fluchtstrapazen.

Bis hierher sind sie gekommen. Bis zu diesem fremden Ort, von dem sie nie in ihrer ostdeutschen Heimat gehört hatten, wurden sie von den müden und wunden Füßen geschleppt. Bis Friedland hatte das Herz alle Anstrengungen ungewohnter Art ertragen.

Nun aber ging es nicht weiter. Der Tod kam und sagte "Halt". Niemand konnte sie nun jagen, wohin es gefiel. Niemand vermochte ihnen zu befehlen, das Bündel aufzunehmen und wieder weiter zu wandern, immer weiter. Wohin eigentlich? Keine Behörde und keine Uniform hat über diese mehr zu verfügen. Sie gehorchen einfach nicht mehr. Ein Stärkerer als alle Gewaltigen der Welt kam und nahm sie in seine Arme. Fast liebevoll. Als wollte er ihnen den weiteren, dornigen Weg ersparen.

Sie starben fern der Heimat, die sie so sehr geliebt hatten. Sie starben, kaum daß jemand Notiz nahm. Keine Zeitung meldete ihren Tod. Es wurde überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Denn sie waren Flüchtlinge, einfache Menschen irgendwo aus einer ostdeutschen Provinz.

... Sie wurden in Friedland beerdigt, als bereits lange alle Kanonen schwiegen, aber noch immer Siegesfeiern veranstaltet werden. ...<<

Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" berichtete am 10. November 1945 (x028/119): >>... Es ist eine unangenehme, aber feststehende Tatsache, daß die Proteste der Westmächte gegen die sofort vorgenommenen Vertreibungen von Deutschen aus den Gebieten an Oder und Neiße und aus dem Sudetenland unwirksam waren. Die Vertreibungen gehen weiter.<<

Paradeformationen der alliierten Truppen feierten am 11. November 1945 im Berliner Tiergarten die Einweihung eines Ehrenmals der Roten Armee (x116/90).

Der SPD-Politiker Otto Grotewohl (1894-1964) erklärte am 11. November 1945 zur gegenwärtigen politischen Lage (x111/102-103): >>... Auch die deutsche Arbeiterklasse, so sehr wir uns der Befreiung von der Hitler-Diktatur erfreuen, ist unfrei geworden. ...

Man lasse uns genügend Land, um uns zu ernähren, genügend Rohstoffe zur Produktion unseres eigenen Bedarfs, und man lasse uns den Großbetrieb, der nicht der Kriegswirtschaft dient, ... um einmal zur Sicherung unserer zu schmalen Ernährungsgrundlage wieder zu einer Aus- und Einfuhr zu kommen.<<

Die SMAD untersagte sofort die Veröffentlichung dieser kritischen Rede.

In Frankfurt wurde am 11. November 1945 zum ersten Mal der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt.

Im Begleittext des Films hieß es (x116/113): >>Über 300 Lager: Todesfabriken, eins wie das andere, 20 Millionen Tote.

Tote in Nordhausen, verhungert und erschossen. Oft genug noch Lebende, oder besser, nur Halbtote achtlos unter die Leichen geworfen. Tote ... in Dachau: verbrannt, vergast, verhungert; in Auschwitz, vergast, erschossen und verhungert, und neben den gemordeten Müttern die Leichen neugeborener Kinder; in Ebensee verhungert; in Belsen verhungert und erschossen; in Mauthausen vergast, verhungert und erschossen; in Leipzig: verkohlt an den Hochspannungsdrähten ... –

Von den vielen Millionen überlebten nur wenige die Jahre der Pein.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" (x025/146-147): >>Als man 1945 daran ging, im Rahmen des amerikanischen Umerziehungsprogramms den KZ-Film "Todesmühlen" für das deutsche Publikum zusammenzustellen, vermerkte der Bericht des zuständigen Kriegsinformationsamtes vom 23.02.1945, der Initiator des Projekts, ein gewisser James Pollock, sei der Ansicht, "daß die Mehrzahl der Deutschen das Ausmaß der von Deutschen begangenen Greuelthaten vermutlich wirklich nicht kenne und daß die Vorführung dieser Filme ihnen zu einem guten Teil erklären könne, warum die Alliierten sichergehen müßten, daß die Deutschen nicht noch einmal die Chance bekämen, einen Krieg anzuzetteln".

Der Schock und die spontane Entrüstung der meisten Zuschauer sprachen für Mr. Pollocks Ansicht und veranlaßten die US-Behörden zu dem Eingeständnis, daß der weitere Zweck des Filmes, nämlich "ein Gefühl der individuellen und kollektiven Schuld zu wecken, total verfehlt" worden sei.<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schrieb später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/191-192): >>... Als 1945 die Konzentrationslager befreit wurden, lud das Kriegsministerium der USA mehrere Hollywood-Mogule auf eine Tour nach Europa ein, darunter Harry Cohn, Jack Warner und Darryl Zanuck. Sie besuchten auch Dachau. Danach gaben sie eine gemeinsame Erklärung heraus:

Der Film könne helfen, "den Geist der Deutschen zu reinigen, ihre Haltung zu ändern und letztlich ihre Kooperation zu gewinnen". Filme seien "Frontkämpfer im psychologischen Krieg um Ideen".

Ein Produzent formulierte es später etwas flapsiger: "Donald Duck als Weltdiplomat." Washington gefiel das – Ein Senator sprach von einem "Marshallplan der Ideen".

Bereits in den fünfziger Jahren war Deutschland wieder der größte Exportmarkt für Hollywood geworden. ...<<

In Würzburg wurde am 11. November 1945 ein Mahnmal für ermordete jüdische KZ-Insassen errichtet.

Luxemburg erhielt am 11. November 1945 eine eigene Besatzungszone in Deutschland und übernahm die deutschen Städte Bitburg und Merzig (x111/103).

Reinhold Maier (1889-1971, 1945 Mitbegründer der DVP, 1945-1952 Ministerpräsident von Württemberg-Baden, 1952/53 Ministerpräsident von Baden-Württemberg) notierte am 11. November 1945 in seinem Tagebuch (x105/290): >>... Das Wetter ist sehr schlecht, naßkalt. Täglich wachsen die Sorgen und das Elend der Bevölkerung.

Ein schlimmes Kapitel sind die vom Osten einströmenden Flüchtlinge (aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn) Millionen sind auf der Wanderung. In das Gebiet der amerikanisch besetzten Zone sollen zu den bisher 18 Millionen Menschen weitere 2 bis 3 Millionen kommen. Nordwürttemberg wird Anfang 1946 30 % mehr Menschen beherbergen als 1939. Denn es sind noch 400.000 Bombenflüchtlinge aus dem Rheinland und Westfalen im Lande und können den Rückweg nicht finden.

Woher die Ernährung nehmen für diesen neuen Zuwachs? Die ankommenden Familien bestehen meistens nur aus Frauen und Kindern. Was bisher angekommen ist, gehört noch zu den geschonten Deutschen, so schlimm ihr Schicksal ist. Die Schlesier, die im letzten Herbst vor den anrückenden Russen nach Österreich geflohen sind, von dort jetzt ausgewiesen werden, können den ganzen Weg mit der Eisenbahn zurücklegen. Aber die anderen müssen Hunderte von Kilometern zu Fuß gehen, bis sie eine Eisenbahnstation erreichen – wenn sie nicht vorher den Strapazen erliegen.

Auf dem Bahnhof in Schwäbisch Gmünd werden bis Januar 1946 nicht weniger als 185.000 Menschen erwartet für die 7 Kreise der Umgebung. Unser Staatsapparat ist wieder so weit organisiert, daß wenigstens das Allernotwendigste vorbereitet werden kann.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 11. November 1945 aus Bayern (x124/61): >>Die Franzosen haben die ersten 1.500 deutschen Kriegsgefangenen den Amerikanern zurückgegeben. Sie sehen wie Leichname aus den Greuellagern aus, berichten die keinesfalls deutschen Sympathien verdächtigen "Stars and Stripes": "Vor 4 Monaten waren sie anständig ernährt und ausgerüstet nach Frankreich zur Arbeit verschickt worden. Zurückgekommen sind ausgemergelte, sieche Gestalten, von denen es kaum glaublich erscheint, daß sie noch lebensfähig sind. Ein 47jähriger mittelgroßer Graukopf wog 40 kg."

Sie haben überall gearbeitet: in Bergwerken, Steinbrüchen, Bauernhöfen, Küchen usw. Im allgemeinen behandelte sie die Zivilbevölkerung freundlich, hingegen waren sie Mißhandlungen und Beraubungen durch das Wachpersonal ausgesetzt. Katastrophal wirkte sich der Hunger sowie der Mangel an ärztlicher Betreuung aus.

Der Chef des US-Gesundheitswesens, der soeben eine Rundreise durch die 4 Besatzungszonen abgeschlossen hat, schlägt vor, unsere Tagesrationen von 1.350 auf 1.550 Kalorien zu erhöhen. Unruhen, Hungerkrawalle und Epidemien würden sonst unweigerlich die Folge sein. Für einen normal beschäftigten Erwachsenen, keinen Schwerarbeiter, gelten 2.500 Kalorien als Ernährungsminimum.

... Bedeutet US-Politik nichts als Rache an den Deutschen? ... Leider nehmen Sieger wie die Geschichte lehrt, allzu schnell die schlechten Eigenschaften der Besiegten an. ...<<

Die IRK-Hilfskommission berichtete am 12. November 1945 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/127): >>Diese entwurzelten Massen wanderten über die Hauptstraßen, hungrig, krank und müde, oft voller Ungeziefer. Wo immer sie auftauchten, wurden sie weitergeschickt, bald in diese, bald in eine andere Richtung.

Nehmen Sie als Beispiel den Fall eines Schlesiens und seiner Frau. Sie kamen bis Mecklenburg, wo sie die offizielle Anweisung erhielt, nach Schlesien zurückzukehren. Der Mann ging zu seinem Karren zurück, setzte seine Frau darauf, die nicht mehr gehen konnte, und kehrte nach Schlesien zurück. Kaum waren sie angekommen, wurden sie sofort wieder ausgewiesen.

...

Oder denken Sie an die Kinder. Am 27.07.1945 kam im Westhafen von Berlin ein Schiff mit ... rund 300 fast zu Tode verhungerten Kindern an, die aus einem (polnischen) Heim im pommerschen Finkenwalde stammten. Kinder von 2 bis 14 Jahren lagen bewegungslos auf dem Schiffsboden, die Gesichter von Hunger gezeichnet, an Krätze leidend, von Ungeziefer zerfressen. Leib, Knie und Füße waren geschwollen - bekanntes Symptom des Hungers. ...<<

Der Freiburger Polizeipräsident informierte am 12. November 1945 den französischen Stadtkommandanten über zahlreiche Überfälle (im wesentlichen Raubüberfälle und Mißhandlungen) von undisziplinierten marokkanischen Soldaten der französischen Armee (x111/103).

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 12. November bis zum 9. Dezember 1945 täglich nur 1.701 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 12. November 1945 (x124/62): >>... Unter amerikanischen Auspizien (Schirmherrschaft) begann als erste Universität in der US-Zone die Heidelberger mit ihren Vorlesungen.

Aus der medizinischen Fakultät wurden 44 Ordinarien, aus der theologischen 6 entfernt. Ausländische Hörer müssen bevorzugt werden.<<

Das Kriegsministerium ließ am 12. November 1945 nochmals alle britischen Kriegsgefangenenlager überprüfen, um die letzten sowjetischen Staatsangehörigen an die UdSSR auszuliefern (x133/204).

Die US-Zeitschrift "TIME" berichtete am 12. November 1945 über völlig unterernährte ostdeutsche Kinder, die täglich in der britischen Besatzungszone eintrafen (x028/112-113):

>>Diese ... deutschen Kinder büßen für Sünden, die ihre Eltern vielleicht begingen. Weggejagt aus einem polnischen Waisenhaus in Danzig, wurden sie in vollgestopften Viehwagen, ohne ärztliche Betreuung und beinahe ohne Lebensmittel, nach Deutschland zurückgeschickt.

Die Polen, deren Kinder vor gar nicht langer Zeit ähnlich aussahen, sind dabei, sämtliche Krankenhäuser von Deutschen, egal wie krank, zu säubern. ...<<

Der bayerische SPD-Politiker Wilhelm Hoegner (1887-1980) schrieb am 13. November 1945 in der "Süddeutschen Zeitung" über eine neue deutsche Verfassung (x111/103): >>Der Wiederaufbau Deutschlands ist, besonders in der amerikanischen Zone, bisher nach den Regeln des Föderalismus vor sich gegangen. Man ist von der örtlichen Selbstverwaltung folgerichtig zur Bildung von Staaten fortgeschritten.

Die nächste Stufe darf nicht ein Einheitsreich, sondern kann nur ein Bund freier Staaten sein, die von ihrer Unabhängigkeit nur so viel freiwillig preisgeben, als sie dadurch der Vorteile eines größeren Ganzen teilhaftig werden.

Jede verfrühte oder übersteigerte Bildung von Zentralinstanzen ruft die Gefahr der Hamsterung von Zuständigkeiten und damit die Wiederholung hervor von geschichtlichen Abläufen, an deren Ende immer die Tyrannei einer übermächtigen Zentralgewalt stehen wird. ...<<

Die polnische Regierung erließ am 13. November 1945 ein Dekret über die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete (x003/95-96): >>... Art. 1. Solange es die außerordentlichen Bedürfnisse erfordern, wird für eine Übergangszeit ein Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete gebildet.

Art. 2. Die Tätigkeit des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete erstreckt sich auf die westlich und nördlich der Staatsgrenzen von 1939 gelegenen Gebiete.

Zum Aufgabenbereich des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete gehören:

- a) die Ausarbeitung von Richtlinien für die Staatspolitik in den Wiedergewonnenen Gebieten sowie eines Planes für ihre Bewirtschaftung und die Überwachung seiner Ausführung,
- b) die Durchführung einer planmäßigen Ansiedlungsaktion,
- c) die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern, die ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse befriedigen,
- d) die Verwaltung des ehemals deutschen Vermögens,
- e) die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete, wobei der Zuständigkeit des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete alle Angelegenheiten unterstehen, welche außerhalb dieser Gebiete zur Zuständigkeit des Ministers für Öffentliche Verwaltung gehören ...

Art. 7. In den Wiedergewonnenen Gebieten üben die Wojewoden und Starosten - jeder in seinem Verwaltungsbereich - die oberste Leitung aller Zweige der staatlichen Verwaltung aus (Art. 2) und haben das Recht in diesem Bereich allen Behörden, Ämtern und amtlichen Organen innerhalb des in Art. 2 bezeichneten Aufgabenbereichs des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete Dienstanweisungen zu erteilen. ...<<

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete war auch für die planmäßige Ansiedlung von Polen zuständig.

Der 16jährige Manfred W. berichtete damals über die Haft im sowjetischen "Speziallager Nr. 3" in Bautzen (x126/185-186): >>Nach knapp 3 Wochen Einzelhaft wurde ich Mitte November mit etwa 60 weiteren Häftlingen ins sogenannte "Gelbe Elend" in Bautzen (ehemalige Landesstrafanstalt) verlegt. Die Zelle 40 im vierten Stock des Ostflügels war für mich und weitere 4 Häftlinge das Zuhause für die nächsten Monate.

5 Personen in einer Einzelzelle, man muß sich das vorstellen. Als "Betten" dienten eine ... Pritsche (mit 3 Etagen), das Zellenbett und ein paar Bretter auf dem Fußboden. ... Noch schlimmer fand ich jedoch den Kübel für das Verrichten unserer Notdurft: Jeden Morgen lief er über. Dazu kam die fürchterliche Langeweile in der Zelle.

Hunger litten wir ständig. Einmal am Tag gab es eine trübe Wassersuppe und für alle Zelleninsassen ein Brot. Oft bekamen wir Nudeln mit Fisch, und oben auf schwammen dicke Maden. Als Eßgeschirr dienten verrostete Konservendosen, in vielen Fällen aber auch Nachttöpfe. Man versuchte mit allen Mitteln, uns zu demütigen.

Unser täglicher Rundgang von 30 Minuten Dauer führte an der Anstaltskirche vorbei. Darunter befanden sich die berüchtigten Wasserzellen. Aus ihnen drang das Stöhnen derjenigen, denen man eine Aussage abpressen wollte. Ich habe persönlich 4 Stunden in so einer Zelle zugebracht. Von oben tropfte unablässig Wasser, Tropfen für Tropfen. Immer auf den Kopf. Damit man nicht ausweichen konnte, wurde man festgebunden. 4 Stunden wurden bei solch einer Quälerei zur Ewigkeit.

Unter der Kirche befand sich nach dem Hof zum Westflügel zu auch der sogenannte Isolator. Dort waren vorwiegend Häftlinge mit Gesichtsrose und Schweißdrüsenentzündung untergebracht. Länger als 2 Tage sah man in der Regel nicht dieselben Gesichter am Fenster. Der Tod hatte sie von ihren Qualen erlöst. ...<<

In Dachau begann am 15. November 1945 der erste nordamerikanische Kriegsverbrecherprozeß.

Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (1882-1946, seit 1938 Chef des Oberkommandos der Wehrmacht) schrieb am 15. November 1945 in Nürnberg (x023/187): >>Ich habe keine politische Rede Hitlers gehört, bevor er 1933 Reichskanzler war. Ich bewunderte den Staatsakt in der Garnisonskirche in Potsdam, mich beglückte das Verhältnis Hindenburgs zu seinem Kanzler. Ich bekannte mich positiv zur anbrechenden neuen Zeit; ich sah, daß meine stille, entsa-

gungsvolle, vielfach vergeblich bemitleidete unermüdete Organisationsarbeit an der Aufrichtung einer neuen Wehrmacht in Erfüllung gehen werde.

Ich sah auch manche mich abschreckende Schattenseiten in der Zeit von 1933 bis 1938; sie vermochten meinen Glauben aber nicht zu erschüttern; (denn) "wo viel Licht, ist auch Schatten", keine Geburt ohne schmerzhaftes Wehen!

Der "Nur-Soldat" in mir neigte auch dazu, mir nicht all zu viele Gedanken zu machen, wie man das Abstoßende, das Kompromißlose, das Unduldsame beseitigen oder überwinden werde. Ich kam in meiner inneren Ablehnung schließlich zu dem Ergebnis: kümmere Dich um Deine Aufgabe als Soldat und nicht um Politik; dafür sind ja andere die berufenen Wächter der Menschenrechte! Das ist nicht Dein Tisch! ...<<

Die Bremer Polizei verzeichnete vom 1. Mai 1945 bis zum 15. November 1945 folgende Straftaten durch ehemalige polnische Zwangsarbeiter (x111/104):

>>Mord und Totschlag: 21 Fälle,

Raub und Plünderung: 268 Fälle,

Straßenraub: 109 Fälle,

Einbruchdiebstahl: 319 Fälle,

Diebstähle: 196 Fälle,

Fahrraddiebstahl: 557 Fälle,

Körperverletzung: 40 Fälle,

Erpressung: 9 Fälle,

Schwarzhandel: 29 Fälle und

Viehdiebstähle (Großvieh): 583 Fälle.<<

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. November 1945 (x111/104): >>Nach Frankreich 216.000 t, nach Belgien 216.000 t, in die Niederlande 133.000 t, nach Dänemark 140.000 t, nach Norwegen 77.000 t und nach Luxemburg 100.000 t.<<

Der schweizerische Journalist Robert Jungk (1913-1994) berichtete am 15. November 1945 in der "Züricher Weltwoche" unter der Überschrift "Aus einem Totenland" über die katastrophalen Verhältnisse östlich der Oder und Neiße (x024/133-139): >>... Es gibt heute in Europa nicht nur einen Eisernen Vorhang. Es gibt zwei. Dieser zweite Eisernen Vorhang, von dem man nicht spricht und sehr wenig weiß, scheidet die russische Okkupationszone in Deutschland gegen Osten von jenen ehemals deutschen Gebieten, die auf der Potsdamer Konferenz den Polen übergeben wurden und der alliierten Deutschlandverwaltung nicht unterstehen.

Jedermann, der diese Grenze, die sich an die Oder- und Neiße lehnt, überquert hat, wird bestätigen, daß dort die Kontrolle noch viel schärfer ist als an der Grenze, welche die alliierte und russische Okkupationszone voneinander trennt. Das hat seinen guten Grund. Man wünscht hier keine Besuche von außen. Denn hinter der Oder-Neiße-Linie beginnt das Land ohne Sicherheit, das Land ohne Gesetz, das Land der Vogelfreien, das Totenland.

Während in der von den Russen okkupierten Zone heute doch eine gewisse Ordnung herrscht und Unrecht mehr zufällig als planmäßig geschieht, regiert in den weiten Gebieten zwischen der früheren deutsch-polnischen Grenze und der Oder die Willkür und die Gewalt.

Als dieses Gebiet den Polen nach den Potsdamer Vereinbarungen zugesprochen worden war, glaubte die ansässige deutsche Bevölkerung zuerst, sie werde sich mit den Polen nicht schlechter oder sogar besser vertragen als mit den Russen. Heute aber ist es so, daß die Bewohner sich an die kleinen durchziehenden oder da und dort zur Nachschubsicherung stationierten russischen Abteilungen wenden müssen, um Schutz vor den Übergriffen der Polen zu finden.

Wer die polnische Zone verlassen hat und in russisch okkupiertes Gebiet gelangt, atmet geradezu auf. Hinter ihm liegen leergeplünderte Städte, Pestdörfer, Konzentrationslager, öde un-

bestellte Felder, leichenbesäte Straßen, an denen Wegelagerer lauern und Flüchtigen die letzte Habe rauben.

All das und alles, was in den kommenden Zeilen beschrieben werden wird, ist leider wahr. Man mache es sich leicht und tue es als "Greuelpropaganda" ab. Zu oft schon hat man in den Jahren dem unvorstellbaren Entsetzlichen nicht glauben wollen, zu oft haben diejenigen, denen Enthüllungen unangenehm sein mußten, sie als "Lügen" oder "Propaganda" abgetan.

Es ist wahr, daß in dem Orte G. auf öffentlichem Platze Mädchen, Frauen, Greisinnen von Angehörigen der polnischen Miliz vergewaltigt wurden.

Es ist wahr, daß auf dem Bahnhof von S. sämtliche Flüchtlingszüge regelmäßig derart ausgeraubt werden, daß die Insassen nackt weiter gen Westen reisen müssen.

Es ist wahr, daß in weiten Gegenden Schlesiens kein einziges Kind unter einem Jahr mehr am Leben ist, weil sie alle verhungern mußten oder erschlagen wurden.

Es ist wahr, daß in Oberschlesien die von Syphilis angesteckten Frauen als "Behandlung" einfach einen Kopfschuß erhalten.

Und es ist wahr, daß eine Selbstmordwelle durch das Land geht. In einzelnen Orten hat sich ein Zwölftel, in anderen bereits ein Zehntel oder sogar ein Fünftel der Bevölkerung ums Leben gebracht.

Es ist wahr, daß in den sogenannten Arbeitslagern Sownowice und Centoschlowitz Insassen nächtelang bis zum Hals in eiskaltem Wasser stehen müssen und daß man sie bis zur Bewußtlosigkeit schlägt.

Und warum geschieht das alles? Nun, es ist furchtbar genug: Diese Welle barbarischer Mißhandlungen wurde ausgelöst durch das Bemühen der "großen Drei", das Schicksal der Deutschen im Osten zu mildern. Jawohl, zu mildern!

Die Berichte, die damals über das durch die zwangsweise Evakuierung verursachte Elend an die Weltöffentlichkeit gedrungen waren, hatten die Großmächte veranlaßt, der polnischen und tschechoslowakischen Regierung die Einstellung der übereilten Zwangsdeportationen zu empfehlen. Die Tschechen haben diesen Appell befolgt, und die Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach Deutschland und Österreich geht jetzt in geordneter, wenn irgend möglich menschlicher Weise vor sich.

Anders in Polen. Auch sie stoppten zunächst die Evakuierungen. Aber zugleich taten sie alles, um die deutsche Bevölkerung, die sie los sein wollten, zum "freiwilligen" Verlassen des neuen polnischen Territoriums zu veranlassen.

Das verhältnismäßig noch mildeste Mittel, das die neuangesetzten polnischen Woiwoden und Bürgermeister anwenden, ist die Aushungerung. In dem Städtchen S. werden für die 15.000 deutschen Einwohner nur 7.000 Brotrationskarten ausgegeben. Die 8.000, die keine Rationierung zugeteilt erhalten, können noch eine Zeitlang durch den Verkauf ihrer Habseligkeiten auf dem schwarzen Markt etwas Brot bekommen, dann bleibt ihnen nur der Hungertod oder – die "freiwillige" Wanderung nach dem Westen.

Schlimmer noch steht es in Breslau. Dort gibt es überhaupt kein allgemeines Rationierungssystem. Nur die Polen und diejenigen Deutschen, die für die Stadtverwaltung arbeiten, erhalten etwas Nahrung. Die anderen müssen versuchen, sich so gut zu behelfen, wie es eben geht. Auch ihnen steht der "schwarze Markt" offen. Wollen sie dort aber mit ihren Ersparnissen in Mark kaufen, so erhalten sie nichts, da die Polen alle Markwährung entschädigungslos als verfallen erklärt haben und nur der polnische Zloty Gültigkeit hat.

Seit der deutschen Kapitulation hat es in Breslau weder Fett noch Fleisch gegeben. Die Bewohner machen Proviantexpeditionen ins Hinterland der Stadt. Sind sie glücklich genug, ein paar Rüben und Kartoffeln zu bekommen, so wird ihnen das meist bei der Rückkehr schon in den Vororten von den polnischen Milizsoldaten wieder abgenommen.

Daß die Sterblichkeit unter diesen Umständen enorm ist, kann nicht wunder nehmen. Polni-

sche Beamte, die übrigens infolge der Unordnung in der Breslauer Stadtverwaltung selbst seit Monaten keine Zahlungen erhalten, geben ganz offen zu, daß sie hoffen, durch die Hungerdezimierung der deutschen Bevölkerung werde bis Weihnachten das gleiche Ziel erreicht sein, das ursprünglich durch die Deportation hatte erreicht werden sollen.

Mindestens ebenso schlimm wie den Hunger empfinden die noch in dieser Zone lebenden Deutschen den Mangel an Sicherheit und Recht. Es gibt keine Instanzen, an die ein Bauer, der von Plünderern überfallen wurde, sich wenden könnte, es gibt keine Polizei, die ihn schützt, keine Richter, die ihm Recht verschaffen könnten. Jedermann muß stündlich und täglich Gewalttaten auf Gut und Leben erwarten, ohne daß ihm eine Möglichkeit legaler Gegenwehr gegeben wäre.

Daß bei solchen Raubzügen auch gerade solche Deutsche leiden mußten, die erwiesenerweise im Kampf gegen die Nazis ihre engsten Verwandten verloren, daß Juden, die in stillen Landkreisen hatten untertauchen können, nun da sie wähten, gerettet zu sein, von den Polen umgebracht werden, das sind besonders dunkle Schatten auf einem ohnehin schon düsteren Bilde. Zu allem kommen noch Krankheit und Seuche. Je weiter man von Berlin gegen Osten fährt, desto häufiger sieht man an den Ortseingängen die großen Plakate mit den in lateinischer und kyrillischer Schrift aufgemalten Warnungswort: Typhus!

Die ausgemergelten Körper der Hungernden geben noch Nährboden für den Bazillus ab, und die Seuche entwickelt sich mit der Schnelligkeit eines Waldbrandes im ganzen Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie. Aber es ist ein "Waldbrand", dem sich keine Feuerwehrleute entgegenstellen. Erschütternd lesen sich Berichte aus den Seuchengebieten: "In St. sind 80 Personen von einer Bevölkerung von 400 an Typhus erkrankt. Keine Medikamente im Dorf. Kein Doktor auf dem Rechtsufer der Oder".

Der Sekretär der "Caritas" in Str. berichtet, daß auch seine Medikamente zur Neige gehen. "Da wir durch die Seuche isoliert sind, will uns niemand Nahrungsmittel bringen. Wir können den Kranken nicht helfen. Alles, was wir tun können, ist, sie zu isolieren. Ziemlich alle Dörfer an der Eisenbahnlinie Breslau-Frankenstein sind vom Typhus infiziert."

Die "Lösung" in vielen Fällen ist nun, daß man infizierte Ortschaften, wie einst im Mittelalter die Peststädte, vollständig isoliert. Ihre Bewohner dürfen über den Umkreis des verpesteten Dorfes nicht hinaus oder müssen riskieren, erschossen zu werden. Natürlich ist eine absolute Kontrolle nicht möglich, und so wird der Typhus immer weitergeschleppt.

"Da muß doch etwas getan werden ..." Das ist die erste Reaktion eines jeden Menschen, der die Situation im polnisch besetzten Teil Deutschlands sich zu einer immer furchtbareren Katastrophe entwickeln sieht.

Leider kann aber nichts getan werden, wenn dieses Gebiet nicht wenigstens ebenso wie die anderen okkupierten Gebiete Deutschlands einer Kontrolle der vier Großmächte unterstellt wird. Solange alles deutsche Gebiet jenseits der Oder, wie das in Potsdam geschah, allein unter polnischer Kontrolle bleibt, wird sich vermutlich nicht viel ändern. Denn da dieses Territorium erst von der kommenden Friedenskonferenz endgültig als polnisch anerkannt werden kann, tun die Polen alles, um in möglichster Eile und Rücksichtslosigkeit ihre "Zone" im Hinblick auf die endgültige Grenzziehung zu entgermanisieren.

Diejenigen, die vor Hunger, Seuche, Mißhandlung und Plünderung aus den von den Polen besetzten Regionen fliehen, haben vor dem Verlassen der polnischen Zone einen Schein zu unterzeichnen, in dem sie erklären, sie seien selbstverständlich aus freiem Willen gegangen. Es soll doch niemand später am grünen Tisch sagen können, daß nicht alles korrekt zugegangen sei!

Wenn etwas für das "Totenland" jenseits der Oder getan werden kann, dann wird es zuerst und am ehesten von russischer Seite geschehen müssen. Es mehren sich die Zeichen, daß die Russen mit der von den Polen verfolgten Okkupationspolitik keineswegs einverstanden sind

und daran denken, den von Polen besetzten Teil Ostdeutschlands wieder in eigene Verwaltung zu nehmen. Denn die Russen können es sich nicht leisten, daß ihr Nachschub aus dem Osten und ihre Verkehrsverbindungen mit der Heimat durch die chaotischen Zustände in der polnischen Zone gefährdet werden. Sie sind zudem der Ansicht, daß der größere Teil der Kritik an der heute in aller Welt so stark angefeindeten Politik in den deutschen Ostgebieten weniger an ihre Adresse als an die der Polen zu richten sei.

Ob es allerdings ganz ohne Schwierigkeiten gehen wird, "machine arrière" ("einen Rückzieher") zu machen, ist eine andere Frage. "Weiße" und "rote" Polen, die sonst heftig gegeneinander intrigieren, sind sich doch in dem Punkte einig, daß die neu besetzten deutschen Gebiete polnisch bleiben sollen. Die schon seit Wochen bestehende polnisch-russische Spannung, die in Ostpreußen sogar bereits zu bewaffneten Zusammenstößen geführt hat, würde durch einen offenen Konflikt über die Frage der Verwaltung in den deutschen Ostgebieten kritisch verschärft werden.

Zweifellos wird man sich aber auch noch anderwärts mit den Zuständen im "Totenland" beschäftigen, sobald mehrere Rapporte wie dieser, der, soviel wir wissen, zum ersten Mal die Zustände im polnisch besetzten Deutschland an die Öffentlichkeit bringt, die Aufmerksamkeit der Weltmeinung erregt haben. Denn es geht hier um noch viel mehr als "nur" um das Leben einiger Millionen Deutscher, es geht um die moralische Reinheit und Stärke der antifaschistischen Bewegung in der Welt.

Wenn alle diejenigen, die Hitler und Mussolini unter großen Opfern bekämpften, um eine bessere Welt aufzubauen, es zulassen, daß ihr Kampf jetzt von Rowdys und Chauvinisten ausgenutzt und beschmutzt wird, dann sehen wir keine große Hoffnung für die Zukunft. Man hat mit Recht den Deutschen vorgeworfen, daß sie in ihrem Glauben an die Mission ihres Vaterlandes so lange die Augen vor den Greuelthaten des Nazismus verschlossen hätten.

Sollen die Vorkämpfer der Demokratie später einmal den gleichen Vorwurf auf sich sitzen lassen müssen. Auch wir alle werden "mitschuldig" sein, wenn wir nicht täglich und stündlich die Schandtaten, die heute im Namen der Demokratie und der Freiheit begangen werden, enthüllen. Nichts anderes wollten diese ersten Zeilen aus dem Land der Vogelfreien, aus dem Totenland jenseits der Oder.<<

Als die Absicht der Regierung bekannt wurde, deutsche Kriegsgefangene an die UdSSR auszuliefern, warnte eine große schwedische Zeitung am 15. November 1945 (x130/195): >>... Schwedens Ruhm und Ehre stehen auf dem Spiel. ...<<

Das Sekretariat des Alliierten Kontrollrates schlug am 17. November 1945 vor (x002/737): >>... daß die Ausweisung im Dezember 1945 beginnen und 10 % der Gesamtzahl der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung betragen könne.<<

Im Lüneburger "Bergen-Belsen-Prozeß" verurteilte ein britisches Militärgericht am 17. November 1945 elf Angeklagte zum Tod. 1 Angeklagter erhielt eine lebenslängliche Zuchthausstrafe und 14 mußten für 10-15 Jahre ins Gefängnis (x111/106).

Der Alliierte Kontrollrat (AKR) ordnete am 18. November 1945 die Einführung der Einheitszeit an ("Zeit A" = Greenwich-Zeit plus 1 Stunde).

Nach polnisch-sowjetischen Sonderverhandlungen besetzten polnische Truppen am 19. November 1945 die westlichen Oder-Gebiete um Stettin, Pölitz und Swinemünde (x039/229).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die vermeintlichen "historischen Gebietsansprüche Polens" (x025/177): >>... Kaum hatte die polnische Regierung 1945 die Oder-Neiße-Linie erreicht, da verlangte ihr Beauftragter F. Stojanowski 1946 konsequenterweise die Elbelinie einschließlich Schleswig-Holstein sowie Hamburg, Magdeburg und Dresden als Brückenköpfe links der Elbe; die Gebiete zwischen Oder und Elbe sollten als Elbestaat bzw. Lausitzstaat integrierende Teile Großpolens werden.

Wenig bekannt sind die Versuche der Jahre 1945-1947, das ganze westliche Ufergebiet der

Oder unter polnische Kontrolle zu bringen. Als Teilerfolg dieser eigenmächtigen Aktionen konnten die polnischen Expansionisten die sowjetische Duldung der Annexion von Stettin und Umgebung verbuchen – immerhin 800 qkm mit einer Vorkriegsbevölkerung von 440.000 Einwohnern, ein Gebiet von dem in den Potsdamer Beschlüssen nicht die Rede war. ...<<
In den 59 Berliner Durchgangslagern trafen täglich ca. 30.000 Flüchtlinge und Vertriebene ein (x111/105).

Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737).

Der AKR setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106):

Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.

In Nürnberg begann am 20. November 1945 der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Das Gerichtsverfahren wurde in vier Sprachen (Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch) geführt.

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa

Noch ehe der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 einen Verteilungs- bzw. Ausweisungsplan für die Übersiedlung der Deutschen bekanntgeben konnte, hatten die polnischen und tschechischen Behörden schon längst mehrere hunderttausend Deutsche über die Oder-Neiße-Linie getrieben.

Die staatlichen Umsiedlungsorganisationen kümmerten sich gewöhnlich nicht um die Überwachung der zugesagten "humanen Umsiedlung", sondern man bemühte sich vor allem um die Beschlagnahme des deutschen Eigentums und überwachte die Sicherung des zurückgelassenen Besitzes der Deutschen. Die Zerstörung von Vermögensgegenständen durch die deutschen Eigentümer und Plünderungen wurden grundsätzlich mit aller Härte durch Standgerichte bestraft.

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz hatte man zwar ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen.

Die schwersten Vertreibungsverbrechen ereigneten sich zwar bei den "wilden Austreibungen" vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens, aber auch im Verlauf der "planmäßigen Umsiedlungen" kam es zu zahllosen brutalen Mißhandlungen und völlig überflüssigen Gewalttaten. Diese Verbrechen wurden vielerorts von kriminellen Zivilisten, organisierten Banden und Eisenbahnern, aber auch sehr oft von Milizangehörigen, also von Hütern der öffentlichen Ordnung, begangen.

Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete zunächst im Jahre 1951.

In erster Linie wurden besonders lästige Elemente (arbeitsunfähige ältere Menschen, Behinderte, Kinder, unqualifizierte Arbeiter und bereits enteignete Deutsche) ausgesiedelt. Deutsche Spezialisten, die z.B. in der Versorgungswirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerke), in Krankenhäusern und Fabriken benötigt wurden, um die Produktion zu gewährleisten, wurden jahrelang von der Aussiedlungsaktion ausgeschlossen.

Im Winter 1945/46 wurden die Vertreibungstransporte unter besonders katastrophalen Umständen abgewickelt. Frauen, Kinder und alte Menschen wurden damals trotz eisiger Kälte ohne ausreichende Kleidung und Verpflegung in den Westen abgeschoben. Während der tagelangen Transporte in ungeheizten Viehwaggons erfroren oder verhungerten Tausende.

Diese Vertreibungskatastrophen wurden in der Nachkriegszeit kaum beachtet, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren nicht wenige Menschen hoffnungslos abgestumpft und verroht. In den gnadenlosen Kriegsjahren hatte man zu viel Elend und Leid gesehen oder persönlich erlebt.

Erst nachdem die Nordamerikaner und Briten im Jahre 1946 energischer gegen die unmenschlichen Transportbedingungen protestierten, wurde die Behandlung der deutschen Vertriebenen erträglicher und die Sterblichkeits- und Krankheitsrate sank beträchtlich.

Die Massenvertreibung der Ost- und Volksdeutschen verstieß zweifelsfrei gegen das damalige Völkerrecht (u.a. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit"). Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.

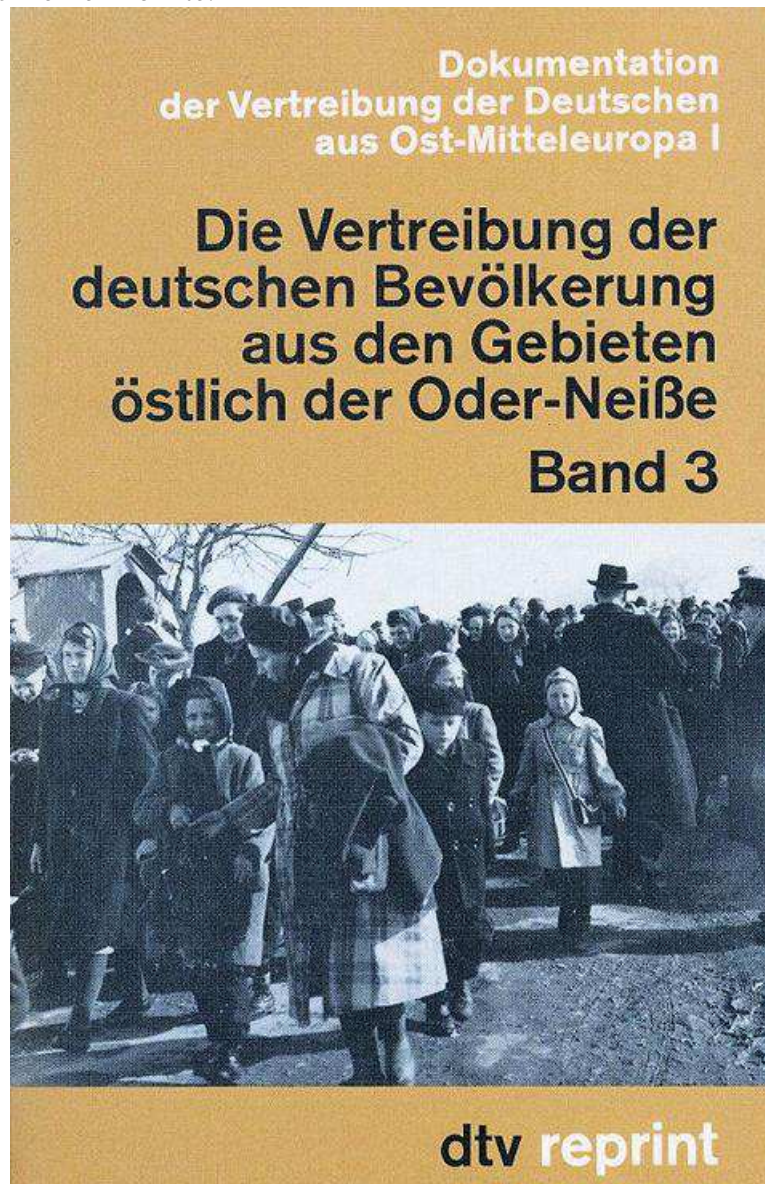


Abb. 73 (x003/Titelblatt): Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ...

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-136E-140E,143E-147E): >>Obwohl die Ausweisung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße-Linie nur die Endphase jener Ereignisse darstellt, die insgesamt die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, und obwohl sie für viele Betroffene geradezu das Ende eines unerträglichen Zustandes und die Erlösung von unsäglichen Verfolgungen und Leiden heraufführte, ist sie das eigentliche Zentralereignis im Vertreibungsschicksal der Ostdeutschen.

Alle vorhergegangenen Ereignisse werden ... zum Gesamtprozeß der Vertreibung gehörig betrachtet, weil sie am Ende alle in der Ausweisung mündeten. Entweder waren sie, wie die Verfolgungen und Diskriminierungen unter russischer und polnischer Herrschaft, der Ausweisung unmittelbar vorangegangen und hatten teils bewußt auf sie hingezielt, oder sie erhielten, wie die Flucht vor der Roten Armee, erst durch den Beschluß der Ausweisung den Charakter der gewaltsamen Vertreibung.

Der Beschluß der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung der aus den Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und den Vertretern Polens (der Tschechoslowakei sowie Ungarn) gewissermaßen als ein Nebenereignis hervorgegangen war, wird durch die Lawine von Ereignissen, die er auslöste, für den rückschauenden Betrachter zu einer der folgenreichsten Maßnahmen, die am Ende des Krieges getroffen worden sind.

Aus den Bemühungen, den Ansprüchen Sowjetrußlands auf Ostpolen Genüge zu tun, und dort gleichzeitig ein starkes Polen zu schaffen und dessen Gebietsverlust im Osten durch einen erheblichen Zuwachs im Norden und Westen auszugleichen, war die Idee der Oder-Neiße als polnische Westgrenze entstanden. ...

Das Ganze erschien dann nur als harmloser und durchaus nicht unmenschlicher "Bevölkerungsaustausch" oder "Bevölkerungstransfer". Die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung war so das Schlußglied einer langen Kette von Neuordnungen auf der politischen und ethnographischen Landkarte Ostmitteleuropas, die in Ostpolen ihren Anfang nahm, aber allesamt auf der Voraussetzung der Übergabe Ostdeutschlands an Polen basierten.

Es muß hinzugefügt werden, daß die Forderung der Annexion von Teilen Ostdeutschlands schon in der polnischen Kriegspolitik und Kriegspropaganda, unabhängig von der späteren Kompensationsidee, einen festen Programmpunkt bildete.

... Die ohnehin in jedem Kriege festzustellende Erhitzung der Stimmungen steigerte sich unter den Gegnern Deutschlands im Zweiten Weltkrieg durch die nationalsozialistischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten und verstärkte die Neigung zu radikalen unüberlegten Gewaltmaßnahmen. Nur daraus kann man es verstehen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte sich zu einer Nachkriegspolitik bereit finden konnten, die die gewaltsame Aussiedlung von Millionen Menschen vorsah.

Wohl meldete noch vor Kriegsende auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) vor allem Churchill ernste Bedenken gegen ein solches Vorgehen an. Doch auch sie richteten sich nur gegen das übergroße Maß der polnischen Gebietsforderungen, nicht etwa prinzipiell gegen die Ausweisung als solche. Im Prinzip war man sich unter den Gegnern Deutschlands über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden östlichen Teilen des Reiches schon seit Teheran einig. Man meinte sogar, auf diesem Wege gleichzeitig ein für allemal mit dem deutsch-polnischen Minderheitenproblem "reinen Tisch machen" zu können

...

Zweifellos war auch die nationalsozialistische Politik nicht schuldlos daran, daß überhaupt Maßnahmen wie die der Umsiedlung und Verpflanzung millionenzähliger Volksgruppen als Mittel zur Erreichung einer politischen Neuordnung betrachtet wurden. Schon gleich nach dem deutsch-polnischen Krieg von 1939 hatte sie die Aussiedlung von Polen aus Westpreu-

ßen und der früheren Provinz Posen begonnen, diese Aktion allerdings sehr bald, bevor sie größere Ausmaße annahm, abgebrochen. ...

... Sowohl die von Hitler nach Osten vorgeschobene Grenze als auch die im Potsdamer Abkommen festgesetzte Oder-Neiße-Linie standen in krassem Widerspruch zur Nationalität der in diesem Gebiet Ostmitteleuropas lebenden Bevölkerung. Sie waren gerade entgegen allen nationalstaatlichen Gesichtspunkten entstanden, und man verschlimmerte diese Gewaltlösung nur noch, indem man nachträglich durch radikale Aus- und Umsiedlungen die so grüßlich verletzte Einheit von Staats- und Volkstumsgrenzen wiederherstellen wollte. ...

Wie radikal diese Vorbereitung der Ausweisung während der Zeit der russisch-polnischen Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie geschehen war, wird höchst eindrucksvoll belegt durch den sich aus vielen Berichten ergebenden Eindruck, daß der Akt der zwangsweisen Ausweisung oft von den Betroffenen gar nicht mehr als jener gewalttätiger Eingriff empfunden wurde, der er doch war, weil schwerere und leidvollere Gewaltmaßnahmen vorhergegangen waren.

Die Einschüchterung und Niederdrückung der deutschen Bevölkerung waren so gründlich erreicht worden, daß die Ausweisung für sie bisweilen eine ganz andere Funktion erhielt; sie schien wenigstens im Augenblick die Möglichkeit zu bieten, ein Stück der verlorenen Heimat wiederzugewinnen, weil sie unter Deutsche nach Deutschland führte und in Lebensverhältnisse, die niemals schlechter sein konnten als das bisher Erlittene.

Für das Verständnis des Gesamtprozesses der Vertreibung ist es unerläßlich, diese Zusammenhänge in aller Deutlichkeit zu sehen und nicht etwa die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung lediglich vom Verlauf der Ausweisungsaktionen her zu betrachten und zu beurteilen. ...<<

>>... Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nichts aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".

Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.

Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in an orderly and humane manner" (d.h. in geordneter und humaner Weise) durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten.

Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden. Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auf Pommern und den Südtteil Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinz Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an.

Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der Ankunft polnischer Siedler. In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur 10 Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnung gezwungen.

Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke mußten in den Wohnungen oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkommene Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmitliz. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.

In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als 2 Wochen nach Westen abgeschoben.

Ähnlich war es in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden. Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Posten und Milizangehöriger an der Tagesordnung waren.

Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.

Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.

Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wurden, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.

Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabhkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn das gegen ihren Willen geschah. ... Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu

verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben.

Man war deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesiens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpolsch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen. Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. ...

Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierete nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreiseweise erhielten. Ihnen schlossen sich manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.

Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.

Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizionären und fanatischen polnischen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben.

...

Russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.

Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig, und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechung bis zum Spätherbst 1946 an. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der CSR (x004/115-118): >>Nach Artikel XIII der Potsdamer Vereinbarungen erkannten die 3 Großmächte an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder von Bestandteilen derselben, die in der Tschechoslowakei (Polen und Ungarn) zurückgeblieben waren, nach Deutschland durchgeführt werden müsse und erklärten gleichzeitig, daß jede Überführung "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" erfolgen solle. Damit gab die Konferenz den Tschechen praktisch freie Hand, auch die noch in der CSR befindliche deutsche Bevölkerung nach Deutschland zu überführen, knüpfte allerdings die Bedingung daran, daß die im Gange befindliche "wilde" Austreibung gestoppt und erst eine die gegenwärtige Lage in Deutschland berücksichtigende Vorbereitung getroffen werden müsse. Dieser Potsdamer Beschluß entsprach in seinem Ergebnis den Zielen der konsequenten Politik der tschechoslowakischen Exilregierung und der späteren provisorischen Regierung. Allerdings genügte das Tempo, mit dem die Alliierten an die Vorbereitung der Sache gingen, durchaus nicht der Eile, die die Tschechen hatten. ...

Die Aufforderung der Großmächte, weitere Vertreibungsaktionen einzustellen, und die damit erzwungene Unterbrechung der schon laufenden Massenausweisung verstimmte die Tsche-

chen. ... Besonders übel wurden die sich mehrenden Proteste in der angelsächsischen Presse gegen die brutale Behandlung der Sudetendeutschen vermerkt.

... Im Bereich des ganzen Staates wurden Sammellager für die zur Austreibung bestimmten Deutschen (in Böhmen 75, in Mähren 29, in der Slowakei 3) eingerichtet, die je 1.200 Personen umfassen sollten. Außerdem wurden Reservelager in der Nähe der Grenzübergangsstationen vorbereitet. Vieles davon war nur eine Zusammenfassung und Steuerung längst vorbereiteter Einzelmaßnahmen.

Praktisch lief die Einrichtung der Sammellager darauf hinaus, daß die bereits in vorhandene Lager eingewiesenen Deutschen ohne Rücksicht auf die darin herrschenden vielfach unhaltbaren Zustände festgehalten wurden und daß man die ins innertschechische Gebiet gebrachten Deutschen nach dem Abschluß ihrer Arbeit nicht mehr nach Hause entließ. Auch die noch in Freiheit lebenden Deutschen wurden Anfang Dezember für die Ausweisung registriert.

In ihrer Note vom 16. August 1945, in der die tschechoslowakische Regierung zu den Potsdamer Beschlüssen Stellung nahm, soll sie auch, nach einer tschechischen Quelle, dem Alliierten Kontrollrat ein Programm übersandt haben, wonach 2,5 Millionen Deutsche für die Ausweisung aus der CSR in Frage kamen. ...

Danach sollten 1.750.000 Sudetendeutsche in die amerikanische, 750.000 in die sowjetische Besatzungszone aufgenommen werden; 10 % der Gesamtzahl sollten bereits im Dezember 1945 ausgesiedelt werden. Jedoch lief dann die organisierte Aussiedlungsaktion tatsächlich erst Ende Januar 1946 an. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn (x008/59E-61E): >>Die zwangsmäßige Ausweisung eines großen Teils des ungarländischen Deutschtums nach Deutschland in den Jahren 1946 bis 1948 - in den ungarischen Verordnungen offiziell Umsiedlung genannt - fußt formal auf dem Art. XIII des Potsdamer Abkommens, der von der "Überführung der deutschen Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns oder Teilen dieser Bevölkerung nach Deutschland" spricht.

Ungarn nahm in diesem Zusammenhang insofern eine Sonderstellung ein, als es im Gegensatz zu Polen und der Tschechoslowakei ein Verbündeter des Deutschen Reiches war und trotzdem in die Aussiedlungsaktion mit eingeschlossen wurde, während über das Schicksal der Volksdeutschen in Rumänien oder gar in Jugoslawien keinerlei zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen wurden. Eine Aufklärung dieser auffallenden Tatsache, vor allem der Frage, wie weit die ungarische Regierung selbst auf die entsprechenden Beschlüsse Einfluß zu nehmen versucht und ob sie sich bemüht hat, die Aussiedlung voranzutreiben oder zu hemmen, ist bis heute noch nicht möglich.

Ebensowenig geklärt ist, auf welchem Wege Ungarn in den Vertreibungsartikel des Potsdamer Abkommens geraten ist. Höchstwahrscheinlich war es die Sowjetunion, die die Anregung dazu gegeben hat. Schon im Frühjahr 1945 soll Marschall Woroschilow als Präsident der Alliierten Kontrollkommission für Ungarn von der ungarischen Regierung verlangt haben, daß sie Vorbereitungen für eine Massenausweisung der Deutschen treffe. ... Im Zusammenspiel mit den Sowjets traten die ungarischen Kommunisten für eine Totalausweisung des Deutschtums ein, wobei der Gedanke der Kollektivschuld in den Vordergrund geschoben wurde, tatsächlich aber wohl eine Bresche für eine radikale Agrarreform geschlagen werden sollte.

In den Parteien, die die Interessen des ungarischen Bauerntums vertraten, vor allem in der bis dahin einflußreichen Kleinlandwirte-Partei, ... bestand ein Widerstreit verschiedener Interessen und Tendenzen; der Gedanke, die deutsche Minderheitenfrage, die sich seit 1940 zu einem staatspolitischen Problem ersten Ranges entwickelt hatte, im nationalungarischen Sinne endgültig und radikal zu lösen, wurde zweifellos mit Sympathie aufgenommen. Doch übersah man andererseits nicht, daß eine entschädigungslose Ausweisung eine ernste Erschütterung

der Eigentumsbegriffe für das ganze Land gebracht hätte und damit den Zielen der Kommunisten in die Hand gearbeitet worden wäre.

Dazu kam noch, daß eine Totalaussiedlung der Volksdeutschen Ungarn selbst aller Argumente gegen die von der Tschechoslowakei angestrebte Zwangsumsiedlung der 700.000 Slowakei-Ungarn beraubt hätte.

... Die ungarische Regierung suchte dabei die Zahl der Auszuweisenden gegenüber der sowjetischen Forderung von einer halben Million herabzudrücken, wobei sie sich formell gegen die Anwendung der kollektiven Verantwortung ganzer Volksgruppen verwahrte.

Wie wenig sie jedoch selbst von dem Prinzip abging, ergibt sich aus den Angaben von Stefan Kertesz, eines früheren hohen Beamten des ungarischen Außenministeriums. Er berichtet davon, daß der ungarische Innenminister Franz Erdai im Mai 1945 die Zahl der auszuweisenden Volksbundmitglieder auf etwa 300.000 ansetzte, während die ungarische Regierung in einer offiziellen Note von 200.000 bis 250.000 Deutschen, die als "ergebene Diener des Hitlerismus" aus Ungarn abzuschieben wären, sprach.

Die ungarische Regierung bewies damit nur, daß sie selbst am Grundsatz der individuellen Schuld nicht festhielt und mit der Ausweisung auch noch andere Ziele verfolgte, als die Bestrafung derjenigen, die nationalsozialistische Politik betrieben hatten.

Offensichtlich suchte sich die ungarische Regierung selbst um die Entscheidung zu drücken und eine Gelegenheit abzuwarten, um die Aussiedlung als Befehl und unter Verantwortung der Siegerstaaten anlaufen zu lassen. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ostmitteleuropa (x051/603-604): >>Vertreibung, Ausweisung größerer Bevölkerungsgruppen aus ihrem Wohngebiet, v.a. während und nach einem Krieg.

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ost- und Ostmitteleuropa in das Deutschland diesseits der Oder-Neiße-Linie hatten die Alliierten schon auf ihren Konferenzen in Teheran (Dezember 43) und Jalta (Februar 45) erörtert.

Das Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 bestimmte in Abschnitt XIII, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß", und zwar "in geordneter und humaner Weise". Die Einzelheiten sollte ein Plan des Alliierten Kontrollrats regeln. Die systematische Vertreibung der deutschen Bevölkerung begann jedoch bereits im Juli/August 45, also ehe der Ausweisungsplan des Kontrollrates am 17.10.45 unterzeichnet worden war.

Sie geschah keineswegs "in geordneter und humaner Weise", sondern in völker- und menschenrechtswidriger Art, und erfaßte auch die deutsche Bevölkerung aus den polnischer Verwaltung unterstellten deutschen Ostgebieten und dem der Sowjetunion übergebenen nördlichen Ostpreußen. Darüber hinaus waren seit Ende 44 schon Millionen von Deutschen vor der vordringenden Roten Armee westwärts geflohen. Die Vertriebenen und Flüchtlinge verloren nicht nur ihre Heimat, sondern meist auch ihre gesamte Habe.

1944/45 lebten in Ostdeutschland und in Osteuropa insgesamt 19,17 Millionen deutsche Staatsangehörige oder sogenannte Volksdeutsche, davon in den deutschen Ostgebieten (mit Danzig) 10,39 Millionen, in Polen 1,26 Millionen, in der UdSSR 2,07 Millionen, in Ungarn 633.000, in der Tschechoslowakei (mit Sudetenland) 3,62 Millionen, in Jugoslawien 550.000, in Rumänien 689.000 und in den übrigen Balkanstaaten 6.000.

Bis 1950 kamen 11,96 Millionen Menschen als Flüchtlinge oder Vertriebene nach Restdeutschland, davon 7,29 Millionen aus den deutschen Ostgebieten, 618.000 aus Polen, 421.000 aus der Sowjetunion, 2,99 Millionen aus der Tschechoslowakei, 213.000 aus Ungarn, 297.000 aus Jugoslawien, aus Rumänien 137.000 und 3.000 aus den übrigen Balkanstaaten.

Über zwei Millionen verloren durch Flucht oder Vertreibung ihr Leben.

Der Großteil der insgesamt 4,4 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge, die zunächst in der (heutigen) DDR oder in Ost-Berlin Aufnahme fanden, zog später als sogenannte Sowjetzonenflüchtlinge in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin (1949 bis Juli 61 rund 2,1 Millionen).

Ab 1950 ging die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Ostmitteleuropa in geringerem Umfang weiter, meist auf der Grundlage vertraglicher Abmachungen zwischen der Bundesrepublik und dem betreffenden Staat; bis zum Zusammenbruch des Ostblocks im Jahr 1989 wurden in der Bundesrepublik knapp zwei Millionen Aussiedler registriert. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs übersiedelten mehr als 2,6 Millionen Menschen.

Es leben gegenwärtig noch etwa 600.000 Deutschstämmige in Rußland und 50.000 in Kasachstan sowie 500.000 in den Staaten Mittelosteuropas. Die Gründe für die Übersiedlung Deutschstämmiger in die Bundesrepublik sind vor allem in der wirtschaftlichen Situation in der ehemaligen Sowjetunion und nicht in politischer Verfolgung oder gar Vertreibung zu sehen.

In der Bundesrepublik ist der Rechtsstatus der Vertriebenen durch das Bundesvertriebenengesetz vom 19.5.53 geregelt worden. Ihre Eingliederung in die Gesellschaft und Wirtschaft ist, mit Hilfe einer umfangreichen Gesetzgebung, darunter der über den Lastenausgleich, inzwischen weitgehend gelungen.

In der "Charta der Heimatvertriebenen" von 1950 haben die Vertriebenen ausdrücklich auf Vergeltung für das an ihnen verübte Unrecht und auf Gewaltanwendung verzichtet; doch halten ihre Verbände bis heute an der Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 fest.<<

Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson (1892-1954) begründete am 21. November 1945 in Nürnberg die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes (x111/106): >>... Dieser Prozeß stellt das Ergebnis der Bemühungen von vier mächtigen Nationen in Gemeinschaft von anderen Ländern dar, das internationale Recht anzuwenden, um des großen Übels der Gegenwart Herr zu werden, nämlich des Angriffskrieges.<<

Die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes lautete wie folgt (x129/159): >>... Der Gerichtshof hat das Recht, Personen abzuurteilen und zu bestrafen, die durch ihre im Interesse der europäischen Achsenländer ausgeführten Handlungen, sei es als Einzelperson, sei es als Mitglieder von Organisationen, eines der folgenden Verbrechen begangen zu haben.

Die folgenden Handlungen, oder jede einzelne von ihnen, stellen Verbrechen dar, die unter die Zuständigkeit des Gerichtshofes fallen und für die persönliche Verantwortung besteht:

a) Verbrechen gegen den Frieden: nämlich Planung und Vorbereitung, Einleitung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder an einer gemeinsamen Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen;

b) Kriegsverbrechen: nämlich Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche. Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Ermordung, Mißhandlung oder Verschleppung zu Zwangsarbeit oder zu irgendeinem anderen Zwecke der entweder aus einem besetzten Gebiet stammenden oder dort befindlichen Zivilbevölkerung, Ermordung oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Tötung von Geiseln, Raub öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten und Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung.

c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen; oder Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das

der Gerichtshof zuständig ist, unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes, in dem sie begangen wurde, verstieß oder nicht.

Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer, die an der Fassung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendwelchen Personen in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.<<

Während die 20 Hauptangeklagten die Schuldfrage am 21. November 1945 verneinten, erklärte die Verteidigung (x111/106): >>... Der jetzige Prozeß kann sich, soweit er Verbrechen wider den Frieden ahnden soll, nicht auf geltendes Völkerrecht stützen, sondern ist ein Verfahren aufgrund eines neuen Strafgesetzes, eines Strafgesetzes, das erst nach der Tat geschaffen wurde. Dies widerstrebt einem in der Welt geheiligten Grundsatz der Rechtspflege.<<

Die britische Militärregierung veröffentlichte am 22. November 1945 eine "Anweisung über Erziehung, Jugendpflege und deutsche kirchliche Angelegenheiten" (x117/84): >>... Jeder Unterricht in irgendeinem Fach (ist) verboten, ... wodurch ... der Militarismus verherrlicht wird, die Lehren des Nationalsozialismus verbreitet, erneuert oder entschuldigt werden oder wodurch die Leistungen nationalsozialistischer Führer gepriesen werden; ... eine Politik der unterschiedlichen Behandlung aus Gründen der Rasse, Farbe, politischen Anschauung oder Religion begünstigt wird; Feindschaft gegen irgendeine Nation erzeugt oder internationale Uneinigkeit geschaffen werden kann, oder ... Krieg, Mobilmachung oder Vorbereitung zu Krieg ... erläutert oder das Studium von militärischer Erdkunde oder Kriegsgeschichte gefördert wird.<<

Das amerikanische Magazin "TIME" berichtete im November 1945 über die Nürnberger Prozesse (x353/37): >>... Was immer für Gesetze die Alliierten für die Zwecke des Nürnberger Prozesses aufzustellen versuchten, die meisten dieser Gesetze haben zur Zeit, als die Taten begangen wurden, noch nicht existiert. Seit den Tagen Ciceros ist eine Bestrafung ex post facto von den Juristen verdammt worden.<<

US-General Clay (1897-1978, von 1945-46 stellvertretender Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone) schrieb am 23. November 1945 (x111/107): >>... Es gibt keinen leichten Weg zur Demokratie. Die Deutschen müssen diesen Weg selber finden, und auch die Lotsen auf diesem Weg müssen Deutsche sein.<<

Erich Kästner berichtete am 23. November 1945 in der "Neuen Zeitung" über die deutschen Hauptkriegsverbrecher während des Prozesses in Nürnberg (x114/2.125): >>... Göring trägt eine lichtgraue Jacke mit goldenen Knöpfen. Es ist eine Art Chauffeurjacke übriggeblieben. ... Er ist schmaler geworden. Manchmal blickt er neugierig dahin, wo die Ankläger sitzen. Wenn er seinen Namen hört, merkt er auf. ... Meist ist er ruhig.

Rudolf Hess hat sich verändert. Es ist, als sei der Kopf halb so klein geworden. Dadurch wirken die schwarzen Augenbrauen geradezu unheimlich. Wenn er mit Göring und Ribbentrop spricht, stößt er ruckartig mit dem Kopf. Wie ein Vogel. Sein Lächeln wirkt unnatürlich. Sollte es in diesem Kopf nicht mehr richtig zugehen?

Joachim von Ribbentrop sieht aus wie ein alter Mann. Grausträhnig ist sein Haar geworden. Das Gesicht erscheint faltig und verwüstet. Er spricht wenig. ... Als ihn ein Polizist kurz aus dem Saal und dann wieder zurück bringt, bemerkt man, daß ihm auch das Gehen schwerfällt.

Auch Keitel ist etwas schmaler geworden. Er sitzt, in seiner tressenlosen Uniformjacke, grau mit grünem Kragen, ernst und ruhig da, Wie ein Forstmeister.

Hinter Göring und Hess sitzen Dönitz und Raeder, die beiden ehemaligen Großadmiräle. In blauen Jacketts. Das Gold ist verschwunden. Dönitz sieht verkniffen aus. Ruhig sind beide.

Baldur von Schirachs Gesicht ist bleich und bedrückt. Er wirkt wie ein schlecht vorbereiteter Abiturient im Examen. Daneben Sauckel, ein kleiner rundköpfiger Spießier. Mit einem Schnurbart unter der Nase, wie ihn sein Führer trug.<<

Der deutsche Schriftsteller Friedrich Wolf forderte am 25. November 1945 während einer Kundgebung des Kulturbundes politische Verantwortungs- und Widerstandsbereitschaft (x116/19,88): >>Meine Landsleute!

Gerade angesichts des großen "Nürnberger Prozesses" wurden hier und da Stimmen laut: "Wir wollen die ewige Schuldfrage nicht mehr hören! Wir stellen einfach das Radio ab und damit fertig!"

Ist das aber eine würdige Haltung, wenn wir wie Kinder uns die Decke über den Kopf ziehen; und nun ist die Umwelt für uns nicht mehr da? ...<<

>>... Durch die Höllenfahrt dieses Hitlerkrieges sind uns wie in einem grellen Feuerschein die Schuld, die Verantwortung und die Gefahren unseres Wesens klargeworden: unsere blinde Selbstgerechtigkeit, unsere verhängnisvolle Überheblichkeit, unser mangelnder Wahrheitsmut, die fehlende Zivilcourage, Selbsterkenntnis und Selbstkritik. ...

Nie wieder dieses feige Dabeistehen und Dulden von in Rassenhetze verkleideten Mördern! ... Nie wieder der preußische Feldwebelgeist. ... Nie wieder dieser verruchte Kadavergehorsam.<<

Die polnische Zeitung "Trybuna Dolnoslaska" ("Niederschlesische Tribüne") berichtete am 26. November 1945 über die Vertreibung der Niederschlesier (x024/141): >>... Das Problem mit den Deutschen ist für uns eine Frage um Sein oder Nichtsein in diesen Gebieten. Wir können und wir wollen nicht mit den Deutschen in einem Lande zusammenwohnen.

Die Gegenwart der Deutschen erschwert uns jeden Tag mehr die Organisation eines geordneten Wirtschaftslebens. Die in diesen Gebieten verbleibenden Deutschen sind eine gewaltige Last für unsere Versorgung, zugleich schaffen sie Wohnungsschwierigkeiten für die sich laufend vermehrende Zahl der Ansiedler. Wir wollen die Deutschen in diesen Gebieten nicht vor Gericht stellen, noch wollen wir ihnen den Grad ihrer Schuld an den Verbrechen Hitlers darlegen. Wir haben nur eine Antwort: Deutsche müssen diese Gebiete verlassen; wir wollen überhaupt kein deutsches Problem mehr haben.<<

Das tschechoslowakische Ministerium des Innern beschloß am 26. November 1945 einen Erlaß über die Aussiedlung von deutschen Antifaschisten in die SBZ (x004/346-347): >>... Die russischen Besatzungsbehörden in Deutschland haben die Bereitschaft geäußert, eine größere Anzahl Personen deutscher Nationalität zu übernehmen, welche nachgewiesenermaßen antifaschistischer Gesinnung sind. ...

Das Innenministerium empfiehlt, dieser Aktion jede nur mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen, so daß sie so schnell als möglich durchgeführt werden kann. ...

Die Aussiedlungsbewilligung ist nicht zu erteilen: ... Personen, welche in für das Wirtschaftsleben besonders wichtigen Unternehmen beschäftigt sind, z.B. Spezialisten und Facharbeiter oder qualifizierte Kräfte. ...

Sie können ... ohne Sonderbewilligung des Finanzministeriums nicht mitnehmen: Gegenstände, deren Abgabe ... durch Kundmachung des Finanzministerium vom 22.6.1945 ... angeordnet worden ist. ...<<

US-Außenminister Byrnes telegraphierte am 28. November 1945 an den nordamerikanischen Botschafter in Belgrad, daß die Vertreibungen der Jugoslawien-Deutschen eingestellt werden müssen (x028/225).

US-General Joseph McNarney (1893-1972, 1945-47 Militärgouverneur) erklärte während einer Pressekonferenz am 29. November 1945 (x116/16): >>... Die Säuberung vom Nationalsozialismus wird nach festgesetzten Richtlinien restlos durchgeführt werden.

Mir tun auch jene Nationalsozialisten nicht leid, die nur Mitläufer waren. Ich möchte jeden ehemaligen Nazi soweit wie möglich von jeder verantwortlichen Stellung entfernt als gewöhnlichen Tagelöhner sehen. Wenn jemand behauptet, daß die Leistungsfähigkeit mancher Industrien und Ämter durch die Entfernung der Nazis und Nazi-Mitläufer leiden würde, dann

erkläre ich: Kein Mensch ist unentbehrlich!<<

In Bayern wurde am 30. November 1945 die FDP gegründet.

Etwa 2.500 deutsche Kriegsgefangene wurden am 30. November 1945 an die Sowjetunion und rund 500 an die Briten ausgeliefert. Die rücksichtslose Übergabe der Internierten ging als "blutiger Freitag" in die schwedische Geschichte ein (x130/197).

US-Außenminister Byrnes wies den nordamerikanischen Botschafter in Warschau am 30. November 1945 an, gegen die polnischen Vertreibungsmethoden zu protestieren (x028/133):

>>... Die US-Regierung ist ernstlich bestürzt über Berichte von fortgesetzten Massentransporten mit deutschen Flüchtlingen, die offenbar aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach Deutschland gekommen sind. Diese Leute sind vermutlich in Eile aus ihren Wohnungen vertrieben und um all ihren Besitz gebracht worden, bis auf das, was sie tragen konnten.

Berichte zeigen, daß diese Flüchtlinge, meistens Frauen, Kinder und alte Leute, in einem erschreckenden Zustand der Erschöpfung angekommen sind, daß manche an ansteckenden Krankheiten leiden, daß vielen ihre letzte persönliche Habe genommen worden ist.

Solches Massenelend und die schlechte Behandlung Schwacher und Hilfloser lassen sich mit dem Potsdamer Protokoll nicht vereinbaren, ... ebenso wenig mit internationalen Regeln für die Behandlung von Flüchtlingen.<<

Der Landrat des Landkreises Bruchsal in Nordbaden, Werner Middelman (1909-1985), berichtete über die chaotischen Verhältnisse und gewaltigen Probleme im November 1945, die im Verlauf der Vertreibungen der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa zu bewältigen waren (x024/180-182): >>Als die Vertriebenen mit Güterzügen in den westdeutschen Gemeinden ankamen, war die Lage nahezu unbeschreiblich. Es wurde uns gegen November 1945 mitgeteilt – allen deutschen provisorischen Verwaltungsstellen -, daß binnen Kürze Millionen Menschen kommen müßten. Sie würden in Zügen transportiert. Für den reinen Bahntransport übernahmen die Alliierten die Verantwortung. Das Übrige war unsere Angelegenheit. Unsere Angelegenheit - das ist ein milder Ausdruck, denn nichts war vorhanden.

Immerhin erfuhr ich in Nordbaden vom damaligen Landesbezirksdirektor und früheren Reichsfinanzminister Dr. Heinrich Köhler, daß am nächsten Morgen der erste Zug mit 1.200 Personen in Karlsruhe am Güterbahnhof stehen würde. Die Personen seien sofort unterzubringen und zu versorgen.

Darüber hinaus sollte ich vormerken, daß in den nächsten 180 Tagen weitere 150 Züge mit je 1.200 Personen ankommen würden.

Also hieß es sofort Lager einrichten, die Lager ausstatten. Also Vorbereitungen zu treffen, um 200.000 Menschen in einem Gebiet auszunehmen, das selbst etwa eine Million Einwohner zählte.

Also hieß es sofort Lager einrichten, die Lager ausstatten. Also Vorbereitungen zu treffen, um 200.000 Menschen in einem Gebiet auszunehmen, das selbst etwa eine Million Einwohner zählte.

Meine erste Frage: "Stehen Mittel zur Verfügung?"

"Nein."

"Ist irgendwelche Vorsorge getroffen?"

"Nein, das ist alles ihre Angelegenheit!" ...

Ich holte mir aus den verschiedensten Dienststellen Sekretariatspersonal. Bis zum Bleistift hinunter mußte alles organisiert werden. Schreibmaschinen waren natürlich nicht vorhanden. Ich baute nun eine höchst bescheidene – in heutiger Sicht erbärmliche – Verwaltung auf.

Am nächsten Morgen kamen 1.200 Personen in 48 Güterwagen auf dem Bahnhof an. Alle Altersgruppen, keine geschlossenen Familien, bunt zusammengewürfeltes, deutsches "Bevölkerungsgepäck" hätte ich beinahe gesagt, das irgendwo in der Tschechoslowakei zusammengetrieben worden war, zum Güterbahnhof gebracht wurde, in Waggons verladen, und ab ging die Reise nach Deutschland.

Die Alliierten, in unserem Falle die Amerikaner, hatten natürlich sofort einen Plan: Wohin gehen die Züge? Wo sind die Bahnhöfe? Wie ist der Übergang dann? Wo erfolgt er dort? Fin-

det dort eine Entlassung statt? Denn die Leute waren ja wochenlang in den schmutzigsten Verhältnissen irgendwo in der Tschechoslowakei oder in Ungarn oder in Jugoslawien untergebracht gewesen.

Alles das mußte geregelt werden. Es wurde geregelt mit Hilfe der deutschen freiwilligen Wohlfahrtsorganisationen, die ich natürlich erst mobilisieren mußte.

Erstes allgemeines Erschrecken: "Das ist doch nicht möglich! Das ist doch unmenschlich!"

Ja, sicher war das unmenschlich, aber der ganze vorhergehende Zeitablauf war 12 Jahre lang unmenschlich gewesen, und hier waren die Konsequenzen zu tragen. Man kann sich das heute kaum noch vorstellen, mit welchem Entsetzen die Bevölkerung von dieser Welle, von der sie überrascht wurde, gepackt war.

Gott sei Dank war die allgemeine Erschütterung des bisher sozusagen geordneten Lebens so groß gewesen, daß jeder einsah:

Hier konnte kein Widerstand geleistet werden, hier mußte jeder nach bestem Vermögen einspringen. Es gelang aber, ein Chaos, ein absolutes Chaos zu verhindern, es gelang, Mord und Totschlag zu verhindern, denn diese Gefahr bestand ja. ...<<

Die ungarische Partei der "Kleinlandwirte" erreichte bei den Wahlen im November 1945 245 von 409 Sitzen, während die Kommunistische Partei nur 70 Sitze erhielt (x061/511).

Die Zeitschrift "Nineteenth Century and After" berichtete im November 1945 über die Ver- treibung der Deutschen (x028/131): >>Ein Zug, der am 31.8. Berlin erreichte, war am 24. in Danzig abgefahren mit 325 Patienten und Waisen aus dem Marienkrankenhaus und dem Waisenhaus in der Weidnergasse. Sie waren in 5 Viehwagen zusammengepfertcht, auf dem nackten Boden ohne Stroh. Es gab weder Ärzte noch Schwestern oder Medikamente. Die einzige Nahrung erhielten die Waisen zu Beginn der Fahrt: 20 Kartoffeln und 2 Stück Brot. Die Patienten hatten nichts, doch von Zeit zu Zeit hielt der Zug, und die Mitfahrenden, die dazu noch imstande waren, versuchten, Nahrungsmittel aufzutreiben. ...

Zwischen 6 und 10 Patienten in jedem Wagen starben unterwegs. Die Leichen wurden einfach aus dem Zug geworfen. Als der Zug in Berlin ankam, wurden 65 Patienten und Waisen in das Robert-Koch-Krankenhaus gebracht, wo 9 von ihnen starben. Was aus den übrigen geworden ist, wissen wir nicht. ...

Ungefähr um die gleiche Zeit kam ein Transport mit sudetendeutschen Männern, Frauen und Kindern aus Troppau. Sie waren 18 Tage lang in offenen Viehwagen unterwegs gewesen. 2.400 Menschen hatten die Fahrt angetreten, 1.350 erreichten Berlin. Es sind also mehr als 1.000 unterwegs gestorben. ...<<

In Freiburg/Bayern wurde am 1. Dezember 1945 die "Caritas-Vertriebenen- und Flüchtlings- hilfe" gegründet (x024/219): >>... Zum bisherigen Elend, das in den Städten und Notgebieten wahrlich drückend genug ist, kommt neues Elend, so grauenhaft, wie es die Welt kaum gesehen hat. Es ist das schreckliche Elend der aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen im Osten unseres Vaterlandes. Tausende und Abertausende fluten über unsere bayerische Ostgrenze, völlig mittellos und brotlos, nur dürtig gekleidet, ziellos und planlos wandernd.<<

Die letzten nordamerikanischen Truppen verließen am 1. Dezember 1945 das Sudetenland (x005/635).

Das Ministerium des Innern beschloß am 2. Dezember 1945 Richtlinien zur Durchführung der Arbeitspflicht von Personen, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren hatten (x004/282-287).

Durch den SMAD-Befehl Nr. 160 vom 3. Dezember 1945 wurde Sabotage ein Tatbestand des Wirtschaftsstrafrechts (x009/376).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Bestrafung der "Sabotage" in der SBZ (x009/376): >>... Dieser Befehl war so unklar und verschwommen, daß es den Volksrichtern leicht fiel, im Bedarfsfall jeden Tatbestand unter dieses Strafgesetz

fallen zu lassen. Es wurden nicht nur Gefängnisstrafen verhängt, vielmehr überwogen die auf Zuchthaus lautenden Urteile; verschiedentlich ergingen sogar Todesurteile.

Bloßer Ungehorsam gegen eine Verwaltungsanordnung konnte als Sabotage oder als Diversion schwer bestraft werden. Mit Außerkraftsetzung des Besatzungsrechts im September 1955 wurde Sabotage als eine Boykotttätze nach Art. 6 der Verfassung fallende Erscheinungsform im Klassenkampf angesehen und damit in die Kategorie der Staatsverbrechen eingegliedert.

Durch das Strafrechtsergänzungsgesetz wurde die Sabotage wieder in einen selbständigen Tatbestand formuliert: "Wer mit dem Ziel, die Tätigkeit der staatlichen Organe oder die Volkswirtschaft der DDR zu untergraben oder den Aufbau des Sozialismus zu stören, es unternimmt, staatliche oder genossenschaftliche Einrichtungen oder Betriebe in ihrer geordneten Tätigkeit zu behindern, wird mit Zuchthaus bestraft, auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden."

In schweren Fällen kann auf Todesstrafe oder lebenslängliche Zuchthausstrafe erkannt werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Bestrafung der "Diversion" in der SBZ (x009/101): >>Begriff aus dem Wirtschaftsstrafrecht, der in sowjetischen Befehlen, vor allem im Befehl Nr. 160 der SMAD vom 3.12.1945 auftauchte. Definition und Abgrenzung zur Sabotage zunächst unklar.

Nach Außerkraftsetzung des Besatzungsrechts wurde die Diversion (Begriff aus dem sowjetischen Wirtschaftsstrafrecht) als eine unter Boykotttätze nach Art. 6 der Verfassung fallende Erscheinungsform im Klassenkampf angesehen.

Durch das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11.12.1957 wurde Diversion zu einem selbständigen Tatbestand formuliert: "Wer mit dem Ziele, die Volkswirtschaft oder die Verteidigungskraft der DDR zu untergraben, es unternimmt, Maschinen, technische Anlagen, Transport- oder Verkehrsmittel oder sonstige für die Wirtschaft oder für die Verteidigung wichtige Gegenstände zu zerstören, unbrauchbar zu machen oder zu beschädigen, wird wegen Diversion mit Zuchthaus nicht unter 3 Jahren bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden."

In schweren Fällen ist lebenslängliches Zuchthaus oder Todesstrafe möglich.<<

Der polnische Minister für Nationale Verteidigung erteilte am 3. Dezember 1945 den Befehl Nr. 306 betreffend die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Polen und in den Wiedergewonnenen Gebieten (x003/116-117): >>Die Verbreitung des Bändertums im Land verringert sich nicht, sondern wächst sogar in einigen Landesteilen. ...

Wir müssen erreichen, daß jeder Bürger sichere und ruhige Arbeitsverhältnisse sowie die Garantie der persönlichen Sicherheit genießt, daher müssen die verbrecherischen Elemente im ganzen Land so schnell wie möglich ausgerottet werden. ...

Zu diesem Zweck erteile ich folgenden Befehl:

1. Jeder Befehlshaber eines Wehrbezirks nimmt unverzüglich eine Abgrenzung der Gebietsteile vor, für welche die einzelnen Garnisons- und Abteilungskommandeure verantwortlich sind.

2. Jeder Garnisons- bzw. Abteilungskommandeur ist mit den zivilen Behörden für die Aufrechterhaltung der Sicherheit innerhalb seines Gebietes mitverantwortlich und nimmt aktiven Anteil an der Bekämpfung des Bändertums; hierbei arbeitet er mit den Vertretern der Bürgermiliz und des Sicherheitsapparates seines Gebietes eng zusammen.

3. Im Einvernehmen mit diesen Behörden sind oft, jedoch unerwartet, Kontrollpatrouillen auf allen Wegen und Straßen zu unternehmen. Darüber hinaus sind gemeinsam mit der Bürgermiliz und mit den Organen der Öffentlichen Sicherheit Kontrollpatrouillen zu organisieren. Verdächtige Personen sind festzunehmen und den Sicherheitsbehörden zu übergeben.

4. Auf Wunsch der Organe der Miliz und der Sicherheitsorgane ist jede Militäreinheit ver-

pflichtet, sofortige und ausreichende Hilfe bei der Bekämpfung von Banditen zu leisten. ...

5. Wenn sich Banden im Gebiet einer Garnison oder Abteilung zeigen sollten, sind die Banditen sofort aus eigener Initiative bis zur endgültigen Vernichtung oder Zersprengung zu verfolgen.

6. Der Garnisonskommandeur ist persönlich für die Disziplin der Truppen seiner Garnison verantwortlich. Dasselbe gilt für die Kommandeure selbständiger Abteilungen. Außer den normalen Mitteln zur Erhaltung der Disziplin sind in den Einheiten Nachkontrollen durchzuführen, um festzustellen, ob die einzelnen Soldaten nicht nachts mit der Waffe auf Raub ausgehen; solche Fälle wurden nämlich festgestellt.

7. ... Alle Mißhelligkeiten zwischen dem Militär und der Miliz sowie dem Sicherheitsapparat sind so schnell wie möglich zu beseitigen.<<

Die "Deutschland Abteilung" des britischen Foreign Office berichtete am 3. Dezember 1945 (x028/224): >>Genau so, wie wir in Potsdam von den Russen betrogen wurden, als sie behaupteten, daß nur anderthalb Millionen Deutsche östlich von Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollmission gemeldet wurden, selbst wenn man annimmt, daß bereits 5 Millionen nach Deutschland getrieben worden sind.

Wie man glauben kann, daß das Deutschland von heute diese verhungerte Bevölkerung von bis zu 14 Millionen Menschen aufnehmen kann, übersteigt meine Vorstellungskraft. ...<<

Die "United Press" berichtete am 3. Dezember 1945 über eine Intelligenzprüfung der angeklagten Nürnberger Hauptkriegsverbrecher (x114/2.128): >>... Wie der Gefängnispsychologe Dr. Gustave M. Gilbert heute mitteilte, sind sämtliche angeklagten Kriegsverbrecher einer psychologischen Prüfung unterzogen worden, aus der Hjalmar Schacht mit 143 Punkten ... als Erster hervorging und Seyß-Inquart um eine knappe Nasenlänge schlug, während Streicher und Heß ... "gerade noch Durchschnitts-Intelligenz" erhielten.

Seyß-Inquart erhielt 141 Punkte und gelangt damit zusammen mit Schacht in die oberste Intelligenz-Kategorie, die nur ein Prozent der Bevölkerung umfaßt; Streicher dagegen wurde mit nur 106 Punkten kreditiert, und der Psychologe beschreibt ihn als "fast in jeder Hinsicht unterdurchschnittlich, ausgenommen hinsichtlich einer gewissen Redegewandtheit ..."

Die übrigen Angeklagten erreichten folgende Punktzahlen: Göring und Dönitz jeder 138; von Papen 134; Franz, Fritzsche und von Schirach je 130; von Ribbentrop und Keitel je 129; Speer 128; Jodl und Rosenberg je 127; von Neurath und Frick je 125; Funk 124; Sauckel 118 und Heß "vorläufig" 112.

Dr. Gilbert hat 3 Wochen mit dem eingehenden Studium der Persönlichkeiten der Angeklagten verbracht.

Wie er berichtete, gratulierte er Göring zu dessen Intelligenzresultat, worauf der Ex-Reichsmarschall wie ein verzogenes Kind strahlte, ... sich ein paarmal kichernd auf den Schenkel schlug und ausrief: "Kommen Sie, geben Sie mir noch eine Chance!" ...<<

Das französische Kabinett verlangte am 4. Dezember 1945 für ihre Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Zentralregierung die Abtretung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x111/110).

Nordamerikanische Senatoren berichteten am 4. Dezember 1945 über die Verhältnisse in den deutschen Ostgebieten (x028/225-226): >>... Wir wurden durch die Politik der russischen Regierung gehindert, in Ostdeutschland einzureisen, doch wissen wir durch authentische (glaubwürdige, verbürgte) Berichte, die wir durch Personen oder durch die Presse erhielten, daß die Verhältnisse dort durch das Vorgehen der sowjetischen Regierung und das Verhalten der sowjetischen Truppen über alle Begriffe furchtbar sind.

Nach Augenzeugenberichten bilden Raub und Plünderungen, Krankheiten, Vergewaltigungen und unterschiedslose Morde eines der schrecklichsten Kapitel in der menschlichen Geschich-

te. Mit Worten lassen sich die Verhältnisse dort nicht wiedergeben. Die Tugend der Frauen und der Wert des menschlichen Lebens sind die heiligsten Güter des zivilisierten Menschen, doch in dem von Rußland besetzten Deutschland von heute sind sie das Wertloseste. ...

Tausende sind ermordet worden, Tausende von Frauen vergewaltigt, und es herrschen Lebensbedingungen, die über die Vorstellungskraft der zivilisierten Welt hinausgehen.<<

Das "Börsenblatt des deutschen Buchhandels" berichtete am 5. Dezember 1945 über die Aufhebung der Vorzensur (x111/110-111): >>... Lediglich Titel und zusammenfassende Berichte sind an die Dienststellen der Publikations-Sektion vor Beginn der Arbeiten einzusenden. Mehr noch als bisher liegt nunmehr die Verantwortung für das neue Schrifttum auf den Verlegern. Wir hoffen, daß sie sich des in sie gesetzten Vertrauens würdig erweisen.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 5. Dezember 1945 aus München (x124/66): >>Der erste Eindruck von München: Ein Viertel der Gebäude ist total zerstört, 70 % weisen schwerere bis leichtere Bombenschäden auf. ...

Fremde aus aller Herren Länder überschwemmen die Straßen. UNRRA, angeblich die mächtigste Organisation hierzulande, beschlagnahmt für sie in Siedlungen und Kolonien immer aufs neue Wohnungen. Die Mehrzahl der Schutzbefohlenen sind Osteuropäer, die es hier unter amerikanischer Ägide nun ganz behaglich finden und nicht daran denken, die plötzlichen Privilegien gegen das harte Leben daheim einzutauschen. ...<<

Ein Redakteur der "Rude Pravo" erläuterte am 5. Dezember 1945 die Registrierung aller Deutschen, die noch in Freiheit lebten (x004/118): >>... Damit es ... manchen Deutschen (nicht) gelinge, aus den Abschubverzeichnissen herauszuschlüpfen, hat das Innenministerium eine schlagartige, karteimäßige Konskription aller Deutschen zum 1. Dezember 1945 angeordnet. ... Es ist die Sache aller Orts- und Bezirksnationalausschüsse, ... aber auch eines jeden von uns, dafür zu sorgen, daß keiner von denen vergessen wird, die im Jahre 1938 so sehnsüchtig riefen: "Wir wollen ins Reich".<<

Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher (1895-1952) erklärte am 6. Dezember 1945 während einer Rede in Göttingen zur deutschen Lage (x111/111): >>... Die Situation nach 1918 kehrt nicht mehr wieder. Es ist überhaupt die große Illusion mancher Leute anzunehmen, wir könnten dort wieder weitermachen, wo wir seinerzeit aufgehört haben. Das gilt für die Welt nicht, das gilt für Deutschland nicht, das gilt nicht für meine Partei und das gilt nicht für niemand anderen. Wir wollen keinen Wiederaufbau. Wir wollen einen Neubau Deutschlands.<<

In der US-Zone hatte man bis zum 6. Dezember 1945 bereits 141.070 ehemalige Mitglieder der NSDAP aus ihren Ämtern entlassen und 117.512 Personen interniert (x111/111).

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 6. Dezember 1945 (x111/111): >>Nach Frankreich 261.000 t, nach Belgien 183.000 t, in die Niederlande 112.000 t, nach Dänemark 144.000 t, nach Norwegen 66.000 t und nach Luxemburg 109.000 t.<<

Die Explosion eines Munitionswagens bei Marburg an der Drau wurde kurzerhand als deutscher Sabotageakt ausgelegt. Als Vergeltung wurden am 6. Dezember 1945 etwa 200 bis 300 Deutsche, die im Gefängnis interniert waren, erschossen (x010/50).

Der Politiker Theodor Heuss (1884-1963) erklärte am 7. Dezember 1945 während einer Rede in Göppingen (x111/111): >>... Hinter unserem Sein ist Ohnmacht und Armut ... Aber daß der Gedanke des Reiches auch in der Ohnmacht lebendig bleibe in unseren Seelen, ist die Voraussetzung dafür, daß das Reich wieder werde.<<

Der britische Philosoph Bertrand Russell (1872-1970) berichtete am 8. Dezember 1945 im "New Leader" über die Massenvertreibung der Ostdeutschen (x044/197): >>Ohne Vorankündigung werden Frauen und Kinder zu den Zügen getrieben, jeder nur mit einem Koffer, der ihnen meistens noch geraubt wird. Die Bahnfahrt nach Berlin dauert Tage, Verpflegung gibt es keine. Viele sind tot, wenn sie in Berlin ankommen. Kinder, die unterwegs sterben, werden

aus dem Fenster geworfen. ...

Bergen-Belsen noch einmal - Tote werden auf rohen Pritschenwagen weggekartt. ... Ein großer Teil der von Haus und Hof Vertriebenen wird nicht mit der Bahn abtransportiert, sondern muß zu Fuß nach Westen wandern. ...<<

Die britische Regierung lehnte am 9. Dezember 1945 den nordamerikanischen Vorschlag ab, den Verkehr und die Währung der 3 Westzonen zu zentralisieren (x111/111).

"Der Sozialdemokrat" zitierte am 10. Dezember 1945 Karl Kreibich, den Sprecher der sudetendeutschen Kommunisten und späteren CSR-Botschafter in Moskau (x004/103): >>... Kümmerst euch nicht darum, wie viele Deutsche endgültig da sein werden, je weniger desto besser. Eines aber ist unabänderlich; es darf in der Tschechoslowakischen Republik niemals wieder eine organisierte politische Gruppe der deutschen Minderheit geben, es darf keine eigene deutsche, sei es wirtschaftliche, politische oder kulturelle Richtung geben. ... Die Erziehung der Kinder muß tschechisch sein.<<

Der Flüchtlingsausschuß des Länderrates bat die nordamerikanische Militärregierung am 11. Dezember 1945, während der Kälteperiode keine weiteren Vertreibungstransporte zu erlauben, Medikamente bereitzustellen und ausgesonderte Lebensmittel aus Heeresbeständen abzugeben (x039/230).

Die "Süddeutsche Zeitung" veröffentlichte am 11. Dezember 1945 das Programm der CSU (x111/112): >>... Wir wollen und müssen unsere Arbeit in unserer engsten Heimat für diese unsere Heimat beginnen. Wir wollen damit helfen, ein neues Reich zu bauen, das aber, frei vom einseitigen Übergewicht eines Staates, gegliedert ist nach Ländern, die aufbauen auf den deutschen Ständen und in denen unser Land für seine Eigenart eintreten und in dieser sich bewähren kann. Die Verwaltung dieser Länder soll grundsätzlich in den Händen der eigenen Landeskinder liegen. In diesem Sinne wollen wir bayerisch sein ...

Unser Sammelruf ergeht an alle, die sich für ihr Tun und Lassen vor Gott verantwortlich fühlen. In diesem Sinne wollen wir christlich sein ...

Wir können uns an alte Wirtschaftsformen nicht binden. Wir müssen allen Forderungen unserer Zeit opferwillig und opferfreudig gegenüberstehen und jeden Weg beschreiten, der die Not unseres Volkes lindern kann. In diesem Sinne wollen wir sozial sein.<<

US-Botschafter Patterson telegraphierte am 12. Dezember 1945 aus Belgrad dem nordamerikanischen Außenminister, daß die jugoslawische Regierung angeblich keine Vertreibungen angeordnet hätte und sich weigerte, Jugoslawien-Deutsche aus Österreich aufzunehmen (x028/225).

Außenminister Bidault erklärte am 12. Dezember 1945 während einer Pressekonferenz erneut, daß man der Errichtung einer deutschen Zentralregierung nur zustimmen könnte, wenn man das Rheinland und das Ruhrgebiet vom Deutschen Reich abtrennen würde (x111/113).

Josef Kramer wurde am 13. Dezember 1945 in Hameln hingerichtet. Kramer war seit 1940 Hoesß-Stellvertreter und übernahm ab Dezember 1944 das KZ Bergen-Belsen (bis dahin ein "Privilegierten-Lager").

Ein Zeitzeuge berichtete am 13. Dezember 1945 über den Schulalltag in Köln (x073/219): >>Heute beginnt die sogenannte Schulspeisung: Jedes Kind erhält in der Schule einen halben Liter Suppe, dazu die Schüler vom 12. Lebensjahr ab ein Brötchen. ...

Um dem Vitaminmangel zu begegnen, werden auch Cebiontabletten verteilt. Zu Weihnachten soll jedes Kind einen Gutschein zum Kauf von einem Pfund Äpfel erhalten.

In den Familien fehlen Kartoffeln und Gemüse fast ganz, Hausbrand ist kaum vorhanden. Die Kinder sind froh, wenigstens in der Schule einige Stunden in geheizten Räumen zu sitzen.

...<<

Ilja Ehrenburg schrieb am 13. Dezember 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet Weekly" über den in Nürnberg angeklagten NS-Judenhetzer Streicher (x046/157): >>Streicher war ver-

antwortlich für den Tod von Millionen von Juden. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) schrieb später über Julius Streicher und Ilja Ehrenburg (x046/157): >>... Streicher befand sich 1945/1946 unter den Angeklagten vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg, er wurde schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt, weil, wie es in der Urteilsbegründung heißt, er, "in seinen Woche um Woche, Monat um Monat erscheinenden Reden und Artikeln die Gedankengänge der Deutschen mit dem Giftstoff des Antisemitismus verseuchte und das Deutsche Volk zur aktiven Verfolgung der Juden aufhetzte".

"Ein Leitartikel im September 1938", so wird gesagt, "war typisch für seine Lehren, in denen der Jude als Bazillus und Pest bezeichnet wird und nicht als menschliches Wesen." Streicher habe unmißverständlich zur Vernichtung der Juden aufgerufen.

Wenn er also unter dem Anklagepunkt 4 (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) in Nürnberg zum Tode durch den Strang verurteilt worden ist - was ist dann erst von Ehrenburg zu sagen, der über Jahre hinweg "Woche um Woche, Monat um Monat", ja Tag für Tag, die Gedankengänge der Völker der Sowjetunion (und auch der westlichen Länder) mit dem Giftstoff des Antigermanismus verseuchte und zu aktiver Verfolgung und Tötung der Deutschen aufhetzte – und dies nicht in einem abgelegenen Winkelblatt ("DER STÜRMER"), sondern in den führenden Zeitungen der Sowjetunion in höchstoffiziellem Auftrag? Ist Streicher der "Judenhetzer Nr. 1" gewesen, dann erscheint es nicht nur berechtigt, sondern sogar notwendig, Ehrenburg den "Deutschenhetzer Nr. 1" zu nennen. ...<<

Der Regierungspräsident von Arnsberg berichtete am 14. Dezember 1945 über die Not und Enttäuschung der Bevölkerung in Westfalen (x111/113): >>... Alle Mitarbeit ist zwecklos, wenn nicht die große Wendung eintritt und es als eherne Pflicht anerkannt wird, daß den deutschen Menschen eine erträgliche Lebensmöglichkeit gegeben wird.<<

In der britischen Zone waren am 14. Dezember 1945 noch 646.000 deutsche Kriegsgefangene interniert, von denen ca. 120.000 ehemalige Soldaten gefährliche Arbeiten (wie z.B. Minenräumungen) ausführen mußten (x111/113).

Angesichts der bitteren Kälte und des großen Hungers forderte US-Senator Hawkes am 14. Dezember 1945, daß der nordamerikanische Präsident endlich private Hilfslieferungen nach Westdeutschland erlauben sollte (x025/120).

Die letzten deutschen Kriegsgefangenen wurden am 15. Dezember 1945 mit Kraftwagen aus dem Krankenhaus Malmö nach Trelleborg gebracht, um sie an die Sowjetunion auszuliefern.

Ein deutscher Kriegsgefangener berichtete später über die Auslieferung der verwundeten Landser an die Sowjets (x130/198): >>... Im Morgengrauen hielten unsere Kraftwagen im Hafen von Trelleborg. An einer Sperre dicht am Kai erfolgte die "feierliche" Übergabe an die Russen. Wir traten einzeln an einen Beamten des schwedischen Außenministeriums, der an Hand der Registrierungskarte des Internationalen Roten Kreuzes Name und Fotografie des Mannes verglich.

Mit einem "Nu, dawai", zeigte der Russe auf den Laufsteg zum Schiff, wo uns bereits russische Posten in Empfang nahmen. Durch die Ladeluken schlotterten wir in den Rumpf des Schiffes, wo wir uns auf das aus Holzwolle und Decken hergerichtete Lager fallen ließen.

Den 16. Dezember und die Nacht zum 17. Dezember lagen wir noch im Hafen, wo noch laufend Kameraden aus den übrigen Krankenhäusern zugeladen wurden und in den Morgenstunden des 17. Dezember 1945 (es war ein Sonntag) verließen wir den Hafen von Trelleborg und somit schwedisches Territorium. Das war der Abschied von Schweden mit abschließender Seefahrt in ein unbekanntes Schicksal.<<

Die SMAD ließ am 16. Dezember 1945 die Universität Jena vorübergehend schließen, weil die Studentenschaft nicht auf eine eigene wissenschaftliche Betrachtung der politischen Themen verzichten wollte.

Walter Müller-Bringmann berichtete am 16. Dezember 1945 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/31-32): >>16. Dezember 1945: Es ist Winter - und immer noch das gleiche Bild. In Friedland, in Bremke - an der "Grenze", wie man jetzt hier sagt - kommen immer neue Flüchtlinge an. Jede Woche, jeden Tag, ja jede Stunde. 19 Wellblechbaracken stehen nun auf dem feuchten Wiesengrund. Ohne Dielen, denn Holz ist knapp. Und die Menschen frieren jämmerlich.

Alle Personen, die Friedland durchlaufen, werden registriert, erhalten einen Meldeschein, kommen zum Arzt und müssen sich entlausen lassen. Im Lager ist eine richtige Verwaltung entstanden. Es gibt auch bereits einen Lagerleiter. Ständig kreischt ein Lautsprecher irgendwelche Namen von Gesuchten. Das betreuende Personal ist um diese Stellung nicht zu beneiden. Nerven gehören dazu. Und wer hat die noch? Nach solchen Jahren.

Täglich werden 2 Sonderzüge der (britischen) Militärregierung eingesetzt, um die Menschen in Richtung Westen oder Norden zu bringen. Aber an Ruhr und Rhein ist der Hunger schlimmer als in den landwirtschaftlichen Gebieten Norddeutschlands. Deshalb wollen die Engländer niemanden mehr in die zerbombten Städte lassen. Durch den Wald von Verordnungen gibt es jedoch immer irgendwo einen Durchschlupf.<<

Die AKR-Direktive Nr. 23 befahl am 17. Dezember 1945 die Auflösung aller deutschen Turn- und Sportvereine, um eine vormilitärische Körperertüchtigung zu verhindern (x111/114).

Durch SMAD-Befehl Nr. 176 wurden am 18. Dezember 1945 Konsumgenossenschaften zugelassen. Diese Konsumgenossenschaften erhielten größere und bessere Warenteilungen, um den privaten Einzelhandel zu benachteiligen bzw. auszuschalten.

Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson (1892-1954) beantragte am 18. Dezember 1945, die deutsche Regierung, die politischen Leiter, SS, SD, Gestapo, SA, Generalstab und die ehemaligen Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte kollektiv zu verurteilen und als "verbrecherische Organisationen" für schuldig zu befinden (x111/114).

In Frankreich befanden sich am 18. Dezember 1945 noch 709.260 deutsche Kriegsgefangene, von denen die Hälfte in der zivilen Wirtschaft eingesetzt wurde (x111/114).

Das Foreign Office telegraphierte am 18. Dezember 1945 an den britischen Botschafter in Warschau (x028/134): >>... Radio Warschau meldete am 18. Dezember, daß ein Erlaß des Regierungsbevollmächtigten für Westpommern veröffentlicht worden ist, wonach Beschäftigung jeder Art für Deutsche in Stettin verboten ist.

Das klingt kaum vereinbar mit "geregelten und humanen" Maßnahmen für die Umsiedlung. Deutsche in Stettin werden vermutlich entweder gezwungen werden, zu verhungern, wo sie sind, oder sich eilig auf den Weg machen, bevor geeignete Anordnungen für ihre Umsiedlung oder ihre Aufnahme getroffen werden können.

Falls Sie keine Einwände haben, erwähnen Sie bitte diesen Bericht den polnischen Behörden gegenüber und kommentieren sie ihn im oben umrissenen Sinn.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 20. Dezember 1945 aus Bayern (x124/73): >>... Das Barackenlager Hof-Moschendorf wird zur Auffangstelle für 1.000.000 Sudetendeutsche ausgebaut, die in unsere Zone ausgesiedelt werden sollen.

Dafür will man die Polen, Jugoslawen, Madjaren und Italiener heimschicken, die sich in Bayern aufhalten. Den Ausländern wird erlaubt, Gepäck in jeder Menge, auch Möbel, mitzunehmen. ...<<

George S. Patton (1885-21.12.1945, ein fähiger Panzergeneral und beliebter nordamerikanischer Armeeführer, der wegen seiner antisowjetischen Einstellung bzw. öffentlichen Kritik abgelöst worden war), starb am 21. Dezember 1945 nach einem mysteriösen Verkehrsunfall (Pattons PKW stieß am 9. Dezember 1945 in der Nähe von Mannheim mit einem Militärlastwagen zusammen).

Ein Zeitzeuge berichtete am 21. Dezember 1945 über den Schulalltag in Köln (x073/219):

>>Heute beginnen die Weihnachtsferien. Bei dem schlechten Wetter der letzten Wochen versäumten viele Kinder oft den Unterricht, weil sie keine Schuhe haben. Manche kommen trotz Regen und Kälte in Sandalen, zerrissenen oder geliehenen Schuhen zur Schule. Wenn Geschwister zu verschiedenen Zeiten Unterricht haben, wird oft das gleiche Paar Schuhe von ihnen abwechselnd getragen. ...<<

Nach den Nordamerikanern und Sowjets forderten auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzusetzen (x111/115).

US-Präsident Truman erklärte am 21. Dezember 1945 (x025/120): >>... Wenn wir auch nicht wünschen ungebührlich grausam gegen Deutschland zu verfahren, kann ich doch nicht viel Sympathie für diese Leute aufbringen, die den Tod so vieler Menschen verursacht haben. ...

Bevor nicht das Unglück jener, die von Deutschland bedrückt und gequält wurden, vergessen ist, scheint es nicht richtig, unsere Bemühungen den Deutschen zugute kommen zu lassen.

Ich gebe zu, daß es natürlich viele Unschuldige in Deutschland gibt, die mit dem Naziterror wenig zu tun hatten. Aber die administrative Last, diese Leute herauszufinden, um sie anders als die übrigen zu behandeln, ist fast untragbar.<<

Das State Department meldete am 21. Dezember 1945, daß man schon über 2.034.000 sowjetische Staatsangehörige aus Westdeutschland abgeschoben hätte. Die letzten 20.000 Russen sollten ungeachtet ihrer Wünsche und falls nötig mit Gewalt an die UdSSR ausgeliefert werden (x133/492).

Die britische Militärregierung beschlagnahmte am 22. Dezember 1945 alle deutschen Kohlenbergwerksgesellschaften mit 225 Kohlenbergwerken (x111/116).

Die letzten Schiffe der deutschen Flotte verließen am 22. Dezember 1945 Wilhelmshaven und wurden von den Alliierten übernommen (Reparationen).

Die Nationalregierung beschloß am 22. Dezember 1945 eine Aussiedlungsverordnung über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland (x008/91E-93E):

>>**Die Aussiedlungsverordnung.**

Verordnung Nr. 12330/1945 ... über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland.

Das Ministerium ordnet bezüglich der Durchführung des Beschlusses des Alliierten Kontrollrates vom 20. November 1945 über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland auf Grund des Ermächtigungsgesetzes XI: 1945 § 15 folgendes an:

§ 1

Nach Deutschland umzusiedeln ist derjenige ungarische Staatsbürger verpflichtet, der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit oder Muttersprache bekannt hat oder der seinen madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließ, ferner derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) war.

§ 2

1) Die Vorschrift des § 1 bezieht sich nicht auf den Ehegatten und die minderjährigen Kinder einer Person nichtdeutscher Volkszugehörigkeit (Muttersprache) sowie auf die mit ihnen - auch schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern), wenn diese ihr 65. Lebensjahr schon vor dem 15. Dezember 1945 vollendet haben.

2) Die Vorschrift des § 1 findet keine Anwendung auf denjenigen, der ein aktives Mitglied einer demokratischen Partei oder wenigstens seit 1940 Mitglied einer in den Verband des Gewerkschaftsrates gehörenden Gewerkschaft war.

3) Die Vorschrift des § 1 findet auch auf diejenigen keine Anwendung, die sich zwar zur deutschen Muttersprache, aber zum ungarischen Volkstum bekannt haben, wenn sie glaubhaft

nachweisen, daß sie wegen ihrer nationalen Treue zum Ungartum Verfolgungen erlitten haben.

4) Die in den Absätzen (2) und (3) geregelte Befreiung erstreckt sich auf die Ehefrau (Witwe), auf die minderjährigen Kinder (minderjährige Waisen) sowie auf die mit ihnen - auch schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern).

5) Die Befreiungen gemäß den Absätzen (2) und (3) finden keine Anwendung auf diejenigen, die ihren madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließen oder Mitglieder des Volksbundes oder irgendeiner faschistischen Organisation bzw. militärischen Formation waren.

6) In Fragen der Befreiung entscheidet die von dem Innenminister entsandte Kommission - unter Ausschluß der Rechtsmittel - endgültig.

§ 3

1) Das gesamte unbewegliche und bewegliche Vermögen der Umsiedlungspflichtigen Personen ist - ohne Rücksicht darauf, ob sie sich im In- oder Ausland aufhalten - vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an als beschlagnahmt zu betrachten, der Eigentümer (Besitzer) kann nichts davon veräußern und kann es auch nicht belasten. Der Eigentümer (Besitzer) kann aus den beschlagnahmten Beständen (Lebensmittel, Futter, Brennmaterial usw.) nur die seinen ordentlichen Haushaltungs- und Wirtschaftsbedürfnissen entsprechenden Mengen verbrauchen.

2) Das beschlagnahmte Vermögen ist zu inventarisieren. Das zur Erstellung des Inventars und zur Verwahrung der in das Inventar aufgenommenen Gegenstände erforderliche Fachpersonal wird von den zuständigen Ministern zur Verfügung gestellt.

3) Der Innenminister bestimmt, welche beweglichen Güter der Umsiedlungspflichtige mit sich nehmen kann.

4) Ein Verstoß gegen die in Absatz (1) enthaltenen Verbote sowie die Beschädigung oder Vernichtung der beschlagnahmten Vermögensgegenstände stellt ein Verbrechen dar und wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

§ 4

1) Die Umsiedlungspflichtigen Personen (§ 1) sind in jeder Gemeinde (Stadt) wohnhausweise zu registrieren und nach im gemeinsamen Haushalt lebenden Familien geordnet in ein Verzeichnis aufzunehmen. In ein besonderes Namensverzeichnis sind diejenigen aufzunehmen, die anlässlich der Registrierung von ihrem Wohnort abwesend waren.

2) Gesondert zu registrieren und in ein Namensverzeichnis aufzunehmen sind diejenigen, die - gemäß § 2 - von der Umsiedlungspflicht nicht betroffen werden.

3) Jede Behörde ist verpflichtet, die sich in ihrem Bezirk befindlichen und für den Zweck der Registrierung erforderlichen Angaben dem Gemeindevorstand zur Verfügung zu stellen.

§ 5

1) Das Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen ist an der Mitteilungstafel der Gemeinde (Stadt) auszuhängen.

2) Die in das Namensverzeichnis aufgenommenen Personen können ihren Wohnort nur mit Genehmigung der Gemeindepolizeibehörde verlassen. Eine solche Genehmigung kann nur ausnahmsweise in begründeten Fällen erteilt werden.

3) Diejenigen, die ihren Wohnort ohne Genehmigung verlassen oder sich der Umsiedlungspflicht entziehen, sind bis zu ihrer Umsiedlung in Polizeigewahrsam zu nehmen (internieren), ihr bewegliches und unbewegliches Vermögen aber ist einzuziehen.

4) Der Innenminister kann in Gemeinden, in denen dies im Interesse einer ungestörten Abwicklung der Umsiedlung notwendig erscheint, besondere Verkehrsbeschränkungen erlassen.

§ 6

1) Zur Lenkung und Überwachung der Durchführung der Umsiedlung kann der Innenminister Ministerbeauftragte entsenden.

2) Die vom Ministerbeauftragten, im Zusammenhang mit der Umsiedlung erlassenen Verfügungen, müssen von jeder Verwaltungsbehörde und Dienststelle unverzüglich durchgeführt werden. Der Ministerbeauftragte verfügt über die bei der Durchführung erforderlichen Sicherungskräfte.

§ 7

1) Die für die Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Einzelvorschriften erläßt - im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern - der Innenminister.

2) Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft, für ihre Durchführung sorgt der Innenminister.

Budapest, den 22. Dezember 1945

Tildy Zoltán

Ministerpräsident ...<<

Bei der Reparationskonferenz in Paris wurde am 22. Dezember 1945 entschieden, daß folgende Länder Entschädigungen erhalten sollten (x111/115-116):

>>Vereinigte Staaten = 28,00 % Kategorie A und 11,80 % Kategorie B,

Großbritannien = 28,00 % Kategorie A und 27,80 % Kategorie B,

Frankreich = 16,00 % Kategorie A und 22,80 % Kategorie B,

Jugoslawien = 6,60 % Kategorie A und 9,60 % Kategorie B,

Niederlande = 3,90 % Kategorie A und 5,60 % Kategorie B,

Belgien = 2,70 % Kategorie A und 4,50 % Kategorie B,

Tschechoslowakei = 3,00 % Kategorie A und 4,30 % Kategorie B,

Kanada = 3,50 % Kategorie A und 1,50 % Kategorie B,

Griechenland = 2,70 % Kategorie A und 4,35 % Kategorie B,

Ägypten = 0,05 % Kategorie A und 0,20 % Kategorie B.

Kategorie A (die Reparationen, die aus deutschen Guthaben, deutschem Goldbesitz und aus den Bezügen der laufenden Produktion geleistet wurden).

Kategorie B (Reparationen, die aus Fabrikeinrichtungen, Maschinen und Schiffen bestanden).<<

Der 15jährige Kurt N. berichtete über Heiligabend 1945 im sowjetischen Lager Ketschendorf bei Fürstenwalde (x126/58-61): >>Der Winter rückte heran, Weihnachten kam näher, die Stimmung sank. Der erste Winter brachte Kälte und Finsternis in die Unterkünfte. Holz war knapp. Mit Glühbirnen mußte sorgsam umgegangen werden. Wir saßen herum oder hielten uns in Bewegung, beschäftigten uns irgendwie und froren dabei, redeten vom Essen und erzählten von Zuhause. Noch immer glaubten wir daran, daß die Sorgen unserer Mütter um ihre verschwundenen Söhne keine Ewigkeit dauern würde.

Früh warteten wir in Gruppen auf Brot, das, in einer Decke getragen, nach dem Zählappell zugewise geholt werden mußte und nicht selten von Ratten angefressen war. Das Teilen kam einer Zeremonie gleich. 6 Mann teilten sich ein Brot. Einzige gewohnte Beigabe war neben Kaffee ein Löffel Zucker, überwiegend von der ungereinigten, braunen Qualität. ...

Mittags holten Essenholer jeden Zuges einen Kübel Grützsuppe, die vom Essenausgeber, meist dem Zugführer, verteilt wurde. Abends wurde nochmals Suppe verteilt, die genau so dünn wie mittags war. Die in der Suppe gefundene Grütze entsprach selten mehr als 2 Löffel je Schlag.

Ein Fleischstück war die Ausnahme, Fettaugen konnte man zählen. Kartoffeln waren kaum drin. Niemand von uns hatte eine Möglichkeit zur Beschaffung zusätzlichen Essens. ... Jugendliche wurden grundsätzlich nicht den Arbeitskommandos zugeteilt, die innerhalb des Lagers zur Aufrechterhaltung der einfachsten Lebensvoraussetzungen erforderlich waren ...

Eine Flucht war völlig ausgeschlossen. Uns trennten hoher Stacheldraht und ein mindestens 2 Meter hoher, dicht gefügter Bretterzaun von der Außenwelt. Von letzterem wußten wir, daß er noch mindestens einen halben Meter tief in die Erde eingelassen war.

Der Abstand zwischen den Wachtürmen am Zaun entlang war, unserer "Gefährlichkeit" entsprechend sehr dicht. 4 Stunden hatten die Posten hinter dem MG jeweils Dienst und richteten ihren grimmigen Blick auf das Lager. In den frostigen Nächten hörten wir ihre Stiefel auf dem Holz, wenn sie versuchten, die Füße warmzuhalten.

Durch den anhaltenden Hunger und die einseitige Ernährung hatten wir schon im ersten Winter Erscheinungen von Vitamin- und Eiweißmangel. Wir bekamen Wasser – zuerst in den Beinen – und Skorbut, litten unter Furunkeln, Krätze und maßlos viel Eiter. Meine Haut war schuppig, das Zahnfleisch blau, die Zähne wurden locker, die Haare dünn und die Fingernägel weich. Alle diese Hungerfolgen prägten sich insbesondere bei uns Jugendlichen stark aus und zeigten sich in dieser Form weniger auf der Haut der älteren Häftlinge, bei denen Gürtelrose, Bartflechte und ähnliches dominierten. ...

Unser erstes Lagerweihnachten ging undramatisch vorbei. Es wurde zu einer wirklich stillen Nacht, weil Gesang verboten war und auch niemand Lust zu einem Weihnachtslied verspürte. Wir nahmen unsere Lage hin und hofften auf baldige Entlassung. Schmerzlicher war Weihnachten für die Männer, die Frauen und Kinder zu Hause hatten. ...<<

Die satirische Zeitschrift "Ulenspiegel" erschien am 24. Dezember 1945 erstmalig mit nord-amerikanischer Lizenz.

Deutsche Kriegsgefangene berichteten später über Heiligabend 1945 in sowjetischer Gefangenschaft (x130/332-333): >>... Wir starrten trübselig durch die Fenster auf die Lichter und lagen bald auf den harten Pritschen. Jeder hatte Angst, es könnte einer zu singen anfangen ...

In einem Winkel der Baracke wurde ein Adventslied angestimmt. Niemand war nach Singen zumute. Der Hunger und die Müdigkeit, Elend und Gier machten die Seele matt.

Einer nach dem anderen richtete sich auf, dem Gesang zu lauschen und schließlich war auch kein Herz mehr der Botschaft verschlossen, die das Lied verhieß. ...

Und dann kam also das Essen, von dem wir wochenlang vorher gesprochen hatten: Am Weihnachtstag gab es Pellkartoffeln und Hering. Diese Pellkartoffeln bestanden aus fünf winzigen halbverfaulten kleinen Kartoffelchen und einem halben, ganz verfaulten Hering. Und die Enttäuschung, na, also wirklich riesig.

Und dann haben wir versucht zu singen, Stille Nacht, heilige Nacht, was natürlich nicht funktionierte, weil einigen Leuten die Tränen in die Augen kamen. Und dann mußte ich aufstehen, weil mir ganz übel war. Und dann passierte das für einen Kriegsgefangenen schrecklichste. Ich mußte diesen Hering und diese Kartoffeln wieder von mir geben, diese wertvollen Kalorien; und das ist eine Katastrophe.<<

Papst Pius XII. forderte die Siegermächte am 24. Dezember 1945 auf, die Vertreibung der Deutschen rückgängig zu machen (x024/219): >>... Daher richten wir an die Staatsmänner, die über die Geschicke der Menschheit entscheiden, die dringlichste Bitte, den Millionen vertriebener Deutscher ihr Land und ihre Heimat wieder zurückzugeben und sie vor der Verzweiflung zu retten.<<

Papst Pius XII. kritisierte ferner kollektive Strafzuweisungen (x025/157): >>... Ich habe ein reines Gewissen, ich bin frei von Schuld? Zweierlei Gewicht und zweierlei Maß: beides ist dem Herrn ein Greuel.

Wer also Sühne für Schuld verlangt, durch gerechte Bestrafung der Verbrecher nach dem Maß ihrer Verbrechen, muß peinlich darauf achten, daß er nicht das Gleiche tue, was er den anderen als Schuld oder Verbrechen vorhält. ...<<

Die US-Militärzeitschrift "ARMY TALKS" veröffentlichte am 27. Dezember 1945 Verhaltensregeln für nordamerikanische Soldaten (x124/81-82): >>... Sei mißtrauisch gegen jeder-

mann. Prüfe sorgfältig, was sie dir erzählen. Äußere nichts Abfälliges über die USA, die Arme, unsere Verbündeten.

Melde sofort verdächtige Nazis oder Verstöße gegen Befehle der Militärregierung und Anordnungen lokaler Behörden. ...

Verhalte dich immer wie ein guter Soldat. Achte auf deine Uniform und benimm dich ordentlich in der Öffentlichkeit. Vergiß nie, daß du als Eroberer hier bist und nicht als Befreier.

Entlarve die Lügen, an die Deutsche mit ihrer Nazi-Schulung unbewußt glauben. Und vergiß nie ihre schlechten Eigenschaften, wenn du ihre guten bewunderst.

Wirb für die Demokratie, wann immer sich Gelegenheit bietet. Wenn du in ein Fräulein verliebt bist, dann verkaufe dich nicht ihretwegen an Deutschland.

Sei höflich aber kurz angebunden mit Deutschen. Alle Deutschen sind Schuld am Kriege. ...<<

Die britische Militärregierung veröffentlichte am 28. Dezember 1945 die Erziehungskontrollanweisung Nr. 35 (x117/91): >>1. Um die Unterernährung schulpflichtiger Kinder in der britischen Zone zu bekämpfen, sind die in Absatz 2 aufgeführten Maßnahmen sofort zu ergreifen.

2. a. In allen Gebieten, wo ernsthafte Unterernährung herrscht, haben die deutschen Erziehungsbehörden Schulmahlzeiten zu organisieren, wobei nach Möglichkeit markenfreie Nahrungsmittel zur Verwendung gelangen sollen. Sollten diese nicht vorhanden, oder nur in ungenügender Menge erhältlich sein, so wird ein Minimum rationierter Nahrungsmittel ausgegeben werden, für die die Kinder Marken abliefern müssen.

b. Deutsche Schulärzte sind für die Auswahl der Kinder verantwortlich, die solcher Mahlzeiten am dringendsten bedürfen. ...<<

Obwohl die ostdeutschen Gebiete für die polnischen Ansiedler nahezu eine Freistadt bedeuteten, blieb die Ansiedlung bis zum Ende des Jahres 1945 weit hinter den Wünschen der polnischen Regierung zurück. Nur etwa 1,7 Millionen Polen hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt in Ostdeutschland niedergelassen (x001/118E-119E).

Der deutsche Schriftsteller Peter D. Mendelssohn (1908-1982) berichtete am 31. Dezember 1945 über die Angeklagten des Nürnberger Prozesses (x111/118): >>... Da sitzen sie. Alle zwanzig. In zwei Reihen zu je zehn. Auf harten, hölzernen Bänken. Recht dicht zusammengebündelt. Nicht viel Platz, um die Ellbogen zu rühren.

Das riesige, über alle Ränder fließende Großdeutsche Reich ist zu einem recht engen kleinen Kasten zusammengeschrumpft. Seine tausendjährige Dauer ist zusammengeschnürt auf noch ein paar Wochen oder Monate, nicht mehr. Eine Handvoll Kerls.<<

In den westdeutschen Besatzungszonen waren im Dezember 1945 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt und 50 % litten an Hungerschäden (x117/28). Viele Kinder hatten aufgedunsene Leiber sowie geschwollene Beine und Füße. Diese Hungerödeme bzw. Ansammlungen von Gewebwasser unter der Haut und in den Körperhöhlen entstanden durch Unterernährung und Vitamin- sowie Kalorienmangel.

Ein Zeitzeuge berichtete damals über den Alltag im Westen (x073/218): >>Unsere Tagesverpflegung sieht etwa so aus. Morgens eine Tasse Kaffee oder auch nichts, Frühstück fällt aus. Mittags einen halben Liter Kaffee zu geröstetem Brot, abends 18-20 Uhr, je nachdem wie der Ofen brennt (Gas gibt es bei uns noch nicht und elektrischer Strom ist rationiert) zusammengefaßtes Mittag- und Abendessen: eine Mehltunke mit Kartoffeln, Mehlklöße oder Brot, was man gerade so hat, Vielleicht dann um 22 Uhr noch eine Tasse Mehlsuppe, solange der Vorrat reicht. ...

Die Hausfrauen haben es sehr schwer. Gibt es mal Fleisch, hat man keine Kartoffeln, hat man Kartoffeln, ist kein Fett zu bekommen usw. Und wir haben ewig Hunger. Wir sind dünn geworden wie Gandhi und manchmal wird uns auf der Straße ganz schwindlig. ...<<

Die britische Erziehungskontrollanweisung Nr. 34 berichtete über den Schulunterricht in Westdeutschland (x117/72): >>... Eine Anzahl von Grundschulkindern einschließlich der Kinder, die darauf warten, auf die höhere Schule zu gehen, erhalten noch immer keinen Schulunterricht. ...<<

Während Briten und Franzosen im Oktober und Dezember 1945 die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidung durch das Rote Kreuz erlaubten, untersagten Nordamerikaner und Sowjets in ihren Besatzungszonen weiterhin westeuropäische Hilfslieferungen. Obwohl die Hilfsgüter ausdrücklich für Deutschland bestimmt waren, schlugen die US-Militärbehörden vor, diese Spenden in den osteuropäischen Ländern zu verteilen.

Trotz bitterer Kälte und großer Hungersnot untersagte US-Präsident Truman im Dezember 1945 die Verteilung von privaten Hilfsgütern, die überwiegend aus Irland und der Schweiz kamen, an die deutsche Bevölkerung.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die fehlende Hilfsbereitschaft des US-Präsidenten Truman (x028/151): >>... Diese Entscheidung wirkte sich bei den Heimatvertriebenen besonders verheerend aus, "deren Lage viel prekärer war als die der übrigen Bevölkerung.

Schließlich konnten ab 1946 Spenden in die amerikanische, ab April auch in die sowjetische Zone geliefert werden. Doch Zehntausende von Deutschen waren inzwischen verhungert, und viele mußten noch sterben, ehe die Spendenvorräte des Internationalen Roten Kreuzes sie erreichen konnten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.

Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche (der Zivilbevölkerung) das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<

Der Kabarettist Werner Finck erklärte damals während einer Silvesterrede (x111/118): >>Können wir Deutschen diesem 45. Produkt des 20. Jahrhunderts eine Träne nachweinen? Nein, denn wir haben keine mehr. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.02.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3</u> . Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961.

	München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. <u>Das Schicksal der Deutschen in Rumänien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. <u>Das Schicksal der Deutschen in Ungarn</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948</u> . Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x021	Böddeker, Günter: <u>Die Flüchtlinge</u> . Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x023	Maser, Werner: <u>Das Regime</u> . Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung</u> . Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2</u> . Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen</u> . 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945-1955. 1. Auflage. München 1999.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war</u> . Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland</u> . Die westlichen Besatzungszonen

	1945-1948. Bindlach 1989.
x117	Priamus, Heinz-Jürgen: <u>Die Ruinenkinder</u> . Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x123	Müller-Bringmann, Walter: <u>Das Buch von Friedland</u> . Göttingen 1956.
x124	Jering, Karl: <u>Überleben und Neubeginn</u> . Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: <u>Stalins Lager in Deutschland 1945-1950</u> . 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage</u> . Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): <u>Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x130	Carell, Paul, und Günter Böldcker: <u>Die Gefangenen</u> . Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod</u> . Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x133	Tolstoy, Nikolai: <u>Die Verratenen von Jalta</u> . Englands Schuld vor der Geschichte. 3. Auflage. München/Wien 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten</u> . Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: <u>Als die Deutschen weg waren</u> . Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.
x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4</u> . In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x301	Heumann, Hans (Hg.): <u>Geschichte für Morgen</u> . 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: <u>Amerika und der Holocaust</u> . Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x353	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.